

Roland Wegmann

Studien zur Marktwirtschaft

Band 3

Entwurf einer sozial^{istisch}en Marktwirtschaft

Auf der Suche nach einer sozialistischen Alternative

Versuch eines ganzheitlichen Konzepts

Impressum

Autor:

Dr.-Ing. Roland Wegmann

Ort, Datum:

Rostock, Juni 2008

Kritiken, Hinweise, Ergänzungen und Meinungen sind zu richten an:

kontakt@rolandwegmann.de

Dieses Manuskript ist veröffentlicht im Internet unter

<http://www.rolandwegmann.de>

Außerdem liegt der Text des Bandes 3 unter gleichem Titel bereits vor als:

Heft 9 der Schriftenreihe zur politischen Bildung

Herausgeber:

**Forum für politische und interkulturelle Bildung e.V.
Kooperationspartner Rosa-Luxemburg-Stiftung in MV**

Augustenstr. 78, 18055 Rostock

Tel: 03 81- 49 00 450 oder - 49 00 452 Fax: 03 81- 49 00 451

Copyright (Urheberrecht)

Durch den Autor wird Folgendes zur Nutzung dieser Veröffentlichung festgelegt:

Es ist erlaubt, den Inhalt für den persönlichen Gebrauch unentgeltlich vollständig oder teilweise zu kopieren. Es ist erlaubt, Kopien des unveränderten Inhalts an Dritte für deren persönlichen Gebrauch unentgeltlich weiterzugeben. In allen Kopien, auch in den unvollständigen Kopien müssen der Name des Autors, diese Festlegungen zur Nutzung und das Literaturverzeichnis vollständig enthalten sein. Es ist nicht erlaubt, ohne schriftliche Genehmigung des Autors Kopien oder sonstige Vervielfältigungen gegen Entgelt oder sonstigen geldwerten Vorteil weiterzugeben oder zu veröffentlichen. Es ist nicht erlaubt, veränderte Versionen weiter zu geben. Es ist nicht erlaubt, unvollständige Kopien weiterzugeben, deren Inhalt durch die Kürzungen entstellt wird.

Kurzreferat

Ausgangspunkte

- Ein soziales und demokratisches Wirtschaftssystem ist eine notwendige Voraussetzung für soziale Gleichheit und politische Freiheit.
- Trotz formal politischer Freiheit schafft die kapitalistische Marktwirtschaft durch ihre soziale Polarisierung und wirtschaftliche Abhängigkeit für großer Teile der Bevölkerung keine wirkliche politische Freiheit.
- Die kapitalistische Marktwirtschaft ist prinzipiell nicht in der Lage, dauerhaft soziale Gleichheit und soziale Sicherheit zu realisieren.
- Marktwirtschaftliche Prinzipien allein bewirken noch keine sich selbstoptimierende soziale Wirtschaftsstruktur. Im Kapitalismus erzeugen sie ein instabiles System mit Krisen, die zu sozialen Verelendungen führen und einer aggressiven Expansion, mit der Gefahr der Zerstörung unserer natürlichen Umwelt. Marktwirtschaftliche Systeme können aber sinnvolle Elemente in einem sozialistischen Wirtschaftssystem sein.
- Die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist eine notwendige Voraussetzung für ein soziales Wirtschaftssystem. Es reicht aber nicht, es nur abzuschaffen, indem es in Staatseigentum umgewandelt wird. Zur Gestaltung sozialistischer Eigentumsverhältnisse gehört etwas mehr Kreativität.

Drei wesentliche Innovationen bilden den Kern des **Konzepts einer sozialistischen Marktwirtschaft**

- Das nach Dauer und Umfang unbegrenzte Privateigentum an natürlichen Ressourcen in der kapitalistischen Marktwirtschaft wird ersetzt durch ein leistungsunabhängiges Nutzungsrecht jedes einzelnen. Das soll realisiert werden, indem eine zweite Währung, die Ressourcenwährung, eingeführt wird, die leistungsunabhängig gewährt wird. Durch einen demokratischen gesetzgeberischen Prozeß wird der Umfang der jährlich nutzbaren Ressourcen festgelegt und auf einem Ressourcenmarkt angeboten. Damit soll eine nachhaltige Entwicklung im Interesse nachfolgender Generationen gesichert werden und ein Zugang jedes Einzelnen zu einem angemessenen Anteil an der Ressourcennutzung, ohne dabei durch einen bürokratischen Apparat anschließend in Details täglicher Wirtschaftsentscheidungen eingreifen zu müssen.
- Einkommen aus Eigentum an Produktionsmitteln wird abgeschafft. Um den gesellschaftlich notwendigen Produktionsmittelstock zu realisieren, wird dieser finanziert aus einem gesetzlich festzulegenden prozentualen Anteil aus dem Leistungslohn der arbeitenden Bevölkerung, so daß jedes Mitglied der Gesellschaft im Laufe seines Berufslebens einen persönlichen Anteil am gesamtgesellschaftlichen Produktionsmittelvolumen bereitstellt. Mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben wird dieser Anteil neben einer Grundrente als leistungsabhängige Altersrente verwendet, so daß eine akkumulierende Vererbung von Privateigentum an Produktionsmitteln vermieden wird. Daneben kann es einen gesamtgesellschaftlichen Produktionsmittelstock geben.
- Die arbeitenden Mitglieder der Gesellschaft treten Wirtschaftsvereinen bei. Deren Aufgabe ist es, die Produktionsmittelanteile der Mitglieder effektiv in deren Interesse und unter demokratischer Mitbestimmung der Mitglieder einzusetzen. Damit sind die Wirtschaftsvereine professionelle Vermittler zwischen den eigentlichen Produktionsbetrieben, deren Produktionsmittelausstattung von den Wirtschaftsvereinen finanziert wird, und der großen Anzahl der arbeitenden Produktionsmittelbesitzer.

Wege und Akteure der Transformation

- Es ist grundsätzlich eine friedliche Transformation zu einer sozialistischen Marktwirtschaft anzustreben, da durch gewaltsame Auseinandersetzungen der Verlauf unkontrollierbar wird und die Gefahr besteht, daß es wieder ein undemokratischer Sozialismus wird, wenn so überhaupt ein Sozialismus erreicht wird.
- Ein Sozialismus entsteht nicht spontan durch objektive historische Bedingungen, wie der Kapitalismus, sondern entsteht durch bewußte Aktionen großer Gruppen der Gesellschaft. Dazu muß vorher ein ganzheitliches Konzept entwickelt und von einer Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werden.
- Mit der Erzeugung dieses Konzeptes und dessen Verbreitung haben die Intellektuellen aus der Klasse der Proletarier gemeinsam mit Intellektuellen aller anderen Klassen und Gruppen der Bevölkerung eine besondere Aufgabe. Daraus leitet sich aber keine Funktion als neue

„Avantgarde“ des Transformationsprozesse ab, die sie berechtigt den „dummen“ Rest zu seinem „Glück“ zu zwingen.

Die sozialistische Marktwirtschaft ermöglicht dem einzelnen innerhalb des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses durch Marktmechanismen einen individuellen Handlungsraum und durch konkrete Verfügungs- und Mitbestimmungsrechte über seine konkreten Anteile am Produktionsmittelvermögen demokratische Mitbestimmungsrechte in den Wirtschaftsentscheidungen. Es existiert eine soziale Grundsicherung und eine leistungsabhängige Differenzierung, die aber nicht über Generationen zu einer gesellschaftlichen Polarisierung in Arme und Reiche akkumuliert. **Damit ist eine sozialistische Marktwirtschaft die wirtschaftliche Basis einer Gesellschaft, in der soziale Gleichheit und politische Freiheit vereinbar sind.**

Inhaltsverzeichnis

Impressum	2
Copyright (Urheberrecht).....	2
Kurzreferat	3
Inhaltsverzeichnis	5
1 Vorbemerkung	7
2 Das Erscheinungsbild der kapitalistischen Marktwirtschaft und des Staatssozialismus	7
3 Die Aufgaben einer sinnvoll strukturierten Volkswirtschaft, einige theoretische Überlegungen	9
3.1 Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse	9
3.2 Drei Kriterien einer optimalen Volkswirtschaft	9
3.3 Es existiert ein Bereich optimaler Wirtschaftsstrukturen	10
3.4 Technologischer Fortschritt	11
3.5 Optimale Wirtschaftsstrukturen tendieren zu technologischen Monopolen	14
3.6 Das Leistungsprinzip	14
3.7 Überproduktion und Mangelwirtschaft.....	15
4 Die Eigenbewegung der kapitalistischen Marktwirtschaft.....	16
4.1 Profit und Wirtschaftswachstum	16
4.2 System erhaltende Versuche im Kapitalismus.....	17
4.3 Selbstoptimierung der kapitalistischen Marktwirtschaft	18
4.4 Das Leistungsprinzip im Kapitalismus.....	19
4.5 Zusammenfassung.....	20
5 Erfahrungen aus dem Staatssozialismus	20
5.1 Staatseigentum an den Produktionsmitteln und zentrale Planwirtschaft	20
5.2 Ein Gleichnis: Wenn die Wirtschaft ein Auto wäre	21
5.3 Das Leistungsprinzip im Sozialismus.....	22
5.4 Was hat der Sozialismusversuch noch gezeigt	22
5.5 Zusammenfassung.....	23
6 Präzisierung der Aufgabenstellung.....	23
7 Das Konzept einer sozialistischen Marktwirtschaft.....	24
7.1 Verfügungsrechte über Güter (Eigentumsverhältnisse)	25
7.1.1 Eigentum an Konsumgütern.....	25
7.1.2 Eigentum an Produktionsmitteln	25
7.1.3 Verfügungsrechte über natürliche Ressourcen.....	26
7.2 Wirtschaftssubjekte	27
7.2.1 Produzenten	27
7.2.1.1 Unternehmen	27
7.2.1.2 Genossenschaften	29
7.2.1.3 Freiberufler.....	29
7.2.2 Wirtschaftsvereine.....	29
7.2.3 Arbeiter/Produktionsmitteleigentümer	31
7.2.4 Der Staat und nicht-staatliche Organisationen	31
7.3 Märkte.....	32
7.3.1 Gütermarkt	32
7.3.2 Arbeitsmarkt	33
7.3.3 Ressourcenmarkt	35
8 Der zusätzliche Konsum als materielle Basis eines nicht-marktwirtschaftlichen Gesellschaftsbereichs	36
9 Wege zur Transformation der kapitalistischen Marktwirtschaft	37
9.1 Der vernünftige Weg	38
9.2 Der wahrscheinliche Weg.....	39
9.3 Der katastrophale Weg.....	39
9.4 Szenarium für eine friedliche Revolution durch eine Reihe von Reformen	39
10 Akteure der Transformation	42
10.1 Proletarier.....	42

10.2 Kapitalisten.....	43
10.3 Intellektuelle aus allen Schichten	43
10.4 Osis.....	44
10.5 Weitere mögliche Akteure	45
10.6 Keine neue „Avantgarde“	46
11 Schlußfolgerungen für aktuelle linke Politik	46
11.1 Sozialistische oder sozialdemokratische Politik der PDS ?	46
11.2 Neben der Tagespolitik das Konzept eines demokratischen Sozialismus vordenken und die Ideen in die gesamte Gesellschaft hineinragen	47
11.3 In der Tagespolitik die Voraussetzungen für die Transformation schaffen.....	48
12 Offene Probleme, weitere Aufgaben zur Vervollständigung des Konzepts einer sozialistischen Marktwirtschaft und des dazugehörigen gesellschaftlichen Überbaus	52
Abbildungsverzeichnis	55
Literaturverzeichnis	55

1 Vorbemerkung

Der „real existierende“ Sozialismus ist als Staatsform in den meisten Länder des ehemaligen sozialistischen Lagers aufgrund von Fehlentwicklungen zusammengebrochen und mit ihm bei vielen Menschen die Hoffnung, daß Sozialismus eine realisierbare Alternative zum Kapitalismus ist. Andererseits zeigt sich im täglichen Leben, daß der Kapitalismus keines seiner Probleme gelöst hat, und daß sie sich durch den Wegfall des Konkurrenten Sozialismus eher wieder verschärfen.

Die Aktivitäten der Linken beschränken sich heute im wesentlichen darauf, durch politischen Widerstand den ungebremsten Lauf des Kapitalismus zurück zu einem Manchester-Kapitalismus aufzuhalten. Das ist eine wichtige aktuelle Aufgabe. Einige scheinen sich mit der Aufgabe bereits abzufinden. Die meisten dürften damit aber unzufrieden sein, weil sie stets auf die prinzipiellen Unzulänglichkeiten des Kapitalismus stoßen, aber z.Z. keine greifbare Alternative zu erkennen ist.

Seit Jahren beschäftige ich mich theoretisch mit der Suche nach einer sozialistischen Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Vor ca. 3 Jahren habe ich die Ergebnisse in einem Manuskript „Marktwirtschaft“ [8] dargelegt. Es diene im wesentlichen der Selbstverständigung und sollte gleichzeitig als Grundlage zur Diskussion mit anderen, an dieser Materie interessierten, dienen. Dabei war mir klar, daß die Art der Darstellung noch nicht dazu geeignet ist, einen breiten Kreis von Lesern anzusprechen, weshalb ich mich bisher auch nicht um die Veröffentlichung dieses Manuskripts bemüht habe, sondern nur einige Kopien an Interessierte in Umlauf gebracht habe.

Bei diesen Untersuchungen hat die Beschäftigung mit mathematischen Modellen die meiste Zeit in Anspruch genommen. Deshalb nimmt die Darstellung dieser Modelle und ihre Anwendung in meinem Manuskript „Marktwirtschaft“ den größten Raum ein. Dagegen wurde das erklärte Ziel meiner Untersuchungen, nämlich das Konzept einer sozialistischen Marktwirtschaft, nur am Ende thesenhaft dargestellt und nicht ausführlich begründet.

Dabei habe ich die Erfahrung gemacht, daß diese mathematische Darstellungsweise die meisten abschreckt, weiter zu lesen. Deshalb sollen jetzt meine Vorstellungen von einer sozialistischen Marktwirtschaft ohne mathematische Mittel dargestellt, dafür aber ausführlicher begründet werden. Soweit meine Schlußfolgerungen auf Erkenntnissen der mathematischen Modelle beruhen, werde ich sie hier nur benennen und auf die entsprechenden Stellen im Manuskript „Marktwirtschaft“ verweisen. Wer diese nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch kritisch überprüfen will, muß sich dann allerdings der Mühe unterziehen und in den mathematischen Abhandlungen nachlesen.

Meine Darlegungen befassen sich vorrangig mit Fragen des Wirtschaftssystems, welches die materielle Grundlage für die Existenz einer Gesellschaft bildet. Fragen des zugehörigen Überbaus werden nur in soweit behandelt, wie sie für die Begründung und Erläuterung der Problematik notwendig sind.

Sicher ist das Wirtschaftssystem einer Gesellschaft nicht allein dafür verantwortlich, ob in dieser soziale Gleichheit¹ und politische Freiheit herrschen. Es ist aber eine notwendige Voraussetzung dafür, diese zu ermöglichen. Die heute vorherrschende kapitalistische Marktwirtschaft in den führenden Industrieländern ist ein Beleg dafür. Hier zeigt sich, daß demokratische Grundrechte in der Verfassung für einen großen Teil der Bevölkerung nicht zu tatsächlicher politischer Freiheit und sozialer Gleichheit führen, wenn sie durch das Wirtschaftssystem in ökonomischer Abhängigkeit gehalten werden und so weder mit ihrer juristischen Freiheit viel anfangen, noch ihre soziale Gleichheit durchsetzen können. In diesem Sinne sehe ich meinen Beitrag als einen Schritt zur Beantwortung der Frage:

Unter welchen Bedingungen sind soziale Gleichheit und politische Freiheit vereinbar?

2 Das Erscheinungsbild der kapitalistischen Marktwirtschaft und des Staatssozialismus

Das Erscheinungsbild des **Kapitalismus** ist nach wie vor geprägt durch soziale Polarisierung. In den Industriestaaten gibt es neben wenigen sehr reichen eine relativ breite Schicht mit gutem sozialen Standard, zur der auch viele Proletarier gehören, und eine Minderheit mit ernsthaften sozialen

¹ Unter sozialer Gleichheit soll hier verstanden werden: gleiche Startbedingungen, gleiche Chancen und gesicherte Existenz ungeachtet ungleicher persönlicher Voraussetzungen und Leistungsfähigkeit. Darunter soll aber keine Gleichmacherei verstanden, z.B. durch gleiche bzw. stark nivellierte Einkommen.

Problemen. In den Entwicklungsländern gibt es teilweise auch einige sehr reiche, eine wesentlich kleinere Mittelschicht und eine breite Schicht, in Existenz bedrohender Armut lebender Menschen.

Massenhafte Arbeitslosigkeit auch in den Industrieländern wird heute als unvermeidbar angesehen. Damit einher geht auch eine soziale Verunsicherung, weil die Arbeitslosigkeit inzwischen alle Schichten treffen kann.

Insbesondere in den Entwicklungsländern führt das zu politischen Instabilitäten durch radikale oft religiös und/oder ethnisch gefärbte Bewegungen. Aber auch in den Industrieländern, wo sich die Verteilungskämpfe verschärfen, wird die bürgerliche Demokratie gefährdet durch Konzeptlosigkeit, Korruption und Vetternwirtschaft der Politiker der noch herrschenden bürgerlichen Parteien. Dadurch wird der Weg geebnet für wieder aufkeimende rechtsradikale Bewegungen.

Der Zwang zum Wachstum, um die erhofften Profitraten zu sichern, führt zu rücksichtsloser Überbeanspruchung der natürlichen Ressourcen. Zur Sicherung bestehender und Erschließung neuer Märkte wird der Krieg wieder zu einem politischen Mittel.

Was die kapitalistische Marktwirtschaft aber weiterhin attraktiv macht, ist ihr erhebliches Potential für technologische Innovationen und ihre Flexibilität, sich an neue Situationen doch immer wieder anzupassen. Allerdings gehen dabei die Innovationen oft merkwürdige Wege. So werden teilweise Entwicklungen gemacht, für die kein echtes Bedürfnis besteht, und es werden mit großem Aufwand Bedürfnisse entwickelt für Produkte, mit deren Vermarktung Gewinne erwartet werden.

Die kapitalistische Gesellschaft, als die letzte spontan entstandene Gesellschaftsordnung, hat die Fähigkeit, sich nach großen wirtschaftlichen Krisen oder nach Kriegen relativ spontan zu restaurieren. Dabei erweist sich das mögliche politische Spektrum kapitalistischer Marktwirtschaften als sehr flexibel. Es reicht von faschistischen Diktaturen bis zur bürgerlich parlamentarischen Demokratie. Diese Spontaneität des Kapitalismus kann aber nicht als positives Merkmal akzeptiert werden, weil sie während der Krisen für große Teile der Bevölkerung eine gewaltige wirtschaftliche Katastrophe bedeutet und die Menschheit sozial, global und ökologisch vor unlösbare Probleme stellt.

In den Ländern des ehemaligen sozialistischen Lagers, nachfolgend kurz **Staatssozialismus** genannt, war die Problemlage eine andere. In dem Versuch mit den entwickelten kapitalistischen Industrieländern wirtschaftlich zu konkurrieren, waren sie unterlegen.

Mit der zentralen Planwirtschaft war man nicht in der Lage, eine gesamte Volkswirtschaft effektiv zu leiten. Eine übertriebene soziale Gleichheit (Gleichmacherei) durch zu starke Nivellierung der Löhne und die belastende Administration von oben hemmte die persönlichen Initiativen und wirkte sich ebenfalls negativ auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aus.

Der offensichtlich größer werdende Abstand der Produktivität zu den führenden westlichen Ländern ließ die Attraktivität der sozialistischen Idee in breiten Kreisen der Bevölkerung sinken, was von der politischen Führung wahrgenommen wurde. Aus Angst vor dem Machtverlust wurden deshalb die Machtinstrumente, die aufgrund des harten Kampfes um die Macht in der revolutionären Anfangsphase bereits geschaffen wurden, weiter ausgebaut, anstatt sie allmählich in demokratischere Formen umzubauen. Auch die ständige Konfrontation der Systeme im heißen und kalten Krieg führte zur Verfestigung undemokratischer Strukturen. Aus den revolutionären Aktivisten bildete sich eine isolierte politische Kaste, die offenbar resignierte und ihre ursprünglichen Ziele verriet.

Im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf mit dem Kapitalismus wurden auch im Staatssozialismus in verantwortungsloser Weise die natürlichen Ressourcen strapaziert.

Trotz der großen wirtschaftlichen Probleme und der ungünstigen historischen Ausgangsbedingungen ist es aber gelungen zu zeigen, daß es möglich ist, ein System sozialer Gleichheit und ohne Arbeitslosigkeit über mehrere Jahrzehnte aufrecht zu erhalten, und für die gesamte Bevölkerung Bildung, medizinische Versorgung und kulturelle Betätigung zugänglich zu machen.

Damit sind aber nur einige wesentliche Erscheinungsformen zweier insgesamt unbefriedigender Gesellschaftsordnungen aufgezählt, was von anderen sicher bereits besser und ausführlicher gemacht wurde. Die Bücher „Nachdenken über Sozialismus“ [10] und „ReformAlternativen“ [11] sind in diesem Zusammenhang als ausführliche Quellen zu empfehlen.

Bei der Suche nach Alternativen ist es wichtig, nach den Ursachen für die Probleme zu suchen, um geeignete Schlußfolgerungen zu ziehen. Als Vorbereitung dafür sollen als nächstes einige theoretische Ausführungen folgen.

3 Die Aufgaben einer sinnvoll strukturierten Volkswirtschaft, einige theoretische Überlegungen

3.1 Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse

Das Wirtschaftssystem einer wirtschaftlichen und/oder politischen Einheit, z.B. die Volkswirtschaft eines Staates, ist das System der gesellschaftlichen Produktion, welches die materielle Basis der Existenz der Gesellschaft schaffen soll. Es sollte die Aufgabe haben, mit Hilfe seiner produzierten Güter (Produkte und Dienstleistungen) die individuellen Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft zu befriedigen. Außerdem müssen entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung Produktionsmittel zum Ersatz der verschlissenen und evtl. zusätzliche für eine erweiterte Reproduktion bereitgestellt werden.

Die in der marxistischen Theorie übliche Unterteilung des **Wirtschaftssystems** (auch **Produktionsweise** genannt) in die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse halte ich für sinnvoll und will sie deshalb auch in meinen Darstellungen vornehmen.

Dementsprechend sind die **Produktivkräfte** die materiell-technische Basis der Wirtschaft. Dazu gehören sowohl die Wirtschaftsgüter, wie natürliche Ressourcen und bereits produzierte Güter, wie Maschinen und Materialien für die spätere Produktion, als auch Güter für den individuellen Konsum. Dazu gehören die Arbeitskräfte, einschließlich ihrer naturwissenschaftlichen Kenntnisse über diverse Produktionsverfahren, als auch Erfahrungen über die verfahrensbezogene Organisation kollektiver Produktionsprozesse. Damit stellen die Produktivkräfte ein Wirtschaftspotential dar, welches Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Reproduktion eröffnet. Allein durch die Produktivkräfte ist damit aber noch nicht festgelegt, ob bzw. wie diese Möglichkeiten im Interesse der Gesellschaft genutzt werden.

Die **Produktionsverhältnisse** umfassen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Menschen im Produktionsprozeß eingehen. Ein wesentliches Merkmal zur Beschreibung der Produktionsverhältnisse sind nach wie vor die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln, die sich auf alle anderen Verhältnisse auswirken, diese aber noch nicht eindeutig festlegen. Zu den Produktionsverhältnissen gehören deshalb außerdem die Verhältnisse der Kooperation, der Arbeitsteilung und der Mitbestimmung, der Bewertung der Arbeitsleistung des Einzelnen im kollektiven Produktionsprozeß und der Verteilung der Güter zum individuellen Konsum. Damit bestimmen die Produktionsverhältnisse die Eigenbewegung der Volkswirtschaft, in wessen Interesse die wirtschaftliche Tätigkeit erfolgt und auch, ob sich ein selbstoptimierendes stabiles Wirtschaftssystem einstellt, oder wenigstens tendenziell angestrebt wird.

3.2 Drei Kriterien einer optimalen Volkswirtschaft

Solange wir den Anspruch nicht aufgegeben haben, ein soziales Wirtschaftssystem anzustreben, ist das **erste Kriterium an eine optimale Wirtschaftsstruktur** die vollständige Versorgung der gesamten Bevölkerung mit den **notwendigen Konsumgütern**. Dazu gehören sowohl die Produktion eines bedarfsgerechten Sortiments der Konsumgüter als auch die Produktion der dazu notwendigen Produktionsmittel. Dabei muß gewährleistet sein, daß diese Bedingungen nicht nur im aktuellen Reproduktionszyklus erfüllt wird, sondern auch in Zukunft realisierbar bleiben.

Der Bedarf an notwendigen Konsumgütern ist endlich, relativ konstant innerhalb der Bevölkerung einer geographischen und kulturellen Region und über die Zeit und relativ objektiv bestimmbar, auch wenn man sich über eine exakte Abgrenzung streiten kann

Ein **zweites Kriterium** an eine optimale Wirtschaftsstruktur ist eine maximale bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit **zusätzlichen Konsumgütern**. Nach Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse kann ein noch vorhandenes Potential der Produktivkräfte bis zur vollen Auslastung zur bedarfsgerechten Produktion von zusätzlichen Konsumgütern dienen. Dabei natürlich auch wieder unter Berücksichtigung der Produktion der dazu notwendigen Produktionsmittel.

Güter des zusätzlichen Konsums sind nur zum Teil Luxusartikel, die für die einfache Reproduktion der Arbeitskraft nicht unbedingt notwendig sind, die aber das Leben angenehmer machen. Zu den Gütern und Dienstleistungen des zusätzlichen Konsums sollen auch Produktionsleistungen gehören, die die materielle Basis für kulturelle, wissenschaftliche oder auch sportliche Betätigung bilden und was es sonst noch für individuelle oder gemeinschaftliche Aktivitäten gibt. Als Abgrenzung gegenüber den notwendigen Konsumgütern gilt aus ökonomischer Sicht nur das Kriterium, daß sie nicht für die einfache Reproduktion der Arbeitskraft auf niedrigem Niveau benötigt werden und deshalb relativ frei von ökonomischen Zwängen disponiert und verwendet werden können. Dementsprechend trägt ihre

Nutzung nicht auf direktem Wege zur weiteren gesellschaftlichen Reproduktion bei. Ausführlicher dazu siehe Abschnitt 8 .

Die menschlichen Bedürfnisse nach Gütern des zusätzlichen Konsums sind ihrem Wesen nach prinzipiell unbegrenzt. Sie entwickeln sich erfahrungsgemäß mit den sich entwickelnden Möglichkeiten der Produktivkräfte und eilen diesen immer etwas voraus. Für die wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtungen ist es zunächst unbedeutend, woraus die jeweils konkreten Bedürfnisse nach zusätzlichem Konsum resultieren und wie sinnvoll sie sind. Dabei muß natürlich weiterhin gewährleistet sein, daß diese Bedingungen nicht nur im aktuellen Reproduktionszyklus erfüllt wird, sondern auch in Zukunft realisierbar bleibt, also ohne Überlastung der natürlichen Ressourcen.

Wie bereits als Bedingung für die Produktion notwendiger und zusätzlicher Konsumgüter erwähnt, kann man als **drittes Kriterium** einer optimalen (vernünftigen, sinnvollen) Wirtschaftsstruktur die ökologische **Nachhaltigkeit** angeben. Idealziel ist ein reiner Ressourcenkreislauf, der sicher nicht vollständig erreichbar ist, aber möglichst weitgehend angestrebt werden muß, so daß über unseren überschaubaren Zeitraum hinaus die natürlichen Voraussetzungen für die gesellschaftliche Existenz erhalten bleiben.

3.3 Es existiert ein Bereich optimaler Wirtschaftsstrukturen

Im Manuskript „Marktwirtschaft“ [6] wird eine Methode dargestellt, mit der man die aktuellen Produktivkräfte der Gesellschaft und die Kriterien für optimale Wirtschaftsstrukturen quantitativ mathematisch darstellen kann. Die Frage nach der anzustrebenden optimalen Wirtschaftsstruktur einer Volkswirtschaft stellt sich damit als ein Optimierungsproblem dar, welches mit Hilfe des Simplex-Algorithmus lösbar ist.

Dabei hat sich herausgestellt, daß es nicht nur eine sinnvolle gleichgewichtige Wirtschaftsstruktur bei gegebenem Entwicklungsstand der Produktivkräfte gibt.

An folgendem stark vereinfachten Zahlenbeispiel soll das demonstriert werden: Es existiert eine optimale Wirtschaftsstruktur in der folgende aggregierte und in Geld bewertete Parameter gelten

L_n	=	10.000 DM/Jahr	-Notwendiger Mindestlohn eines Arbeiters zur einfachen Reproduktion seiner Arbeitskraft, einschließlich Versorgung seines Nachwuchses und seiner Altersversorgung
B	=	50.000 DM	-Notwendiger durchschnittlicher Bestand an langlebigen Konsumgütern eines Arbeiters
K	=	200.000 DM	-Mittlerer Wert eines Arbeitsplatzes (= Kapital des Unternehmers pro Arbeitsplatz)
W	=	25.000 DM/Jahr	-Wert der mittleren Jahresnettoproduktion eines Arbeiters

Damit ergibt sich ein Mehrwert M von

$$M = W - L_n = 15.000 \text{ DM/Jahr}$$

Dieser Mehrwert kann nach folgender Formel unterschiedlich aufgeteilt werden:

$$M = L_z + \Delta B + \Delta K$$

mit

L_z	- Lohn für zusätzlichen Konsum
ΔB	-Notwendiger Lohnanteil für Wachstum des Bestandes an langlebigen Konsumgütern pro Jahr pro Arbeiter bei Bevölkerungswachstum
ΔK	- Jahresprofit pro Arbeitsplatz

In diesem simplen Beispiel soll der Wert ΔB vereinfachend stellvertretend für alle zusätzlichen Aufwendungen der Arbeiter stehen, die bei Bevölkerungswachstum für den zusätzlichen Aufwand der Versorgung der Nachkommen über die einfache Reproduktion hinaus entstehen.

Fall 1: Wird auf Wirtschaftswachstum verzichtet und der gesamte Mehrwert als zusätzlicher Konsum verbraucht, so ergibt sich mit $\Delta B=0$ und $\Delta K=0$ ein maximal möglicher zusätzlicher Konsum $L_{z_{\max}}$ von

$$L_{z_{\max}} = M = 15.000 \text{ DM/Jahr}$$

Wird in diesem Fall der zusätzliche Konsum ausschließlich für Luxus konsumiert, so daß auch kein wissenschaftlicher Fortschritt einen Produktivitätszuwachs bewirkt, währe hiermit der theoretische Sonderfall eines gleichbleibenden Wirtschaftskreislaufes gegeben

Fall 2: Wird auf zusätzlichen Konsum verzichtet und ein maximales proportionales Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft angestrebt, so ergibt sich mit $L_z=0$ eine maximal mögliche jährliche Wachstumsrate $R_{\max}=6\%$ mit

$$\Delta B = R_{\max} * B = 0,06 * 50.000 \text{ DM} = 3.000 \text{ DM/Jahr}$$

$$\Delta K = R_{\max} * K = 0,06 * 200.000 \text{ DM} = 12.000 \text{ DM/Jahr}$$

und

$$M = L_z + \Delta B + \Delta K = 0 + 3.000 \text{ DM/Jahr} + 12.000 \text{ DM/Jahr}$$

Mit diesem Fall ist das maximal mögliche proportionale Wachstum ohne technologischen Fortschritt beschrieben. Dieses ist allerdings nur so lange möglich, solange noch ungenutzte natürliche Ressourcen dies ermöglichen.

Fall 1 und 2 stellen Extrempunkte eines Bereiches dar, in dem lauter „optimale“ Entwicklungspfade der Volkswirtschaft liegen mit mehr oder weniger Wachstum und entsprechend mehr oder weniger zusätzlichem Konsum. Auf allen diesen Pfaden ist zunächst kein technologischer Fortschritt erforderlich. Dieser Bereich ist in **Abbildung 1** prinzipiell dargestellt. Auf der Kurve des Diagramms liegen alle Entwicklungspfade, die die aktuelle Leistungsfähigkeit der Produktivkräfte voll ausnutzen. Der Bereich über der Kurve kann beim aktuellen technologischen Entwicklungsstand nicht erreicht werden. Entwicklungspfade unterhalb der Kurve sind realisierbar, würden aber das Potential der Produktivkräfte nicht voll ausnutzen. Die Kurve kann noch auf Werte mit Wachstum $R < 0$ verlängert werden, da auch negatives Wachstum prinzipiell möglich ist, wenn auch in der Regel nicht beabsichtigt.

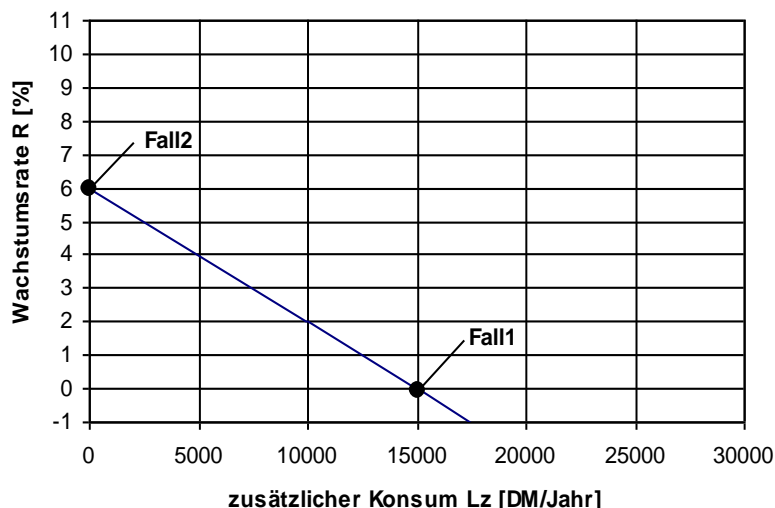


Abbildung 1: Bereich optimaler Entwicklungspfade einer Volkswirtschaft bei gegebenem Entwicklungsstand der Produktivkräfte

Eine Gesellschaft, die sich nicht aufgrund einer spontanen Eigenbewegung entwickelt, sondern die ihre Wirtschaft so organisiert hat, daß die Grundrichtung aufgrund demokratischer wirtschafts-politischer Entscheidungen nach gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkten frei festgelegt werden kann, könnte sich nun für einen Entwicklungspfad innerhalb dieses Bereiches entscheiden.

3.4 Technologischer Fortschritt

In den vorangegangenen Überlegungen wurde nur von einem gegebenen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte ausgegangen und untersucht, in welcher Weise sie genutzt werden können. Es herrscht Konsens darüber, daß technologischer Fortschritt die Wirtschaftsentwicklung wesentlich beeinflusst und deshalb hier nicht übergangen werden kann. Er hat positive als auch negative gesamtgesellschaftliche Auswirkungen.

Positive sind ein Anwachsen der Produktivität der Produktivkräfte. Das heißt, daß der Anteil des Mehrwerts am gesamtgesellschaftlichen Nettoprodukt größer wird. Damit wird der Bereich größer in dem sich die Gesellschaft frei entscheiden kann für mehr oder weniger zusätzlichen Konsum und/oder mehr proportionales Wirtschaftswachstum, einschließlich Bevölkerungswachstum. Damit könnte sich über einen gewissen Zeitraum der Bereich optimaler Entwicklungspfade erweitern, wie in **Abbildung 2** (Siehe S.13) prinzipiell dargestellt.

Negative Erscheinungen am technologischen Fortschritt sind negative Nebenwirkungen auf Mensch und Umwelt, die soweit gehen können, daß der vermeintliche Fortschritt nicht mehr als solcher bezeichnet werden kann. Z.B. hat sich die Energiegewinnung in Kernkraftwerken als so riskant erwiesen, daß diese mit hohem Aufwand wieder abgeschafft werden soll. Solche Erscheinungen sind natürlich zu minimieren.

Eine weitere ambivalente Erscheinung technologischen Fortschritts ist, daß durch neue oder verbesserte Produktionsverfahren in der Regel Strukturveränderungen in der Wirtschaft erforderlich werden. Das erfordert Umstellungsaufwand. Es erfordert aber insbesondere auch ein Wirtschaftssystem, daß ständig das Bestreben hat sich erneut zu optimieren, um die ständigen Störungen, die unter anderem maßgeblich durch laufenden technischen Fortschritt entstehen, abzufangen und so den Fortschritt auch wirksam werden zu lassen.

Technologischer Fortschritt, insbesondere die wichtigen Erfindungen, haben auch noch eine andere Eigenart. Es können zwar günstige Bedingungen geschaffen werden, für die Entstehung neuer Entdeckungen und Erfindungen, sie können aber nicht erzwungen werden. Auch wenn die letzten 200 Jahre Technikentwicklung uns daran gewöhnt haben, daß immer wieder neue Erfindungen einen gewaltigen technischen Fortschritt ermöglichten, gibt es keinen Grund anzunehmen, daß auch zukünftig immer rechtzeitig eine wichtige neue Entdeckung oder Erfindung einen Wachstumsschub ermöglicht, insbesondere Wachstum ohne ständiges Anwachsen des Ressourcenverbrauchs. Statt dessen ist damit zu rechnen, daß frühere Entwicklungen sich heute als Flop erweisen und nachträglich einen erheblichen Aufwand zur Schadensbeseitigung oder –begrenzung erfordern, so daß mindestens zeitweilig Stagnation oder sogar negatives Wirtschaftswachstum erforderlich ist. Deshalb müssen wir unser Wirtschaftssystem so organisieren, daß es nicht auf ständiges Wachstum angewiesen ist, um zu funktionieren.

Technologischer Fortschritt ist nicht gleich technologischer Fortschritt und muß differenziert bewertet werden.

Extensives Wachstum: Eine heute sehr gebräuchliche Methode, mit möglichst geringem wissenschaftlichen Aufwand die Produktion von Mehrwert zu erhöhen, besteht darin, die bekannten Technologien dahingehend auszureizen, daß im wesentlichen nur größere Maschinen oder Produktionsanlagen gebaut werden, so daß bei gleichem Bedienungsaufwand durch die gleiche oder eine geringere Anzahl an Arbeitskräften mehr produziert werden kann. Dieser erhöhte Mehrwert könnte natürlich auch den zusätzlichen Konsum der Bevölkerung erhöhen. Da durch diese Entwicklungsstrategie allerdings das Volumen des Produktionsmittelstocks zunächst wesentlich wächst, muß zunächst ein großer Teil des Mehrwerts für Investitionen verbraucht werden. Diese Entwicklungsstrategie ist verlockend für die Unternehmer innerhalb einer kapitalistischen Marktwirtschaft, weil sich damit eine offensichtliche „Notwendigkeit“ ergibt für größeren Reichtum der Produktionsmitteleigentümer. Da mit dieser Entwicklungsstrategie sich laufend die organische Zusammensetzung von konstantem und variablem Kapital zu Ungunsten des variablen Kapitals entwickelt, sinkt die Profitrate, wie Marx bereits nachwies, was die Kapitalisten dann wieder grämt. Außerdem ist diese Entwicklungsstrategie mit einem extensiven Ansteigen der Benutzung und des Verbrauchs natürlicher Ressourcen verbunden, so daß sehr schnell Grenzen des Wachstums erreicht sind oder auch überschritten werden, mit zukünftigen verheerenden Auswirkungen. Das ist der entscheidende Grund, warum diese Wachstumsstrategie aus gesamtgesellschaftlicher Sicht abzulehnen ist, weil sie keine dauerhafte Entwicklung zuläßt und unsere Nachkommen dafür büßen müssen.

Eine andere Strategie orientiert auf **intensives Wachstums**. Hier ist das Ziel, ohne Verbrauch von mehr Ressourcen durch neue Technologien Güter und Dienstleistungen zu produzieren, die qualitativ besser unsere Bedürfnisse befriedigen. Dazu sind aber in der Regel größere wissenschaftliche Aufwendungen erforderlich. Das heißt, daß bei einem begrenzten zur Verfügung stehenden Entwicklungspotential (als Teil des von der Gesellschaft produzierten Mehrwerts) eine langsamere Entwicklung stattfindet.

Sehen wir uns nun das oben bereits dargestellte Zahlenbeispiel noch einmal an. Hier stellt der Fall 1 zunächst ein wirtschaftliches Gleichgewicht ohne jegliches Wachstum dar mit einem maximalen zusätzlichen Konsum. Dieser zusätzliche Konsum muß aber nicht nur als reiner Luxus verbraucht werden. Da er relativ groß ist, dürfte es kein Problem sein, einen angemessenen Teil sowohl in Grundlagen- als auch in angewandte Forschung zu stecken, die dann der gesamten Gesellschaft zugänglich ist. Damit könnte das Zahlenbeispiel auch eine intensive Wirtschaftsentwicklung repräsentieren, wobei sich die in Geld bewerteten Parameter nach einiger Zeit etwa in folgender Weise verändern:

alt	neu	
$L_n = 10.000 \text{ DM/Jahr}$	5.000 DM/Jahr	Sinkender Wert für notwendigen Konsum
$B = 50.000 \text{ DM}$	50.000 DM	Wert der langlebigen Konsumgüter gleichbleibend
$K = 200.000 \text{ DM}$	200.000 DM	Wert der Produktionsmittel gleichbleibend
$W = 25.000 \text{ DM/Jahr}$	30.000 DM/Jahr	Wachsender Wert der Nettoproduktion

Damit würden sich Entwicklungspfade gemäß **Abbildung 2** ergeben, die zukünftig einen noch größeren zusätzlichen Konsum zulassen, aber bei Bedarf auch ein größeres extensives Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum. D.h. der relativ freie Entscheidungsspielraum der Gesellschaft erweitert sich.

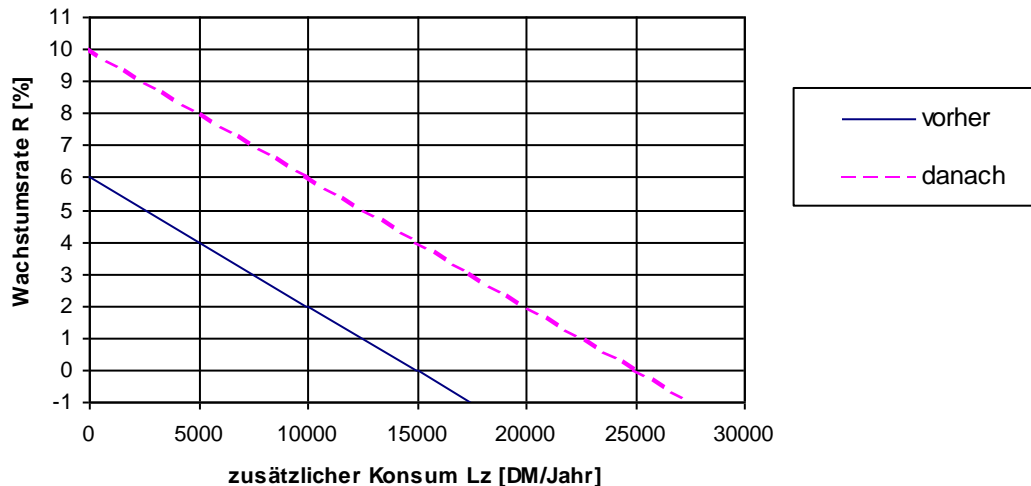


Abbildung 2: Erweiterung des Bereichs optimaler Entwicklungspfade einer Volkswirtschaft durch intensiven technologischen Fortschritt

Hinter den in unserem Beispiel konstant gebliebenen 200.000 DM Produktionsmittelvolumen steckt nach so einem intensiven technologischen Entwicklungsprozeß natürlich ein anderes physisches Produktionsmittelsortiment, welches ein höheres Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte verkörpert. Der Wert des Produktionsmittelvolumens ist nur konstant geblieben, weil die für die Produktion dieser Produktionsmittel erforderliche Arbeitszeit konstant geblieben ist.

Derartige intensive Wirtschaftsentwicklung muß in Zukunft angestrebt werden. Allerdings hat die kapitalistische Gesellschaft damit ein Problem, weil hier kaum Profit zu machen ist, ohne das Wirtschaftssystem aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Zusammenfassung: Die bisher dargelegten Aussagen beziehen sich nur auf mögliche Entwicklungspfade, die sich aus dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte ergeben. Bei der Beurteilung bestehender Wirtschaftssysteme und der Suche nach verbesserten kommt es nun darauf an zu zeigen, wie diese Systeme in der Lage sind, innerhalb dieses Bereiches zu navigieren, bzw. ob sie überhaupt in der Lage sind, in diesen Bereich zu gelangen. Dafür sind die Produktionsverhältnisse verantwortlich, die die Eigenbewegung des Systems bestimmen und gesellschaftliche Eingriffe ermöglichen oder behindern.

Meine Darlegungen haben auch gezeigt, daß man nicht von Wirtschaftswachstum schlechthin sprechen kann und dieses dann auch nicht pauschal als gut oder schlecht bewerten kann. Statt dessen gibt es viele Entwicklungspfade, die verschieden wachsende Bestandteile enthalten können. Entscheidend ist, was im Sinne einer positiven gesamtgesellschaftlichen Entwicklung dabei erreicht wird.

Ich möchte zum Schluß noch darauf aufmerksam machen, daß ich im Interesse eines möglichst leichten Verständnisses in meinem Zahlenbeispiel sehr stark vereinfachend nur mit aggregierten bereits in Geld bewerteten Parametern operiert habe, wie das in den makroökonomischen Darstellungen üblich ist. Eigentlich bin ich gegen diese Art der Abstraktion, weil dadurch das Gesamtverständnis optimaler oder nicht optimaler Wirtschaftsstrukturen verloren geht. So können in meinem Beispiel die Zahlen im Fall 1 sowohl für eine Wirtschaftsstruktur mit einfacher Reproduktion ohne Entwicklung, als auch für intensive Entwicklung stehen. Wenn man diese also richtig interpretieren will, muß man die Hintergründe schon kennen. Dazu ist es aber erforderlich mit Modellen zu operieren, wie sie in [6] entwickelt wurden.

3.5 Optimale Wirtschaftsstrukturen tendieren zu technologischen Monopolen

Beispielrechnungen mit meinem Modell zur Suche optimaler Wirtschaftsstrukturen ergaben folgende prinzipielle Ergebnisse

Wenn es für jedes produzierte Gut mindestens ein aber meistens mehrere Produktionsverfahren gibt, so kommen in einer optimalen Wirtschaftsstruktur immer nur genau so viele verschiedene Produktionsverfahren zum Einsatz, wie es verschiedene produzierte Güter gibt. Dadurch müßte bei einem bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte immer genau ein Produktionsverfahren für jeweils ein Gut existieren. Damit hat dann jeweils eine Technologie für jedes Produkt mindestens zeitweilig eine Monopolstellung.

Wird für ein Produkt ein neues effektiveres Verfahren entwickelt, oder ein bereits vorhandenes anderes Verfahren wird durch Weiterentwicklung auf einmal das effektivste, so ist die Wirtschaftsstruktur erst dann wieder optimal, wenn das neue Verfahren das alte vollständig abgelöst hat. Dadurch können relativ kleine technologische Weiterentwicklungen relativ große Strukturänderungen auslösen.

In der Praxis tritt dieses Problem aber nicht in dieser Schärfe auf. Oft gibt es auch verschiedene Verfahren für das gleiche Produkt, die in ihrer Produktivität dicht bei einander liegen. Theoretisch müßte nach meinem Modell im Optimum genau ein Verfahren dominieren. In der Praxis können aber oft verschieden Verfahren längere Zeit parallel existieren. Der Grund dafür besteht darin, daß das Preis-Leistungs-Verhältnis der Verfahren nicht so exakt bewertet werden kann, so daß sich die Kunden zufällig mal für den einen und mal für den anderen Produzenten entscheiden. Diese Ungenauigkeiten in der praktischen Bewertung der Produktionsverfahren in meinem Modell zu berücksichtigen, ist eine für die Zukunft noch ausstehende interessante Aufgabe.

Im Kapitalismus ist durch Kapitalkonzentration auch eine Tendenz zu wirtschaftlicher Monopolbildung zu beobachten, die wegen des dann fehlenden Wettbewerbs unerwünscht ist. Falls nach einer Innovation ein Produzent mit seinem neuen Erzeugnis oder seiner neuen Technologie ein Monopol errungen hat, müßte dieser sich im Interesse des Erhalts des Wettbewerbs eigentlich in zwei konkurrierende Produktionseinheiten mit vorläufig gleichem Produktionsverfahren teilen. Statt dessen ist in der kapitalistischen Praxis das Gegenteil zu beobachten. Konzerne, die durch ein neues Verfahren hohe Gewinne gemacht haben, versuchen mit diesem Geld, Betriebe aus anderen Branchen aufzukaufen, um sich auch dort noch breit zumachen. Das kapitalistische Marktprinzip wirkt also doppelt konträr gegen den Erhalt des Wettbewerbs. Ein typisches Beispiel dafür ist die Entwicklung des Konzerns Microsoft, der durch sein Monopol mit dem Betriebssystem MS-DOS, anschließend noch das Monopol in der Internet-Zugangs-Software anstrebte und auch fast erreicht hat, ohne sich dabei erneut durch besondere technische Leistungen hervor getan zu haben.

Im modernen Kapitalismus wird versucht mit Kartell-Verbots-Gesetzen diesem Problem zu begegnen, allerdings nur sehr halbherzig, indem einige Fusionen nicht erlaubt werden. Der Fall Microsoft ist der einzige mir bekannte Fall, wo eine Firma dazu verurteilt wurde, sich zu teilen. Diese Teilung wurde aber nicht etwa angeordnet, weil ein Monopol entstanden war, sondern weil die Firma ihr Monopol bereits nachweisbar schamlos ausnutzte. Außerdem ist dieses Urteil noch nicht rechtskräftig und die Teilung noch lange nicht erfolgt.

In einem Konzept einer sozialistischen Marktwirtschaft mit selbstoptimierenden Strukturen ist die Tendenz zur Bildung technologischer Monopole zu berücksichtigen und durch geeignete Spielregeln trotzdem ein fairer Wettbewerb zwischen den konkurrierenden Produktionseinheiten zu organisieren.

3.6 Das Leistungsprinzip

Im Kapitalismus gibt es, gewaltige Einkommensunterschiede, die offensichtlich nicht durch persönliche Leistung zu erklären sind. Im Staatssozialismus wurden dagegen die staatlich festgelegten Lohnstrukturen so stark nivelliert, daß kein ausreichender Anreiz zur persönlichen Leistung gegeben war. Wo aber eine sinnvolle Differenzierung in der Lohnstruktur liegen muß, ist bisher unklar.

Dazu habe ich einige Untersuchungen angestellt und ein Modell zur Bewertung der Arbeit im gesellschaftlichen Produktionsprozeß formuliert. Mit diesem Modell können prinzipiell optimale Lohnstrukturen berechnet werden, als auch eine Selbstoptimierung eines freien Arbeitsmarktes dynamisch simuliert werden.

Das Modell und die Ergebnisse sind im Manuskript „Marktwirtschaft“ Teil 2 „Lineares Modell des Arbeitsmarktes/Das ‚Leistungsprinzip‘“ [7] dargestellt. Auf eine ausführlichere Darstellung wird hier verzichtet, da hierfür einige mathematische Abhandlungen notwendig wären, mit denen ich diese

Abhandlung nicht belasten möchte. Wer sich für Einzelheiten interessiert, wird hiermit auf o.g. Quelle verwiesen. Analoge Modelle aus der Literatur sind mir nicht bekannt.

Nach diesem Modell hat sich gezeigt, daß für jede konkrete Bedarfsstruktur an Arbeitsleistungen in verschiedenen Berufen eine optimale Lohnstruktur existiert, die auf einem freien Arbeitsmarkt zu einer optimalen Beschäftigungsstruktur führen würde. Damit kann auch der von Marx definierte Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit quantifiziert werden.

Selbst wenn mit diesem Modell kurzfristig noch keine optimale Lohnstruktur für eine existierende Wirtschaft berechnet werden kann, wegen fehlendem umfangreichen Datenmaterials und zu geringer Rechenkapazität, lassen sich daraus Strategien für die Gestaltung eines Arbeitsmarktes in einer sozialen Marktwirtschaft mit einer sinnvollen Differenzierung ableiten. Ein wichtiger Vorteil marktwirtschaftlicher Systeme ist es, daß man ein Optimum nicht durch exakt berechnete Vorgaben erreicht, wie es in einer Planwirtschaft versucht wird, sondern daß eine Selbstoptimierung stattfinden soll. Voraussetzung ist allerdings, daß man sich durch eventuell vereinfachte Modellrechnungen vorher vergewissern muß, unter welchen Bedingungen eine Selbstoptimierung auch tatsächlich stattfinden kann. Solche prinzipiellen Analysen sind mit wesentlich weniger Aufwand möglich, da man nicht so umfangreiches und exaktes Datenmaterial für Beispielrechnungen benötigt.

Meine bisherigen Untersuchungen haben gezeigt, das auf dem Arbeitsmarkt selbstoptimierende Prozesse funktionieren können, und das auch auf soziale Weise. Eine wichtige Schlußfolgerungen aus diesen Untersuchungen ist, daß in einer sozialen Marktwirtschaft mit einer sich selbst optimierenden Beschäftigungsstruktur eine leistungsabhängige Differenzierung der Einkommen nicht nur zulässig ist, sondern ein notwendiges Element.

Der kapitalistische Arbeitsmarkt erfüllt die Bedingungen für eine soziale Marktwirtschaft jedoch nicht.

3.7 Überproduktion und Mangelwirtschaft

Trotz aller Schwierigkeiten zwischen dem Bedarf an notwendigem Konsum und dem Bedarf an zusätzlichem („nicht notwendigem“) Konsum im konkreten Einzelfall zu unterscheiden, ist es für eine vernünftige wirtschaftswissenschaftliche Theorie zwingend erforderlich, zwischen diesen beiden Kategorien zu unterscheiden. Während der notwendige Bedarf begrenzt und auch relativ objektiv erfaßbar ist, ist der Bedarf an zusätzlichen Konsumgütern prinzipiell unbegrenzt. Daraus ergibt sich, daß es prinzipiell keine absolute Überproduktion geben kann. Höchstens eine Überproduktion einiger Arten von Konsumgütern.

Das regelmäßige Überangebot an fast allen Gütern im Kapitalismus ist dagegen ein relatives Überangebot. Dieses relative Überangebot resultiert daraus, daß die Kaufkraft, aber nicht der Bedarf, geringer sind als das Warenangebot. So ist es in einer kapitalistischen Gesellschaft sogar denkbar, daß ein relatives Überangebot auf dem Markt ist und trotzdem eine Mangelwirtschaft besteht in der Weise, daß der notwendige Bedarf für einen großen Teil der Bevölkerung nicht gedeckt wird. Deshalb ist es unsinnig aus den Warenangeboten in den Kaufhäusern auf die Bedarfsdeckung der gesamtgesellschaftlichen Produktion zu schließen. Die überquellenden Warenangebote in der BRD bedeuten nicht, daß die letzten Bedürfnisse der Bürger befriedigt sind, sondern daß sich das kapitalistische Wirtschaftssystem durch seine zu hohen Profitraten aus dem Gleichgewicht bringt und damit sich selbst blockiert.

In den staatssozialistischen Ländern hatten wir dagegen ein anderes Erscheinungsbild und es wurde deshalb auch oft von Mangelwirtschaft gesprochen. Die Warenangebote in den Geschäften war regelmäßig geringer als die Kaufkraft. Das war so, obwohl die Regierung durch ihre Planwirtschaft eigentlich in der Lage gewesen wäre, durch eine restriktive Geld- und Lohnpolitik das Verhältnis zwischen Kaufkraft und Warenangebot planmäßig leicht zu Gunsten eines relativen Warenüberangebots einzustellen. Daß das möglich war zeigten z.B. die unterschiedlichen Warenangebote in den verschiedenen Ländern, wie der DDR, der ČSSR und Ungarn. So war Ungarn als ein Land bekannt mit einem für sozialistische Verhältnisse attraktiven Warenangebot, obwohl es keine leistungsfähigere Wirtschaft als die DDR oder die ČSSR hatte. Die DDR war mit ihrer Produktivität sicher in der Lage, den notwendigen Bedarf der Bevölkerung zu decken und darüber hinaus noch einen zusätzlichen Konsum zu ermöglichen, wenn auch nicht auf dem Niveau, wie die BRD. Daß die Läden leer waren, hatte damit nichts zu tun. Die Ursache war, daß trotz Planwirtschaft die in der Bevölkerung verfügbare Lohnsumme und der Wert der angebotenen Waren in einem Mißverhältnis standen, zugunsten der Lohnsumme.

Beiden Erscheinungen ist gemeinsam, daß es nicht gelungen ist, Angebot und Nachfrage in ein Gleichgewicht zu bringen und dort zu halten. Aus diesen Gründen ist bei scheinbarer Überproduktion und bei Mangelercheinungen im Warenangebot stets zu untersuchen, welches die wirklichen

Ursachen sind und nicht vorschnell daraus über die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft Schlußfolgerungen zu ziehen.

4 Die Eigenbewegung der kapitalistischen Marktwirtschaft

Marx und Engels haben sich ausführlich mit der Eigenbewegung des Kapitalismus befaßt, ihn als historische Entwicklungsstufe der Gesellschaft gewürdigt und nachgewiesen, daß er prinzipiell nicht in der Lage ist, die Volkswirtschaft auf einem vernünftigen Entwicklungspfad zu bewegen. Diese Erkenntnisse halte ich heute noch für weitgehend zutreffend und ich habe nicht die Absicht diese durch wesentlich bessere zu ersetzen. Nachfolgend soll die Eigenbewegung des Kapitalismus kurz noch einmal dargestellt und durch einige jüngere Erfahrungen ergänzt werden, um damit die Ableitung einer alternativen Marktwirtschaft vorzubereiten.

4.1 Profit und Wirtschaftswachstum

Im Kapitalismus besteht durch das vorherrschende Privateigentum an den Produktionsmitteln eine Trennung zwischen denjenigen, die bestimmen, was produziert wird, und denjenigen, die produzieren.

Für die Eigentümer an den Produktionsmitteln, die ihr Einkommen aus der Tatsache des Eigentums von Geld oder Gütern beziehen, macht eine Beteiligung an der gesellschaftlichen Produktion durch Investition ihres Eigentums in die gesellschaftliche Produktion nur Sinn, wenn dabei ein Profit herauspringt, der anschließend wieder investiert werden kann, um daraus weiteren Profit zu erlangen.

Nehmen wir also noch einmal unser simples Zahlenbeispiel her. Für den Kapitalisten ist von den möglichen proportionalen Entwicklungspfaden der Grenzpfad gemäß Fall 2 am interessantesten. Hier könnte er in unserem Beispiel wenigstens noch eine Profitrate von z.B. 6% realisieren. Voraussetzung dafür, daß dieser Entwicklungspfad möglich ist, ist allerdings, daß noch ausreichend ungenutzte natürliche Ressourcen zur Verfügung stehen. Auf unserer begrenzten Erde kann das nur zeitweilig bzw. regional der Fall sein. Heute sind wir bereits an die Grenze der Belastbarkeit der Natur angekommen, falls wir diese nicht bereits überschritten haben.

Abgesehen davon gibt es einen nicht proportionalen Entwicklungspfad, der ihm noch lieber wäre. Bezogen auf unser Zahlenbeispiel würden die Anfangsparameter wie gehabt aussehen:

L_n	=	10.000 DM/Jahr	-Notwendiger Mindestlohn
B	=	50.000 DM	-Notwendiger Konsumgüterbestand eines Arbeiters
K	=	200.000 DM	-Mittlerer Wert eines Arbeitsplatzes
W	=	25.000 DM/Jahr	-Wert der mittleren Jahresnettoproduktion eines Arbeiters
$M = W - L_n$	=	15.000 DM/Jahr	-Mehrwert

Fall 3: Es wird auf zusätzlichen Konsum verzichtet, d.h. der Lohnanteil L_z für zusätzlichen Konsum ist $L_z=0$; und es wird auch der Lohnanteil ΔB , der ein Bevölkerungswachstum ermöglicht, gestrichen mit $\Delta B=0$. Das Einkommen der Arbeiter wird also auf des Existenzminimum herunter gedrückt. Damit wäre dann eine Profitrate von $R_k=7,5\%/Jahr$ möglich mit

$$\Delta K = R_k * K = 0,075/Jahr * 200.000 \text{ DM} (= M = 15.000 \text{ DM/Jahr})$$

Damit würde das Kapitalvolumen pro Jahr um 7,5% anwachsen und

nach 1 Jahren 215.000 DM betragen

optimistisch weiter gerechnet würde es dann

nach 10 Jahren 412.000 DM betragen und

nach 50 Jahren 7.438.000 DM betragen.

Damit würden sich nach 50 Jahren die Proportionen der Werte der Wirtschaftsstruktur grundsätzlich verschieben

L_n	=	10.000 DM/Jahr
B	=	50.000 DM
K	=	7.438.000 DM (auf das 37-fache)
$25.000 \text{ DM/Jahr} < W < 559.000 \text{ DM/Jahr} (=37*25.000 \text{ DM/Jahr})$		
$15.000 \text{ DM/Jahr} < M < 558.000 \text{ DM/Jahr}$		

Dieser Wachstumspfad ist mit einer ständigen Strukturänderung verbunden zugunsten laufender Erweiterung der Investitionsgüterproduktion.

Die Frage ist nun, wie sich bei dieser nicht proportionalen ständigen Erhöhung des Kapitalvolumens die Produktivität und damit die Wertschöpfung und der Mehrwert entwickeln. Wenn man extrem optimistisch ist, würde das Volumen der Wertschöpfung nur vom Volumen des Kapitals abhängen und mit diesem proportional wachsen. Wenn man extrem pessimistisch ist, würde die Wertschöpfung nur von den Arbeitskräften abhängen also konstant bleiben. Ein realistischer Wert liegt dazwischen, wir nehmen einmal an, das Wachstum der Wertschöpfung ist bei gleichbleibender Arbeitszeit noch halb so groß wie das Wachstum des Kapitalvolumens. Damit ergeben sich nach 50 Jahren folgende Profitraten ΔK

	extrem pessimistisch	mittelmäßig	extrem optimistisch
$\Delta K =$	0,2 % /Jahr	2,0% /Jahr	7,5% /Jahr

Die Höhe der Profitrate kann also nur im extrem optimistischen aber unrealistischen Fall gleich bleiben. Realistischer Weise muß sie aber grundsätzlich fallen. Das ist eine andere Darstellung des Marx'schen Gesetz vom Fall der Profitrate [2] und zeigt noch einmal, wie sinnlos der Entwicklungspfad der Gewinnmaximierung für die Entwicklung der Volkswirtschaft ist, abgesehen von den daraus resultierenden ökologischen Folgen.

Damit sind wir wieder bei dem Grundwiderspruch des Kapitalismus angelangt, nämlich daß der Kapitalist aufgrund des Privateigentums an den Produktionsmitteln auf den Profit angewiesen ist und damit das Wirtschaftssystem immer wieder aus dem Gleichgewicht bringt, falls es sich jemals im Gleichgewicht befand und damit zwangsläufig Instabilitäten und Krisen erzeugt, deren Erscheinungsbilder wir hinreichend kennen.

4.2 System erhaltende Versuche im Kapitalismus

Gibt es Auswege aus dem Widerspruch ohne die kapitalistische Marktwirtschaft aufzugeben ?

Einige vernünftige Kapitalisten könnten dieses Problem erkennen und aus Einsicht in die Notwendigkeit auf ihren Profit verzichten. Da aber in der Praxis diese Einsicht nicht bei allen gleichzeitig kommt, erhalten die uneinsichtigen einen Vorteil, weil sie ihr Kapital weiter wachsen lassen. Dadurch wird der Kapitalanteil der vernünftigen Kapitalisten relativ geringer und damit die Wirkung ihres uneigennütigen Handelns unwirksam. Im Kapitalismus ist der Kapitalist bei Strafe seines Untergangs verpflichtet maximalen Profit zu erwirtschaften.

Starke Gewerkschaften könnten in Tarifverhandlungen Löhne aushandeln, die einer Verteilung des Mehrwerts entsprechen, so daß ein gleichgewichtiger Entwicklungspfad möglich wird. Das müßte heute aber teilweise soweit gehen, daß mindesten zeitweilig kein wertmäßiges Wachstum des Kapitalstocks stattfindet. D.h., daß von den Produktionsmitteleigentümern verlangt werden müßte, auf jeglichen Profit zu verzichten. Das macht es auch für seriöse Unternehmer unzumutbar ihr Geld zu investieren. Da sie aber nicht verpflichtet sind zu investieren, werden sie versuchen dem auszuweichen. Damit ist Arbeitsplatzabbau vorprogrammiert. Man müßte also gleichzeitig die Unternehmer per Gesetz verpflichten, ihr Vermögen nicht aus der Produktion zu ziehen. Damit wäre aber der Kapitalist praktisch enteignet und die kapitalistische Marktwirtschaft würde nicht mehr existieren.

Selbst wenn die Gewerkschaften nicht so weit gehen, den Unternehmern den gesamten Gewinn abzuhandeln, sondern nur einen bescheidenen Anteil am Mehrwert verlangen, der über dem Anteil liegt, der in anderen Ländern ausgehandelt wird, geraten sie in eine Zwickmühle. Mit der Drohung in anderen Ländern zu investieren, werden damit die Gewerkschaften erpreßt. Die schwachsinnige Diskussion um den Wirtschaftsstandort Deutschland ist das praktische Beispiel dafür.

Unter dem Begriff angebotsorientierte Wirtschaftspolitik wird der Versuch unternommen durch Interventionen des Staates regelnd in die Marktwirtschaft einzugreifen und so weitgehende Vollbeschäftigung zu erreichen, was auf die Theorie von Keynes zurück geht [9]. Das geschieht u.a. durch Staatsinvestitionen, die über einen Multiplikator die privaten Investitionen anregen sollen, um so neue Arbeitsplätze zu schaffen. Da diese Investitionsanregungen in der Praxis aber immer nur von kurzer Dauer sind, ist der Staat gezwungen immer wieder zusätzliche Staatsinvestitionen zu tätigen und gerät damit in eine immer stärkere Verschuldung, so daß diese Methode nicht dauerhaft betrieben werden kann. Diese Politik war nur in der Zeit erfolgreich, wo die gesamtwirtschaftliche Situation ohnehin noch auf Wachstum orientiert war. In der heutigen Situation, wo die Wachstumsmöglichkeiten der entwickelten Industrieländer stagnieren, gilt diese Politik als gescheitert.

Keynes zieht aus seinen theoretischen Überlegungen aber auch einen interessanten Schluß, der von den Protagonisten der Marktwirtschaft kaum erwähnt wird. Er schreibt am Ende seines Standardwerkes [9]: „Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieses Kriterium zu einem viel niedrigeren Zinsfuß als bisher führen wird;... Dies würde nicht bedeuten, daß die Benützung von Kapitalgütern sozusagen nichts kosten würde, sondern nur, daß der Ertrag aus ihnen nicht viel mehr als ihre Erschöpfung durch Wertminderung und Veraltung, zusammen mit einer gewissen Spanne für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen, zu decken haben würde. ... Ich betrachte daher die Rentnerseite des Kapitalismus als eine vorübergehende Phase, die verschwinden wird, wenn sie ihre Leistung vollbracht hat. Und mit dem Verschwinden der Rentnerseite wird noch vieles andere einen Gezeitenwechsel erfahren.“ Im Klartext heißt das, daß zukünftig kein Einkommen aus Produktionsmitteleigentum erzielt werden darf, wenn ein Wirtschaftsgleichgewicht bei Vollbeschäftigung erreicht werden soll. Dieses Eingeständnis wird verschwiegen, wenn von seiner Theorie die Rede ist, weil dieses Erkenntnis nicht für den Bestand der kapitalistischen Marktwirtschaft spricht. Keynes spricht aber auch aus, daß das praktisch das Ende des Kapitalismus ist. Das Dilemma des Kapitalismus heute besteht darin, daß die Kapitalisten versuchen, das gesetzmäßige Streben der mittleren Profitrate gegen Null mit allen Mitteln aufzuhalten. Das bevorzugte Mittel heißt heute Wachstum um jeden Preis. Es ist aber ein Kampf gegen Windmühlen.

Eine weitere heute übliche Methode mit dem Ziel, die Wirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu erhalten, ist die sogenannte „Wirtschaftsförderung“ durch staatliche Subventionen an die Unternehmen, manchmal ganzer Wirtschaftszweige, wie z.B. den Schiffbau oder die Landwirtschaft in den EU-Staaten. Das Wort „Förderung“ soll suggerieren, daß die Wirtschaft etwas bekommt und ihr so geholfen wird. Ein Staat kann aber nichts geben, wenn er nicht vorher etwas nimmt, weil er selbst keine Werte schafft. Es ist lediglich eine Umverteilung. Auch hier ist das eigentliche Problem, daß das Wirtschaftssystem mit seinem nur noch sehr begrenzt möglichen physischen Wirtschaftswachstum nicht mehr in der Lage ist, die Gewinnerwartungen der meisten Unternehmer zu befriedigen, und deshalb drohen die Unternehmer ihr Vermögen aus dem Wirtschaftskreislauf abziehen und erpressen damit den Staat. Daß die Profitraten nicht gleichmäßig in der gesamten Wirtschaft abnehmen, liegt daran, daß der Prozeß von strukturellen Schwankungen überlagert wird, die teilweise auf äußere Einflüsse aber auch auf innere Instabilitäten (Siehe nächster Abschnitt) zurückzuführen sind. Das eigentliche Problem, nämlich dauerhaft in allen Branchen ausreichende Profitraten zu erzielen, wird durch die sogenannte „Wirtschaftsförderung“ nicht gelöst. Wäre eine ausreichende durchschnittliche Profitrate in der Volkswirtschaft weiterhin möglich, würden nämlich das Kapital, welches in bestimmten Branchen überflüssig wird, in anderen Branchen investiert und dort würden dann auch die freigesetzten Arbeiter wieder benötigt. So wäre es in einer funktionierenden kapitalistischen Marktwirtschaft nicht notwendig, mit sogenannter Wirtschaftsförderung in Branchen mit Kapazitätsüberschüssen durch Subventionen die Arbeitsplätze krampfhaft zu erhalten.

Schlußfolgerung: Es ist keine Strategie erkennbar, wie innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft ein vernünftiger Entwicklungspfad durchgesetzt werden kann. Dabei wird von den Protagonisten des Kapitalismus vergessen oder bewußt verdrängt, daß die Menschen nicht für den Erhalt der Wirtschaftssystems da sind, sondern das Wirtschaftssystem für den Erhalt der Menschen.

4.3 Selbstoptimierung der kapitalistischen Marktwirtschaft

Als wesentlicher Vorteil einer Marktwirtschaft gegenüber einer Planwirtschaft wird immer wieder herausgestellt, daß diese sich selbst optimiert. Die Protagonisten der kapitalistischen Marktwirtschaft halten das Prinzip der Regelung aller Warenpreise durch Angebot und Nachfrage für den entscheidenden Regelmechanismus, der ein optimales Preissystem und eine bedarfsgerechte Wirtschaftsstruktur erzeugen soll. Dabei wird anhand statischer Modelle untersucht, ob ein Gleichgewicht existiert, und wenn das der Fall ist, wird geschlußfolgert, daß dann der Marktmechanismus auch dahin tendieren muß. Daß dieses Gleichgewicht in der Praxis meist nicht so vorkommt, wird dadurch erklärt, daß das freie Spiel der Marktkräfte gestört wird.

Dazu habe ich eigene Untersuchungen angestellt, indem ich nach diesen klassischen Vorstellungen eine kapitalistische Marktwirtschaft mit einem dynamischen Modell simuliert habe [6]. Das Ergebnis war ernüchternd. Das Modell verhielt sich immer instabil, so daß nicht einmal bei optimalen Anfangsbedingungen über einen längeren Zeitraum der optimale Zustand erhalten werden konnte. Der real existierende Kapitalismus scheint dabei trotz seiner Turbulenzen stabiler zu sein als das Modell, welches auf die übliche Lehrmeinung aufbaut. Diesem Problem bin ich nachgegangen, in dem ich das Modell modifiziert habe. Das Prinzip der Regelung der Preise nach Angebot und Nachfrage wurde aufgegeben. Statt dessen wurde angenommen, daß die Unternehmen ihre Verkaufspreise festlegen, indem sie ihre Kosten kalkulieren und anschließend einen üblichen (oder zentral

vorgegebenen) Durchschnittsprofit darauf schlagen. Damit realisiert sich der Marktmechanismus nicht dadurch, daß Käufer und Verkäufer um den Preis feilschen, sondern der Verkäufer bietet seine Ware zu kalkulierten Kostenpreisen an und der Käufer entscheidet nur, ob er kauft. Damit ergab sich eine sehr gute Selbstoptimierung der Preise und eine wesentlich schwächere aber mögliche Optimierung der Wirtschaftsstrukturen. Die Praxis der kapitalistischen Marktwirtschaft liegt wahrscheinlich dazwischen. Ein wesentliches Indiz dafür, daß die Preise in der Praxis nicht konsequent nach Angebot und Nachfrage geregelt werden, ist die Existenz von sogenannten Leitzinsen und ihre Wirkung auf die Wirtschaft. Diese stellen, auch wenn aus anderen Gründen festgelegt, entsprechende Orientierungswerte für die einzelnen Unternehmen bei ihrer Preisgestaltung dar.

Schlußfolgerung: Marktmechanismen können selbstoptimierende Eigenschaften haben. Sie haben diese aber nicht grundsätzlich. Deshalb ist es erforderlich in einem modernen Wirtschaftssystem, z.B. einer sozialistischen Marktwirtschaft, nicht blind auf Marktmechanismen zu vertrauen, sondern sie nach eingehender Untersuchung ihrer Eigendynamik gezielt einzusetzen. Die Erkenntnis, daß Kalkulationspreise gegenüber Verhandlungspreisen wesentlich mehr Stabilität erzeugen, sollte als kreativer Ansatz weiter verfolgt werden. Das Prinzip der Regelung von Warenpreisen nach Angebot und Nachfrage ist zu verwerfen.

4.4 Das Leistungsprinzip im Kapitalismus

Der Kapitalismus versteht sich als Leistungsgesellschaft, nach dem Motto, wer viel leistet kann auch viel verdienen. Gerade bei den ganz großen Einkommen, nämlich bei den Einkommen aus Eigentum trifft das offensichtlich nicht zu. Es sind zwar auch Kenntnisse und Fähigkeiten erforderlich, um erfolgreich an der Börse zu spekulieren. Ob ich aber mit 1 Mill. DM einen Gewinn von 100.000 DM erziele, oder mit 100 Mill. DM einen Gewinn von 10 Mill. DM erziele, was in beiden Fällen eine Rendite von 10% darstellt, dürfte in beiden Fällen in etwa die gleiche Leistung bedeuten. Die Einkommen unterscheiden sich aber um den Faktor 100.

Auch bei den Einkommen aus Arbeit gibt es erhebliche Unterschiede. Schließlich sind auch Geschäftsführer von großen Aktiengesellschaften Angestellte, die von den Eigentümern, den Aktionären, eingestellt wurden. Damit sind auch in der Lohnarbeit Einkommensunterschiede mit dem Faktor 100 keine Seltenheit.

Diese Einkommensunterschiede sind offensichtlich nicht durch tatsächliche Leistungsunterschiede zu rechtfertigen. Wie groß gerechtfertigte Unterschiede in einer Leistungsgesellschaft sein sollten, kann ich auch noch nicht konkret sagen. Ich sehe aber im Kapitalismus zwei wesentliche Ursachen für die Verzerrung des Leistungsprinzips.

Die oberen Gehaltsgruppen sind offenbar zu hoch, weil diese Berufsgruppen, Geschäftsführer, Beamte, Politiker, maßgebliche Gehilfen zur Erhaltung des Systems sind, und weil so diese hohen Gehälter als Kaufpreis ihrer Loyalität anzusehen sind. Hinzu kommt, daß durch die hohen Einkommen aus Kapital, sehr große Einkommen als nichts ungewöhnliches angesehen werden und deshalb hohe Beamte und Politiker, die mindestens formal im Staat die oberste Macht repräsentieren, natürlich auch nach solchen Einkommen schießen und sie sich dann selbst gewähren.

Dann gibt es noch eine weitere Gruppe von extremen Einkommen für Leute, die nicht unmittelbar die Wasserträger der herrschenden Klasse sind. Das sind z.B. Spitzensportler und berühmte Künstler. Sie arbeiten in Berufen, wo der Lohn nach dem Konkurrenzprinzip „alles oder nichts“ verteilt wird. Da diese Menschen oft „einfache Menschen, wie du und ich,“ sind, hat das den ideologischen Effekt, daß demonstriert wird, in dieser schönen Leistungsgesellschaft kann jeder alles werden. Deshalb ist auch diese Verzerrung des Leistungsprinzips erwünscht.

Auch in den unteren Gehaltsgruppen ist eine Verzerrung des Leistungsprinzips zu erkennen. Wegen des Problems der abnehmenden Profitrate, wird versucht, diese durch Herabdrücken der Löhne aufrecht zu erhalten. Da aber Mindesteinkommen zur Sicherung des Existenzminimums nicht wesentlich unterschritten werden können, werden die Einkommen eines großen Teils der Arbeiter gegen das Existenzminimum gedrückt. Diese Art der Nivellierung der Einkommen verstößt auch gegen ein vernünftiges Leistungsprinzip. Ein makaberes Resultat dieses Verstoßes des Leistungsprinzips ist die Erscheinung, daß die Unternehmer nach dem sie die Löhne gedrückt haben, beklagen, daß die Unterschiede zwischen Sozialhilfe und den unteren Einkommen so gering sind, daß keiner mehr für diese niedrigen Löhne arbeiten will. Allerdings sind ihre Schlußfolgerungen, deshalb die Sozialhilfe oder andere soziale Leistungen weiter zu kürzen, die falschen.

Neben diesem „positiven“ Leistungsprinzip: „Wer viel leistet, bekommt viel“ gibt es auch noch das „negative“ Leistungsprinzip: „Wer zu wenig leistet, fliegt raus“. Es wird im Kapitalismus praktiziert durch das fehlende Recht auf Arbeit und hat seine Wirkung besonders in den unteren

Einkommensgruppen. Da in den unteren Gehaltsgruppen, wie oben erläutert, das positive Leistungsprinzip nur bedingt noch zieht, ist das negative für diese Gesellschaft so wichtig.

Dieses negative Prinzip hat aber auch in den Bevölkerungsschichten mit höherem Einkommen noch seine spezielle Wirkung. Durch die bewußte Abgrenzung der Klassen und Schichten untereinander und die notwendigen Demonstrationen der Zugehörigkeit durch entsprechenden Luxuskonsum, werden die abhängigen Beschäftigten in allen Einkommensebenen erpreßbar und so an oder auch über ihre Leistungsgrenze gedrängt.

Ohne dieses negative Leistungsprinzip auszukommen ist für eine soziale Gesellschaftsordnung eine echte Herausforderung, insbesondere dann, wenn sie gegen noch bestehende kapitalistische System konkurrieren muß. Für die bisherigen sozialistischen Versuche war das ein nicht zu unterschätzendes Problem.

4.5 Zusammenfassung

Die kapitalistische Marktwirtschaft ist auf ständiges extensives Wirtschaftswachstum angewiesen, um einigermaßen zu funktionieren. Damit strebt die Eigenbewegung dieses Systems immer wieder auf einen Entwicklungspfad, welcher von einer optimalen Wirtschaftsstruktur weg führt. Das Prinzip der Preisbildung nach Angebot und Nachfrage macht das System instabil. Damit ist die freie sich selbst überlassene kapitalistische Marktwirtschaft selbstzerstörerisch. Alle Maßnahmen, die kapitalistische Marktwirtschaft zu regulieren, ohne ihr Prinzip abzuschaffen, haben nur zeitweilige Wirkung. Deshalb ist der Kapitalismus auch nach heutigen Erkenntnissen historisch zum Untergang verurteilt. Es ist aber offen, wann und in welcher Form das passieren wird.

5 Erfahrungen aus dem Staatssozialismus

5.1 Staatseigentum an den Produktionsmitteln und zentrale Planwirtschaft

Marx und Engel kamen bei der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft bereits vor mehr als 150 Jahren zu dem Schluß, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln die wesentliche Ursache ist für die Polarisierung der Gesellschaft in Arme und Reiche und für die sich ständig wiederholenden Wirtschaftskrisen. Deshalb schrieb Engels in „Grundsätze des Kommunismus“ [3] bereits 1847: *„Die Abschaffung des Privateigentums ist sogar die kürzeste und bezeichnendste Zusammenfassung der aus der Entwicklung der Industrie notwendig hervorgehenden Umgestaltung der gesamten Gesellschaftsordnung und wird daher mit Recht von den Kommunisten als Hauptforderung hervorgehoben.“* Diese Forderung ist nach meinen eigenen Untersuchungen und meiner heutigen Überzeugung nach wie vor richtig. Sie wurde von den ehemaligen sozialistischen Staaten im wesentlichen realisiert.

Diese Forderung ist aber zunächst nur destruktiv, d.h. sie fordert nur die Beseitigung einer gesellschaftlichen Erscheinung. Wichtig ist, was an dessen Stelle treten soll. Engels schreibt in der gleichen Quelle: *„..., so wird das Proletariat sich gezwungen sehen, immer weiter zu gehen, immer mehr alles Kapital, allen Ackerbau, alle Industrie, allen Transport, allen Austausch in den Händen des Staates zu konzentrieren.“* [4] Auch diese Forderung wurde von den ehemaligen staatssozialistischen Staaten realisiert.

Marx und Engels gingen damals davon aus, daß der Klasse der Kapitalisten voraussichtlich nur gewaltsam die wirtschaftliche und die politische Macht zu entreißen ist, auch wenn Gewalt nicht der angestrebte Weg der Kommunisten sei. Deshalb sollten in dieser Übergangsphase die Produktionsmittel in die Hände einer zentralen politischen Macht, des Staates.

Die Aussagen stammen aus einem Text in dem Engels seine Vorstellungen des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus darlegt. Indem Marx und Engels in einer fortgeschrittenen Entwicklungsphase des Kommunismus vom Absterben des Staates sprechen, geben sie aber zu erkennen, daß sie das Staatseigentum an den Produktionsmitteln offensichtlich nicht als die endgültige Eigentumsform in einer kommunistischen Gesellschaft sehen. Wie nach ihren Vorstellungen diese Eigentumsformen später konkret aussehen sollten, dazu habe ich bisher keine weiteren Aussagen gefunden.

Weil Marx und Engels das Privateigentum an den Produktionsmitteln als das wesentliche Hindernis ansahen, was die Menschen daran hindert, die gesellschaftliche Produktion im Interesse aller vernünftig zu organisieren, gingen sie möglicherweise davon aus, daß nach Wegfall des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Einsicht in die gesellschaftlichen Notwendigkeiten der überwiegenden Masse der Bevölkerung und damit eine allgemeine kollektive Vernunft ausreichen

könnte, um die Wirtschaft zu organisieren und formulierten das Prinzip der Planwirtschaft. Damit haben sie offenbar von ihren eigenen Fähigkeiten und menschlichen Qualitäten ausgehend, die „normalen“ Menschen überschätzt. Engels schreibt: *„... daß sie eine ganz neue Organisation der Gesellschaft durchaus notwendig macht, in welcher ... die ganze Gesellschaft nach einem festen Plan und nach den Bedürfnissen aller die industrielle Produktion leitet.“* [5]

Sowohl das Staatseigentum an den Produktionsmitteln als auch die zentrale staatliche Planung und Leitung der Wirtschaft wurde in den bisherigen sozialistischen Staaten zum ständigen Prinzip, weswegen ich in meinen Ausführungen diesen Versuch einer sozialistischen Gesellschaftsordnung kurz als Staatssozialismus bezeichne.

Es gab einige wenige Versuche durch verschiedene Reformen, z.B. das „neue ökonomische System“ in der DDR in den 60-er Jahren, dieses Dogma wenigstens teilweise aufzubrechen, den Betrieben mehr Eigenverantwortung zu übergeben und so im Sozialismus wieder mehr Markt zuzulassen. Aus Angst, dadurch die Kontrolle über das System zu verlieren und nicht mehr beherrschbare Prozesse damit auszulösen, wurden diese Versuche aber alle bereits nach ersten zaghaften Schritten wieder abgebrochen.

Damit sind wir bei den nach meiner Meinung wesentlichen Problemen des Staatssozialismus. Die gesamte Volkswirtschaft ist faktisch ein einziger Konzern. Der Staat ist die oberste Wirtschaftsleitung. Gleichzeitig ist der Staat die Legislative, die sich selbst die Spielregeln vorgibt und das Kontrollorgan, welches sich selbst kontrolliert. Der Staat hat in weitgehender Personalunion mit der herrschenden Partei eine derart uneingeschränkte Machtfülle erhalten, so daß der relativ geschlossene Personenkreis, der an der Macht beteiligten, nicht nur die Macht hatte, Vernünftiges im Interesse breiter Kreise der Bevölkerung zu tun, sondern auch willkürlich Unsinn zu machen, ohne mit Sanktionen rechnen zu müssen. Damit verlor die Politikerkaste den Kontakt zur Bevölkerung und hat deren Probleme nicht mehr ausreichend wahrgenommen.

Während die Monetaristen im Kapitalismus möglichst alles der angeblich selbstregelnden Kraft des Marktes überlassen wollen, fielen die Akteure des Staatssozialismus in das andere Extrem und wollten alles zentral planen und leiten. Es hat sich aber gezeigt, daß derart große Wirtschaftseinheiten, wie eine komplette Volkswirtschaft, nicht vollständig bis zum einzelnen Betrieb zentralstaatlich zu leiten sind. Damit sind die wirtschaftsleitenden Funktionäre intellektuell überfordert. Außerdem sind auch die fähigsten und besten Persönlichkeiten der Gesellschaft nur Menschen mit eigenen Interessen, Fehlern und Bequemlichkeiten, von denen man nicht dauerhaft erwarten kann, daß sie immer nur uneigennützig im Interesse aller handeln können, falls das überhaupt möglich ist.

Man kann auch nicht von den Menschen am untersten Ende der Hierarchie erwarten, daß sie nur als zuverlässige Befehlsempfänger funktionieren und dabei noch großen Einsatz zeigen.

Übrigens ist es kaum möglich die Eigenbewegung einer reinen Planwirtschaft mit Hilfe von Modellen zu simulieren und ihr Verhalten dementsprechend vorzubestimmen, weil durch die Akteure praktisch alle Entscheidungen möglich sind, sowohl vernünftige als auch willkürliche und unsinnige. Die kapitalistische Marktwirtschaft mit ihren recht spontan wirkenden Marktmechanismen ist da wesentlich leichter zu fassen, wenn auch die Ergebnisse nicht erfreulich sind.

5.2 Ein Gleichnis: Wenn die Wirtschaft ein Auto wäre

Wenn man die sozialistische Planwirtschaft, in der alle Aktivitäten auf administrativem Wege von oben geleitet werden, mit einem Auto vergleicht. Dann wäre das ein Fahrzeug bei dem jedes Rad unabhängig von den anderen lenkbar und bremsbar ist. Jeder Mitfahrer hat ein eigenes Lenkrad für ein Rad. Der Führer des Autos versucht nun das Auto zu steuern, indem er jedem einzelnen Mitfahrer Anweisung gibt, was er zu tun hat. Mit diesem Fahrzeug kann man theoretisch in jeder Richtung fahren. Man könnte sogar quer aus einer Parklücke heraus fahren. Was man allerdings nicht könnte, ist mit einer ausreichenden Geschwindigkeit auf normalen Straßen einigermaßen geradeaus zu fahren. Damit wäre der Fahrzeugführer überfordert, weil er nicht in der Lage ist, alle notwendigen Steueranweisungen schnell und exakt zu ermitteln und weiter zugeben. Auch die Mitfahrer wären beim besten Willen nicht in der Lage, die Anweisungen mit der notwendigen Exaktheit auszuführen. Daran würden auch drakonische Disziplinierungsmaßnahmen nichts ändern.

Analog dazu wäre die kapitalistische Marktwirtschaft ein Rennauto, welches keine Bremse hat und immer beschleunigen muß, weil sonst die Räder abfallen. Die Insassen haben kaum Möglichkeiten auf Geschwindigkeit und Richtung Einfluß zuzunehmen. Mit diesem Auto ist es nur eine Frage der Zeit, wann man im Straßengraben landet, die einzige Art gelegentlich mal anzuhalten. Die Folgen dieser zwangsläufigen Fahrtunterbrechungen sind aber schwer kalkulierbar.

Bei einem modernen Auto gibt es dagegen einige wenige effektive Steuerelemente mit dem die Fahrtrichtung und Geschwindigkeit in technischen Grenzen relativ frei vorgegeben werden kann. Die Feinabstimmung der Elemente erfolgt zwangsläufig durch technische Vorrichtungen. So wird z.B. beim Lenken die Stellung der beiden Vorderräder durch den Lenkmechanismus aufeinander abgestimmt. Beim Bremsen sorgt das Bremssystem für gleichmäßige Bremskraft auf allen Räder, so daß das Auto nicht ins Schleudern gerät.

Jeder Vergleich hinkt, aber vielleicht hilft er unser Problem anschaulicher zu machen.

Schlußfolgerung: Das Ziel eines modernen Wirtschaftssystems einer sozialen und freien Gesellschaftsordnung sollte sein, einerseits demokratische Instrumente zu schaffen, die richtungsweisende Entscheidungen relativ unabhängig von blinden Mechanismen ermöglichen und andererseits in ihrer Wirkungsweise bekannte sich selbst regelnde Teilsysteme zu organisieren, so daß die Wirkungsweise des Wirtschaftssystems für uns Menschen mit begrenztem Verstand überschaubar und beeinflussbar bleibt, trotzdem aber nicht alles administrativ geregelt werden muß.

5.3 Das Leistungsprinzip im Sozialismus

Auch der Staatssozialismus verstand sich als Leistungsgesellschaft nach dem Motto: „Jedem nach seiner Leistung“. Da die Löhne für die verschiedenen Berufsgruppen vom Staat festgelegt wurden, waren hier keine selbstoptimierenden Regelmechanismen vorhanden. Die Unterschiede in den verschiedenen Berufsgruppen waren eigentlich nur noch Reste aus den traditionellen Einkommensunterschieden. In der DDR kam u.a. als besondere Erscheinung hinzu, daß bis zur Schließung der Grenze zur BRD die Gehälter von Spezialisten durch Einzelverträge hoch gehalten wurden, um das Abwandern zu verhindern. Das änderte sich deutlich nach 1961. Ansonsten galt der ideologische Grundsatz, möglichst geringe Einkommensunterschiede zuzulassen.

Neben der geringen und recht willkürlichen Differenzierung zwischen den Berufsgruppen, wurde im Staatssozialismus auch ziemlich nachlässig mit der individuellen Leistungsbewertung umgegangen. Ausnahmen bildeten nur einige Tätigkeiten, meist die einfacheren, wo die Arbeitsleistung recht einfach durch Stückzahlen und Mengen gemessen werden konnten. Da es hier feste Normen gab, mußte in diesen Berufen härter gearbeitet werden, als in den anderen, und deshalb waren diese Berufe nicht so beliebt.

Durch das Recht auf Arbeit war das „negative“ Leistungsprinzip, die Angst die Arbeit zu verlieren, weitgehend aufgehoben. Es wurde versucht, das durch moralische Anreize zu ersetzen. Sicher ist der moralische Anreiz kein zu unterschätzender Faktor, den man auch in kapitalistischen Betrieben mit mehr oder weniger Erfolg zu nutzen versucht. In der DDR wurde dieser Versuch als „sozialistischer Wettbewerb“ bezeichnet. Meine persönliche Erfahrung dazu ist, daß wir im Rahmen dieses „Wettbewerbs“ einige interessante gemeinsame Veranstaltungen gemacht haben, an die sich die Kollegen auch heute noch gerne erinnern und etwas vermissen, daß er aber für die Leistungsmotivation kaum etwas gebracht hat. Statt dessen wurde mit formalen Aktivitäten dabei noch eine ganze Menge Arbeitszeit vertrödelte.

Schlußfolgerung: Um das „positive“ Leistungsprinzip als wichtigstes in einer sozialen Gesellschaft wirksamer zu machen, als im Staatssozialismus, ist eine größere Differenzierung der Einkommen erforderlich. Um das Leistungsprinzip, insbesondere in den verschiedenen Entscheidungsebenen, zu ermöglichen, müssen fachliche Kompetenz, Verantwortung und Entscheidungsbefugnisse auch in der jeweiligen Ebene vereint sein. Das „negative“ Leistungsprinzip muß nach meiner Meinung in der Weise wirksam bleiben, daß Leistungsunwilligkeit auch durch Entlassung bestraft werden kann und auch wird, aber daß keine Tendenz zur endgültigen Ausgrenzung zugelassen werden darf. Voraussetzung dafür ist es, daß es gelingt ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

5.4 Was hat der Sozialismusversuch noch gezeigt

Trotz aller Mängel des Staatssozialismus ist als positive Erfahrung zu werten, daß es gelungen ist, zu zeigen, daß Massenarbeitslosigkeit in einer Industriegesellschaft keine notwendige Erscheinung ist. Dagegen wird zuweilen das Argument ins Feld geführt, daß es keine Arbeitslosigkeit gab, weil die Produktivität im Sozialismus zu gering war. Dieses Argument kann aber nicht gelten, denn die kapitalistische Gesellschaft z.B. im England des 19.Jh. hatte schon bei wesentlich geringerer Arbeitsproduktivität verheerende Krisen mit gewaltiger Massenarbeitslosigkeit.

Ein Vorteil im Staatssozialismus war, daß es hier unproblematisch war, optimale Betriebsgrößen zu schaffen, da diese nicht von der Kapitalmenge der jeweiligen Produktionsmitteleigentümer abhängen. Es wurde aber auch über das Ziel hinaus geschossen, wie das am Beispiel der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der Fall war, indem Superbetriebe geschaffen wurden, die zu

erheblichen Transportproblemen führten und wegen ihrer von oben angeordneten plötzlichen Entstehung mit erheblichen organisatorischen Problemen zu tun hatten. Gerade das Beispiel der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften stützt aber auch die oben angeführte These: So zeigte sich nach der Wende, daß die aus den LPG hervorgegangenen Agrarbetriebe den zu kleinen Familienbetrieben der alten Bundesländer überlegen sind, obwohl sie als politisch nicht gewollte Kinder des Sozialismus benachteiligt werden.

Im Kapitalismus wird die Notwendigkeit, wenigstens einigermaßen optimale Betriebsgrößen zu realisieren, durch den Kapitaltransfer realisiert, z.B. durch Kreditvergabe durch Banken und durch Kapitalgesellschaften. Das stärkste Argument für das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist das private (persönliche) Interesse des Fabrikbesitzers an der effektivsten Produktion. Deutlicher ausgedrückt heißt das, wenn der Betriebsleiter gleichzeitig der Eigentümer des Betriebes ist, wird er alles in seiner Macht stehende tun, um die Produktion möglichst effektiv zu gestalten. Dieses Prinzip wird durch den Kapitaltransfer relativiert. So sind heute in den meisten kapitalistischen Betrieben die Geschäftsführer auch nur Angestellte, wenn auch sehr gut bezahlte.

5.5 Zusammenfassung

Der Staatssozialismus wurde nach einer noch unvollkommenen Theorie aufgebaut. Die Theorie wurde außerdem nicht eingehalten und auch nicht ausreichend weiterentwickelt. Hauptprobleme waren die faktische Enteignung der Bevölkerung durch das Vorherrschen des Staatseigentums an den Produktionsmitteln, der Versuch, das Wirtschaftssystem ausschließlich zentral administrativ zu leiten und die weitgehende Aufhebung des Leistungsprinzips. U.a. bedingt durch die Errichtung der Macht gegen massiven inneren und äußeren Druck und das Andauern des äußeren Drucks herrschte ein erhebliches Demokratiedefizit.

Trotz aller Mängel ist der Versuch moralisch zu rechtfertigen, als ein ehrlicher Versuch eine bessere Gesellschaftsordnung zu errichten. Das galt mindesten in der Anfangsphase. Was von diesem Versuch bleibt, sind gute und schlechte Erfahrungen, die in der Erinnerung der Bevölkerung dieser Staaten auf sehr unterschiedliche Weise erhalten bleiben. Es gilt aus diesen Erfahrungen, sowohl aus den guten als auch aus den schlechten, Schlußfolgerungen zu ziehen, die für einen nächsten notwendigen Sozialismusversuch auf ein besseres Ergebnis hoffen lassen.

6 Präzisierung der Aufgabenstellung

Ausgehend von der vorangegangenen Analyse soll nun die Aufgabenstellung präzisiert werden:

Es soll ein Konzept für ein Wirtschaftssystem entwickelt werden, welches die materiell-technische Basis für eine Gesellschaftsordnung ist, die soziale Gleichheit und politische Freiheit nicht nur formal juristisch gewährt, sondern für jeden auch praktisch realisierbar macht.

Dieses Konzept muß auf die Erfahrungen der jetzt wieder vorherrschenden kapitalistischen Marktwirtschaft aufbauen, als auch auf die Erfahrungen des noch sehr unvollkommenen und inzwischen gescheiterten Staatssozialismus.

Dabei ist es nicht möglich, einfach die positiven Merkmale beider Systeme, wie aus einem Versandhauskatalog, auszuwählen. Es ist ein theoretisch fundiertes Gesamtkonzept erforderlich.

Es muß konkret sein, auch auf die Gefahr hin, Aussagen zu formulieren, die sich später als teilweise falsch erweisen. Konkrete Aussagen lassen sich wesentlich besser weiterdenken und auch besser kritisieren, so daß einige Annahmen im gesellschaftlichen Meinungsstreit bereits vor ihrer praktischen Anwendung korrigiert werden können.

Was ist nicht beabsichtigt ?

Ein gezähmter Kapitalismus ist nicht in der Lage, die Probleme zu lösen und deshalb nicht anzustreben.

Es reicht aber auch nicht aus, einfach nur weiter auf der Abschaffung des Privateigentums zu bestehen. Marx und Engels sind nicht überholt. Es ist aber an der Zeit, mit den in mehr als 100 Jahren hinzugekommenen geschichtlichen Erfahrungen und etwas Kreativität einige Schritte weiter zugehen.

Es ist kein Idealsystem als Abschluß der gesellschaftlichen Entwicklung zu suchen. Statt dessen ist darauf zu achten, daß das Konzept bewußt Räume für weitere Entwicklung öffnet.

Was ist beabsichtigt ?

Es ist davon auszugehen, daß der einzelne Mensch nach wie vor das eigentliche, möglichst frei handelnde gesellschaftliche Subjekt sein soll.

Es sind Möglichkeiten der Einflußnahme jedes einzelnen auf wirtschaftliche Prozesse zu sichern und trotzdem eine straffe Leitung der gesellschaftlichen Produktion nicht unnötig zu behindern.

Die Freiheit des Einzelnen an konkreten Wirtschaftsentscheidungen teilzunehmen, soll auch das Mittragen des daraus resultierenden Risikos beinhalten. Die Konsequenzen müssen aber sozial so abgefedert sein, daß Fehlentscheidungen des einzelnen nicht zu dessen endgültiger Existenzvernichtung führen.

So ist die von Marx und Engels kritisierte Entfremdung der Menschen von ihren Produktionsmitteln im Rahmen der Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Produktion wieder aufzuheben.

Es sollen sowohl marktwirtschaftliche Elemente als auch planwirtschaftliche Einflußmöglichkeiten vorhanden sein. Damit ist natürlich klar, daß Widersprüche auftreten werden. Aber es gibt sowieso keine widerspruchsfreies System, also ist es besser, sich von vornherein darauf einzurichten und zu versuchen, diese positiv zu nutzen, z.B. als Quelle zukünftiger Weiterentwicklungen.

Das Leistungsprinzip soll realisiert werden. Einkommen soll nur aus Arbeit und nicht aus Besitz resultieren.

Die Aufgaben des Staates sollen auf ein notwendiges Minimum beschränkt bleiben.

Das Wirtschaftssystem soll dauerhaft ökologisch sein. Es darf nicht sein, daß ökonomische Zwänge und spontan wirkende Wirtschaftsmechanismen zu extensivem Verbrauch der natürlichen Ressourcen verleiten oder gar dazu zwingen.

Dabei wird es auch einige nicht endgültig lösbare Probleme geben:

In einer Gesellschaft muß es Institutionen geben. In Institutionen wird es Bürokratie geben. Es wird uns nichts anderes übrig bleiben, als auch in einer besseren Gesellschaft immer wieder am konkreten Fall daran zu arbeiten, die Bürokratie auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

Die gesellschaftliche Umgebung formt den Menschen („Das Sein bestimmt das Bewußtsein“). Diese Tatsache haben die 40 Jahre geteiltes Deutschland unwiderlegbar bewiesen. Trotzdem ist dieser Einfluß relativ gering und auch die beste Gesellschaft wird keine idealen Menschen hervorbringen. Wir werden es auch weiterhin mit unvollkommenen Menschen in allen Positionen der Gesellschaft zu tun haben. Darauf müssen wir uns weiterhin einstellen, und das müssen auch unsere gesellschaftlichen Strukturen aushalten, ohne zu versagen.

Es wird nie eine Gesellschaftsordnung oder ein Wirtschaftssystem geben, welches von selbst unsere Interessen und Bedürfnisse optimal befriedigt, selbst wenn wir dafür unsere eigene Handlungsfreiheit aufgeben würden. Solange wir die Freiheit haben, vernünftig zu handeln, haben wir auch die Freiheit Fehler zu machen.

7 Das Konzept einer sozialistischen Marktwirtschaft

Meine persönlichen Erfahrungen aus einem halben Leben im Staatssozialismus und zehn Jahren im Kapitalismus, meine theoretischen Untersuchungen insbesondere an den Simulationsmodellen und das Studium, sowohl des Marxismus als auch bürgerlicher Theorien, haben mich zu dem Konzept einer sozialistischen Marktwirtschaft geführt, welches im Überblick dargestellt wird.

Dieses Konzept ist kein Resultat, welches zwangsläufig und nur mit diesem Ergebnis aus meinen Erkenntnissen folgen muß. Ich bin der Meinung, daß es auch noch andere erfolgversprechende Alternativen geben muß. Ich habe mich aber aus Kapazitätsgründen nur in diese eine Richtung orientiert, da man lieber eine Richtung gründlich verfolgen soll, als in alle Richtungen ein wenig nachzudenken und so in keiner Richtung ein konkretes Resultat vorzulegen. Ich hoffe, daß andere in andere Richtungen forschen und würde mich freuen deren Ergebnisse zu erfahren.

Trotz dieser kreativen und nicht deduktiven Ableitung sind wesentliche Aspekte meines Konzeptes durch wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse begründet und unterliegen gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten. So haben auch meine Untersuchungen die Erkenntnis von Marx von der Notwendigkeit der Abschaffung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln bestätigt.

Nachfolgend wird thesenhaft das Konzept einer sozialistischen Marktwirtschaft dargestellt und durch eingefügte Kommentare erläutert. Neben den fettgedruckten eigentlichen Thesen des Wirtschaftskonzepts sind eingezogen und in Normalschrift erläuternde Kommentare eingefügt.

7.1 Verfügungsrechte über Güter (Eigentumsverhältnisse)

7.1.1 Eigentum an Konsumgütern

Die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft (Arbeiter) sind unmittelbare Eigentümer von Sach- und Geldwerten, die für die Befriedigung ihrer individuellen Bedürfnisse bestimmt sind. In ihrer Verfügung sind sie weitgehend frei.

- Die Aneignung dieser Werte erfolgt durch Zuweisung eines leistungsunabhängigen Mindestlohns bei üblichem Beschäftigungsumfang sowie eines leistungsabhängigen Lohns und evtl. weiterer zweckgebundener sozialer Zuschläge, z.B. Stipendium. Noch nicht Arbeitsfähige (Kinder, Jugendliche) erhalten ein vom Einkommen der Eltern unabhängiges Einkommen (Kindergeld). Nicht mehr Arbeitsfähige (Altersrentner, Invalidenrentner) erhalten eine Mindestrente und einen Rentenzuschlag, abhängig von ihrem bisherigen Leistungseinkommen. Ausführlicher dazu unter Abschnitt 7.3.2

Konsumgüter oder dafür vorgesehene Geldwerte dürfen nicht kapitalisiert werden.

- D.h. sie dürfen nicht durch verleihen, vermieten oder sonstige wirtschaftliche Nutzung als Einkommensquelle genutzt werden.

Konsumgüter oder entsprechende Geldwerte dürfen für gemeinnützige Zwecke eingesetzt werden.

- Siehe dazu Überlegungen Abschnitt 8

Konsumgüter sind vererbbar.

- Das Erbrecht für Konsumgüter und zugehörige Werte könnte ähnlich frei sein, wie in der DDR. Da hier keine Produktionsmittel vererbt werden, hat das Erbrecht keinen wesentlichen Einfluß auf die Wirtschaftsstruktur.
- Durch ein entsprechendes Erbrecht soll das Interesse am Erwerb persönlichen Eigentums im Alter erhalten werden. Das ist wichtig unter dem Gesichtspunkt, daß es insbesondere für leitende Tätigkeiten Leistungslohnformen geben soll, wo geleistete Arbeit und Auszahlung eines entsprechenden Anteils des Leistungslohns als Erfolgsprämie zeitlich weit auseinanderfallen können.

7.1.2 Eigentum an Produktionsmitteln

Die Arbeiter sind (mittelbare) Eigentümer der Produktionsmittel. D.h. jeder Arbeiter verfügt über einen wertmäßig konkreten Anteil an Produktionsmitteln. Die Verfügung über ihre Anteile an Produktionsmitteln besteht darin, daß sie damit in einem System demokratischer Wirtschaftsführung durch Mitbestimmung die Wahrung ihrer Interessen sichern, insbesondere ihr Recht auf Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion, ihr Recht auf leistungsgerechte Entlohnung, ihr Recht auf Mitbestimmung in Entscheidungen zur Wirtschaftsstruktur und zur Nutzung der natürlichen Ressourcen.

- Ihre Mitbestimmung sollen die Arbeiter hauptsächlich durch Mitgliedschaft in einem Wirtschaftsverein realisieren. Siehe dazu Abschnitt 7.2.2 „Wirtschaftsvereine.“
- Wenn diese Mitbestimmung im Konfliktfall auch greifen soll, muß sie so weit gehen, daß der einzelne darauf bestehen kann, seinen Anteil an Produktionsmitteln für seine individuelle Produktion einzusetzen, auch wenn individuelle Produktion in der Regel nicht mehr sinnvoll ist.
- In diesem Punkt spiegelt sich der Versuch wieder, die aus der gesellschaftlichen Produktion resultierende Entfremdung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln relativ wieder aufzuheben, wissend, daß eine direkte Beziehung zu den Produktionsmitteln, wie in der individuellen Produktion z.B. eines Handwerkers oder eines Einzelbauern, nicht mehr möglich ist.

Die Verfügung über das Eigentum an Produktionsmitteln ist dahingehend beschränkt, daß es nur als Produktionsmittel eingesetzt werden darf.

- Es ist ein prinzipieller Mangel der kapitalistischen Gesellschaft, die mit dem Begriff Privateigentum nicht unterscheidet zwischen Verfügungsrecht über Konsumgüter und dem Verfügungsrecht über Produktionsmittel. Dieser Mangel wird auch durch die unverbindliche Mahnung „Eigentum verpflichtet“ nicht beseitigt. In einer Gesellschaft in der gemeinsam produziert wird, kann es nicht zulässig sein, das jemand, der zudem noch über ein großes Wertvolumen an Produktionsmitteln

verfügt, einfach mal schnell dieses Wertvolumen der Wirtschaft entzieht, indem er es in individuelle Konsumgüter umwandelt.

Die Aneignung der Produktionsmittelwerte erfolgt durch Akkumulation eines Anteils aus dem Leistungslohn und durch Zuweisung einer Grundausrüstung aus einem gesellschaftlichen Produktionsmittelfonds bei Eintritt in das Berufsleben. Der aus Lohnanteilen akkumulierte Anteil an Produktionsmittelwerten wird mit Austritt aus dem Berufsleben zu einem Rentenanspruch, zusätzlich zur Mindestrente. Die zugewiesene Grundausrüstung geht mit Austritt aus dem Berufsleben aus Altersgründen oder durch Invalidität wieder an den Produktionsmittelfonds zurück, zur erneuten Zuweisung an die nächste Generation.

- Das Verhältnis der Leistungslohnanteile für den Konsum und für die Verfügung über Produktionsmittel wird durch gesetzliche Bestimmungen geregelt.
- Durch diese Regelung könnte erreicht werden, daß die Arbeiter entsprechend ihren erbrachten Leistungen, differenziert über den Einsatz der erwirtschafteten Produktionsmittel mitbestimmen können. Trotzdem wird dabei verhindert, daß dieses Eigentum und damit das Mitbestimmungsrecht über Generationen akkumuliert werden kann.
- Außerdem wird damit erreicht, daß gegen Ende eines erfolgreichen Berufslebens, wo die Lebenserfahrung am größten ist, auch das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht am größten ist. Im Rahmen der Rentenzahlung kann dann das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht abklingen, so daß im sehr hohen Alter auch keine schwerwiegenden senilen Entscheidungen zu befürchten sind.
- Die Aufteilung der Produktionsmittelwerte in einen leistungsabhängigen Anteil und eine Grundausrüstung erfolgt, weil das erforderliche Wertvolumen für die durchschnittliche Altersrente nicht mit dem erforderlichen Durchschnittswert eines Arbeitsplatzes übereinstimmen muß. So entsteht eine Flexibilität bei Veränderung Volkswirtschaftlicher Parameter.

Die Verfügungsrechte über die Grundausrüstung sind durch gesetzliche Bestimmungen und Kontrollmechanismen dahingehend weiter beschränkt, daß mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein wirtschaftlicher Verlust dieser Werte ausgeschlossen wird. Zur Sicherung der Werterhaltung der Grundausrüstung an Produktionsmitteln sind diese privilegiert gegenüber anderen Produktionsmittelwerten.

- Damit hat die Grundausrüstung an Produktionsmittelwerten mehr den Charakter von gesellschaftlichem Eigentum.
- Die Sicherung der Grundausrüstung könnte im Fall einer Insolvenz durch bevorzugte Bedienung aus der Konkursmasse erfolgen. Sie könnte auch durch eine Pflichtversicherung erfolgen, deren Prämien als kalkulationsfähige Produktionskosten umgelegt werden können.

Die Verfügungsrechte über das durch Leistungslohn erworbene Produktionsmitteleigentum sind weitgehender. Sie können auch ein Verlustrisiko einschließen.

- Das Verfügungsrecht über Produktionsmittel aus dem Anteil des Leistungslohns hat stärker privaten Charakter.
- Wenn dem Verfügungsberechtigten hier ein Verlustrisiko zufällt, bedeutet das, daß im Schadensfall der Berechtigte später einen Rentenverlust hinnehmen muß. Allerdings darf die Rente nicht unter die Mindestrente sinken.
- Als Ausgleich für das Verlustrisiko könnte für dieses Produktionsmitteleigentum auch eine dem Risiko angemessene Prämie eingeführt werden, die das Unternehmen, welches die Produktionsmittelwerte nutzt, als kalkulationsfähige Produktionsmittelkosten erwirtschaftet und dem Produktionsmitteleigentümer gut schreibt.

7.1.3 Verfügungsrechte über natürliche Ressourcen

Es gibt kein Eigentum an natürlichen Ressourcen, insbesondere an Grund und Boden. Es gibt nur Nutzungsrechte.

- Trotzdem müssen diese Nutzungsrechte so gestaltet werden, daß die möglichst dauerhafte Nutzung weitgehend gewährleistet ist, und daß sie ein hohes Maß an Rechtssicherheit für den Einzelnen bieten.
- Es ist eine Vorsorge gegen eine Verschlechterung der Ressourcen- (Boden-)qualität erforderlich.

- Es muß verhindert werden, daß unqualifizierte Entscheidungen staatlicher Entscheidungsträger im Namen vermeintlicher gesellschaftlicher Interessen Willkür und Verunsicherung verbreiten können.

Jeder Arbeiter (jedes Mitglied der Gesellschaft) hat grundsätzlich das Recht auf einen gleichen Anteil zur individuellen Nutzung und auf kollektive Nutzung der natürlichen Ressourcen.

- Dieser Punkt ist ebenfalls dafür gedacht, die Akkumulation sozialer Unterschiede zu vermeiden. Das bedeutet, daß Arbeiter mit hohen Einkommen ihren Lebensstandard nicht dadurch erhöhen können, daß sie sich mit ihrem Lohnüberschuß einen größeren Anteil an der Nutzung der natürlichen Ressourcen verschaffen. Ihr Vorteil besteht darin, daß sie für ihren höheren Lohn Produkte kaufen können, deren lohnintensivere Verarbeitung eine höhere Veredelung des Materials darstellt, womit sie eine bessere Lebensqualität realisieren können. Außerdem können sie mehr Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Erbrecht an Nutzungsrechten natürlicher Ressourcen kann eingeräumt werden, wenn die Ressource untrennbar mit vererbaren Konsumgütern verbunden ist und dadurch der Nutzungsanteil nicht wesentlich überschritten wird, der dem Erben ohnehin zusteht.

- Erbbares Nutzungsrecht kann zum Beispiel der Grund und Boden sein, auf dem ein geerbtes Eigenheim steht. Außerdem gilt das für das Material vererbbarer Gegenstände, z.B. das Gold von Schmuck. Die Nutzung dieser Ressourcen wird dem Erben auf sein Gesamtkontingent an Nutzungsrechten angerechnet, d.h. er kann keine Nutzungsrechte dazu erben, weil die Nutzungsrechte eines verstorbenen mit seinem Tod prinzipiell erlöschen.
- Weitere Gestaltung der Nutzungsrechte siehe Abschnitt 7.3.3.

7.2 Wirtschaftssubjekte

7.2.1 Produzenten

Produzenten sind organisatorisch selbständige Einheiten, deren Aufgabe die Produktion von Gütern ist.

- Güter sind materielle Gebrauchsgegenstände für den individuellen Konsum, aber auch Produktionsmittel und unfertige Produkte für die weitere Verarbeitung. Güter sind auch nicht-materielle Dinge, wie z.B. Informationen, Computerprogramme. Dienstleistungen sind Güter.

Produzenten können Unternehmen, Produktionsgenossenschaften, Freiberufler u.a. Organisationsformen sein.

Produzenten ähnlicher Produkte konkurrieren miteinander. Sollte die Gefahr bestehen, daß ein Unternehmen eine marktbeherrschende Position erreicht, so daß ein fairer Wettbewerb nicht mehr gegeben ist, wird das Unternehmen verpflichtet, sich in mindesten zwei gleichwertige selbständige Unternehmen zu teilen.

- Da der einzelne Warenproduzent seine Existenz nur noch durch rationelle Warenproduktion sichern kann und seine primäre Bereitstellung von Produktionsmittelwerten auch nicht selbst realisieren kann, bedarf es aus wirtschaftsstrategischen Gesichtspunkten keiner Produzentenkonglomerate mehr. Deshalb sollten die Produktionseinheiten nur noch so groß sein, wie es für ihr Hauptprodukt optimal ist.
- Verschiedenartige Produkte sollten nur dann von einem Produzenten produziert werden, wenn sich das aus verfahrenstechnischen Gründen ergibt, oder wenn dadurch Synergieeffekte zu erwarten sind z.B. Reduzierung von Entwicklungsaufwand, da Erfahrungen gegenseitig nutzbar sind, gleichmäßig ausnutzbarer Maschinenpark, Ausgleich saisonaler Bedarfsschwankungen einiger Produkte.
- Ein weiterer Grund für die Aufnahme anderer Produkte ins Produktionssortiment ist eine mögliche Veränderung der Warenbedarfsstruktur. In der Regel dürfte es billiger sein, ein gut funktionierendes Unternehmen auf ein anderes Produkt umzustellen, als es zu schließen und ein neues zu gründen.

7.2.1.1 Unternehmen

Ein Unternehmen ist eine Produktionseinheit, bestehend aus einer Geschäftsführung, angestellten Arbeitern und einem Aufsichtsrat.

- Zum Aufsichtsrat gehören Vertreter der finanzierenden Wirtschaftsvereine, Arbeitnehmervertreter und Vertreter des Wirtschaftsministeriums.

Ihre Gründung, ihre Geschäftstätigkeit und ihre Auflösung werden durch Gesetze und ein Statut geregelt.

Den Unternehmen werden von den Produktionsmitteleigentümern die notwendigen Werte (Geld) zur Anschaffung von Produktionsmitteln zur Verfügung gestellt. Die Unternehmen wirtschaften im Auftrag der Produktionsmitteleigentümer und sind diesen rechenschaftspflichtig.

- Ein wesentlicher Vorteil dieser Trennung von Produktion und Eigentum der Produktionsmittelwerte ist die Möglichkeit der Schaffung optimaler Betriebsgrößen, da diese dann nicht mehr von der zufälligen in einer Hand befindlichen Kapitalmenge abhängt.

In ihren konkreten Wirtschaftsentscheidungen sind die Unternehmen weitgehend frei. Insbesondere agieren sie selbständig auf dem Warenmarkt, mit dem Ziel ihre Waren möglichst preisgünstig und mit hohem Gebrauchswert zu produzieren und mit einem Vorteil im Preis-Leistungs-Verhältnis auf dem Markt ihren Absatz zu sichern, damit ihre Produktionskapazitäten auszulasten und, wenn möglich, zu erweitern.

- Im Kapitalismus ist der Profit (oder der Gewinn bezogen auf das investierte Kapital) das entscheidende Effektivitätskriterium eines Unternehmens. Da in diesem Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft kein Profit vorgesehen ist, entfällt dieses Kriterium. Hier ist das entscheidende meßbare Kriterium, wie sich das Unternehmen im Wettbewerb mit den anderen Unternehmen vergleichbarer Erzeugnisse durch ein möglichst günstiges Preis-Leistungs-Verhältnis auf dem Markt behauptet, indem es seine Produktionskapazitäten auslastet. Das Preis-Leistungs-Verhältnis bewerten die Kunden, indem sie die Gebrauchseigenschaften der Waren individuell bewerten und zu den von den Produzenten kalkulierten Preisen kaufen oder nicht kaufen.

Unternehmen können kein Eigentum erlangen. Ihnen wird das Betriebskapital grundsätzlich nur zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Ihre gesamten Einnahmen aus dem Verkauf ihrer Produkte werden für den Ersatz von verschlissenen Produktionsmitteln, für den Einkauf von neuem Material, für Lohn und sonstige Ausgaben z.B. Steuern verbraucht.

- Spätestens an dieser Stelle entsteht die Frage, was oder besser wer bewegt das Unternehmen dazu, effektiv zu arbeiten und seine Produktionsverfahren durch Qualitätsverbesserung der Produkte oder/und durch Kosteneinsparung zu verbessern. Das soll hauptsächlich durch einen leistungsabhängigen Lohn, insbesondere bei Mitgliedern der Geschäftsleitung und wichtigen Leistungsträgern, z.B. aus der Entwicklungsabteilung, erfolgen. Siehe dazu auch „...zeitlich verzögerte Leistungslohnanteile ...“ auf S.35. Damit die Geschäftsführer ihre eigene Leistung nicht selbst bewerten, müssen die objektiven Bewertungskriterien bereits in Statut des Unternehmens festgeschrieben sein und ihre Einhaltung durch den Aufsichtsrat kontrolliert werden. Hauptkriterium wird die Kapazitätsauslastung sein. Damit der Leistungsanreiz wirksam werden kann, ist dieser Personenkreis per Gesetz und Unternehmensstatut mit den notwendigen Entscheidungsbefugnissen auszustatten.
- Es ist aber auch möglich, daß uneffektiv arbeitende Unternehmen stillgelegt werden, so daß die Geschäftsführer ihre überdurchschnittlich bezahlten Geschäftsführerposten verlieren können, damit wirkt hier ein negatives Leistungsprinzip.

Bei notwendigen Produktionserweiterungen wegen erhöhter Nachfrage oder zu erwartender wirtschaftlicher Strukturveränderungen erhalten die Unternehmen zusätzliche Werte (Geld) von den Produktionsmitteleigentümern. Bei Reduzierung der Produktionskapazitäten oder gar Stilllegung des Betriebes wegen Nichtauslastung, wegen nachlassender Nachfrage oder zu erwartender wirtschaftlicher Strukturveränderungen müssen die Produktionsmittel verkauft und die Wertmengen zurückgegeben werden. Die teilweise Rückgabe von Produktionsmittelwerten hat auch dann zu erfolgen, wenn wegen Rationalisierung Entlassungen erfolgen, damit diese Mittel für die Schaffung neuer Arbeitsplätze der Entlassenen verwendet werden können.

- Der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten soll das normale objektive Kriterium sein für die Entscheidung, ob die Kapazitäten erweitert oder reduziert werden oder der Betrieb gar stillgelegt wird. Damit soll im Rahmen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen den Produzenten die Optimierung der Wirtschaftsstruktur realisiert werden.
- Über Kapazitätserweiterungen oder Reduzierungen und über Stilllegung wird in Verhandlungen zwischen der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat entschieden.

- An dieser Stelle müssen zukünftig noch weitere Details bedacht werden, da es einige Probleme geben kann, insbesondere bei Kapazitätsabbau Wertverluste in Grenzen zu halten, weil Produktionseinrichtungen oft eine auf das Produktionsvolumen abgestimmte Einheit bilden. Es müssen auch geeignete Entscheidungsverfahren entwickelt werden, daß einerseits die Wirtschaftsvereine und evtl. auch der Staat in der Lage sind, notwendige strukturpolitische Entscheidungen zu treffen und andererseits die Geschäftsleitungen und die angestellten Arbeiter bei normaler Auslastung des Unternehmens einen Rechtsanspruch auf den Erhalt ihres Unternehmens haben.

7.2.1.2 Genossenschaften

Im Unterschied zu den Unternehmen sind in einer Genossenschaft die Arbeiter auch die direkten Eigentümer der Produktionsmittel.

- Im allgemeinen sollen für die Genossenschaften ähnliche Bedingungen gelten, wie für Unternehmen. Welche unterschiedlichen Regelungen, insbesondere für die Verfügungsrechte über das Produktionsmitteleigentum sich ergeben können, und damit die Existenz von Genossenschaften als andere Organisationsform sinnvoll ist, kann ich jetzt noch nicht einschätzen. Auch hier gelten die Eigentumsbeschränkungen der Produktionsmittel insbesondere der Grundausrüstung zu dessen Bestandssicherung. Deshalb sind hier außer-genossenschaftliche Kontrollgremien zu schaffen.
- Für die wirtschaftliche Tätigkeit gelten ansonsten die Bestimmungen für die Unternehmen.
- Ob Genossenschaften als besondere Eigentumsform in einer sozialistischen Marktwirtschaft sinnvoll und notwendig sind, ist noch offen. Sie wurden mit aufgenommen, weil sie eine traditionelle Form gesellschaftlichen Eigentums sind.

7.2.1.3 Freiberufler

Analog Genossenschaften.

- Ein Problem könnte hier eine praktikable Lösung zur Trennung von Konsumtions- und Produktionsmittelwerten sein, ohne zu viel Bürokratie zu veranstalten. Auch Freiberufler haben ein Anrecht auf ihre Grundausrüstung an Produktionsmitteln. Da Freiberufler Produktionsmittelbesitzer, Geschäftsführer und Arbeiter in einer Person sind, müssen geeignete Wege gefunden werden, daß Konsumwerte und Produktionsmittelwerte nicht gemischt werden. Es muß verhindert werden, daß die Produktionsmittelwerte nicht bei schlecht gehenden Geschäften verbraucht werden. Bei Aufgabe der freiberuflichen Tätigkeit muß gewährleistet sein, daß danach für den ehemals freiberuflichen Arbeiter in einem Unternehmen ein Arbeitsplatz finanziert werden kann.

7.2.2 Wirtschaftsvereine

Wirtschaftsvereine sind Organisationen der Produktionsmitteleigentümer (der Arbeiter) zur Verwaltung ihrer Produktionsmittelanteile und Wahrnehmung ihrer diesbezüglichen Interessen. Sie sind Vermittler zwischen den Produzenten und den Produktionsmitteleigentümern und übernehmen damit wirtschaftsleitende Aufgaben der Arbeiter, insbesondere der Verteilung und Überwachung des Produktionsmittelvermögens im Interesse der Arbeiter.

- Wirtschaftsvereine sollen damit einerseits ein notwendiges Element der wirklich sozialen Marktwirtschaft sein, indem sie als Verteiler der Produktionsmittelwerte den „Kapital“-markt mit sozialer Garantie verkörpern. Außerdem sind diese Vereine die wirtschaftlichen Machtinstrumente der Arbeiter, die bei erforderlichen Änderungen der Wirtschaftsstruktur Planungs- und Verteilungskompetenz besitzen, um diese Strukturveränderungen auch sozial verträglich durchzuführen. Sie sind also bei Bedarf auch das planwirtschaftliche Element des Wirtschaftssystems.
- Im Staatssozialismus hatte der Staat die Funktion der Wirtschaftsvereine. Das hat sich nicht bewährt. Erstens weil dadurch ein wirtschaftsleitendes Monopol bestand, so daß keine Konkurrenz zur Reduzierung der Bürokratie und zur effektiven Wirtschaftsleitung bestand. Außerdem hat die Verbindung von politischer und wirtschaftlicher Macht zu erheblichen Demokratiedefiziten geführt. Damit ist auch die Entfremdung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln („Volkseigentum“) zu groß geworden, da der Staat die Produktionsmittel als sein Eigentum (Staatseigentum) betrachtet hat.

- Trotz des Bestrebens, dem einzelnen Arbeiter konkrete Eigentumsrechte an den Produktionsmittel einzuräumen und ihm damit die Möglichkeit zu geben, seine Interessen zu vertreten, scheint es sinnvoll eine Organisation einzuschalten. Damit sollen die einzelnen Arbeiter entlastet werden von ihrer wirtschaftsleitenden Funktion, ohne dabei die Möglichkeit ihrer Einflußnahme aufzugeben.
- Auch für die Unternehmen dürfte die Existenz von Wirtschaftsvereinen nützlich sein, weil sie bei der Produktionsmittelbeschaffung bei Produktionserweiterung nur mit wenigen professionellen Partnern verhandeln müssen.
- Das Verhältnis zwischen der Zahl der Arbeitskräfte und dem Wert der notwendigen Produktionsmittel ist in den verschiedenen Branchen sehr unterschiedlich. Deshalb ist es nicht sinnvoll, daß einfach jeder Arbeiter den Wert seines Produktionsmitteleigentums dem Unternehmen zur Verfügung stellt, in welchem er eine Anstellung findet. Die Zwischenschaltung einer Wirtschaftsorganisation schafft die Möglichkeit, durch Belieferung eines Spektrums an Unternehmen mit Produktionsmittelwerten und Arbeitskräften das auszugleichen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Organisationsform der Produktionsgenossenschaften nacheilig und es muß sich erst erweisen, ob die Produktionsgenossenschaft als Organisationsform von Produktionseinheiten bestand haben wird.

Ein Wirtschaftsverein besteht aus den Mitgliedern, einem geschäftsführenden Vorstand und angestellten Mitarbeitern. Die für den laufenden Geschäftsbetrieb notwendigen materiell-technischen Mittel und Kosten, werden durch Beiträge der Mitglieder entsprechend ihren Einlagen an Produktionsmittelwerten finanziert. Diese Beiträge sind getrennt von den Einlagen der Mitglieder nach den Kalkulationsrichtlinien von Unternehmen als Dienstleistung zu kalkulieren und zu dokumentieren.

- Mit den Wirtschaftsvereinen ist ein neues Wirtschaftssubjekt geschaffen, welches neue Bürokratie erzeugt. Diese Bürokratie sehe ich aber nicht als prinzipiell zusätzlich. Im bisherigen Sozialismus hat diese Bürokratie der Staat veranstaltet. Im Kapitalismus veranstalten diese Bürokratie die Konzerne, Banken und staatlichen Wirtschaftskontroll- und Förderungsinstitutionen.

Die Wirtschaftsvereine haben auch dafür zu sorgen, daß mit Hilfe des Produktionsmittelfonds ausreichend Arbeitsplätze geschaffen werden und damit die gesamtgesellschaftliche Arbeit gerecht verteilt wird. Sie sind auf Wunsch ihrer Mitglieder verpflichtet, diese bei der Suche einer Arbeit entsprechend den Wünschen und den Fähigkeit der Arbeiter zu beraten und zu unterstützen. Sie sind verpflichtet ihnen eine zumutbare Arbeitsstelle zu vermitteln.

- Ein Wirtschaftsverein hat damit Funktionen, die im Kapitalismus verschiedene Institutionen im Interesse der Kapitalisten wahrnehmen, teilweise die Funktion einer Bank, teilweise die Funktion einer Holding, teilweise die Funktion einer Aktiengesellschaft und teilweise die Funktion einer Börse. Da aber die Mitglieder der Wirtschaftsvereine Produktionsmittelbesitzer und Arbeiter zugleich sind, ist ihre Aufgabe komplexer. Die Wirtschaftsvereine müssen mit der Verwaltung der Produktionsmittelwerte im Interesse der Arbeiter eine Strukturpolitik betreiben, die den Arbeitern Arbeit und damit Einkünfte für ihren Lebensunterhalt sichert.
- Wie weit sich die Wirtschaftsunternehmen in die individuelle Arbeitsuche der Arbeiter einmischen müssen, sollen oder dürfen, darüber muß noch ausführlicher nachgedacht werden.

Wirtschaftsvereine können und sollen neue Unternehmen gründen, die dann aber eigenständig handeln.

- Die Wirtschaftsvereine sollen aber auch klare Kompetenzgrenzen haben. Sie sollen keine übergeordneten Leitungsorgane der einzelnen Unternehmen sein. D.h., daß sie sich nicht in die Produktions- und Geschäftstätigkeit der Unternehmen einmischen. Sie haben lediglich Kontrollrechte durch Mitglieder im Aufsichtsrat. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Unternehmen eine ausreichende Rechtssicherheit erhalten in der Verfügung über die ihnen übergebenen Produktionsmittelwerte, deren Eigentümer sie ja nicht sind, so daß es nicht möglich ist, sie trotz guter Auftragssituation stillzulegen, oder starke Kapazitätseinschränkungen zu erzwingen.

Wirtschaftsvereine können und sollen auch Wirtschaftsforschungs- und Wirtschaftsplanungsinstitutionen unterhalten.

Wirtschaftsvereine werden im engeren Sinne nicht politisch tätig.

- Sie dürfen keine politischen Parteien durch Spenden unterstützen oder sonst ihre wirtschaftliche Macht als politisches Instrument anwenden.

Es gibt mehrere Wirtschaftsvereine, die untereinander um Mitglieder konkurrieren. Die Produktionsmitteleigentümer können die Mitgliedschaft in den Wirtschaftsvereinen wechseln und auch neue Vereine gründen.

- Der Wechsel des Wirtschaftsvereins ist ein wesentliches Recht des einzelnen Arbeiters, im Rahmen seiner wirtschaftlichen Mitbestimmung. Er darf deshalb prinzipiell nicht verhindert werden. Es können allerdings zu Sicherung von wirtschaftlicher Stabilität angemessene Kündigungsfristen für die Freigabe der Produktionsmittelwerte für anderweitigen Einsatz festgelegt werden, z.B. für die Übergabe in die Verfügung des anderen Wirtschaftsvereins.

Wenn durch die Größe eines Wirtschaftsvereins die Gefahr einer wirtschaftsbeherrschenden Situation entsteht, wird dieser verpflichtet sich in mindestens zwei gleichwertige zu teilen.

- Wieviel Mitglieder ein Wirtschaftsverein im Durchschnitt haben soll, wieviel mindestens und wieviel höchstens muß die Praxis zeigen. Wenn z.B. in einem Territorium wie Deutschland mit ca. 40 Mill. Erwerbstätigen ein Wirtschaftsverein durchschnittlich 1 Mill. Mitglieder hat, wären das ca. 40 Vereine.
- Es muß gesichert sein, daß jeder Erwerbstätige in seinem Territorium problemlos zwischen mehreren Vereinen wählen kann.

Wirtschaftsvereine können analog den Unternehmen als Verein kein Eigentum erwerben.

- Langlebige technische Einrichtungen, wie Verwaltungsgebäude und deren Einrichtung, werden wie Produktionsmittel der Unternehmen aus dem Produktionsmittelvermögen der Mitglieder finanziert und bleiben deshalb wertmäßig Eigentum der Mitglieder und nicht des Vereins. Aus den Mitgliedsbeiträgen werden nur laufende Ausgaben bestritten. Ob die Mitgliedsbeiträge nun von ihrer Erhebung bis zu ihrer Ausgabe als Eigentum des Vereins anzusehen sind, ist nicht dogmatisch zu sehen. Sie dürfen aber nicht in dauerhafte Einrichtungen investiert werden und so zu einer Akkumulation von Eigentum des Vereins führen.

7.2.3 Arbeiter/Produktionsmitteleigentümer

Die Arbeiter/Produktionsmitteleigentümer sind die primären Wirtschaftssubjekte. Sie agieren durch ihre berufliche Arbeit und die Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte der Wirtschaftsleitung. Diese Rechte nehmen sie direkt oder innerhalb der Wirtschaftsvereine indirekt wahr.

7.2.4 Der Staat und nicht-staatliche Organisationen

- Da hier nicht eine Gesellschaftsordnung insgesamt, sondern nur ein Wirtschaftssystem beschrieben wird, wird hier im wesentlichen auch nur über wirtschaftsspezifische Aufgaben des Staates gesprochen.
- Im Gegensatz zu üblichen linken Meinungen, daß der Staat in einer sozialistischen Wirtschaft selbst wirtschaftlich tätig wird, gehe ich in meinem Konzept davon aus, daß die Aufgaben des Staates auf ein notwendiges Minimum reduziert werden

Der Staat besitzt und erwirbt kein Eigentum. Das Geld für seine laufenden Kosten zieht er über Steuern ein. Mittel für ständige Einrichtungen werden über Umlagen aus dem Produktionsmitteleigentum der Arbeiter bereitgestellt, mit einer Wertrückgabepflicht, wenn der Bedarf sinkt.

- Mit der Finanzierung staatlicher Einrichtungen soll genauso verfahren werden, wie mit der oben erläuterten Finanzierung der Einrichtungen von Wirtschaftsvereinen. Ein Unterschied besteht nur darin, daß die legislativen Organe des Staates per Gesetz festlegen, welche Einrichtungen erforderlich sind, und aus den von den Wirtschaftsvereinen verwalteten Produktionsmittelvermögen eine Pflichtanleihe erfolgt. So wird also ein staatliches Schulgebäude wie ein Produktionsmittel aus dem Produktionsmittelvermögen der Arbeiter finanziert. Die laufenden Ausgaben für den Schulbetrieb werden dagegen aus Steuern bezahlt. Zu den laufenden Ausgaben des Schulbetriebes gehört dann auch die Bezahlung der Abschreibungen des Schulgebäudes, die zurückfließen in das Produktionsmittelvermögen der Arbeiter bis ein neues Schulgebäude gebaut werden muß. So erleidet das Produktionsmittelvermögen durch die Zwangsanleihen des Staates keine Verluste.
- Damit ist natürlich noch nicht prinzipiell verhindert, daß sich der Staat unnötig große oder unnötig prachtvolle Einrichtungen genehmigt und Verschwendung betreibt. Darauf müssen die

demokratischen legislativen Organe aber auch entsprechende nicht-staatliche Organisationen achten.

- Der Staat kann zwar für kurzfristige Ausgaben Kredite aufnehmen. Er muß aber über die jährlichen Haushaltspläne seine Bilanzen ausgleichen. Er darf keine Schulden ansammeln.
- Daß der Staat kein Eigentum erwirbt, soll kein Dogma sein, aber angestrebte Regel. Es soll damit vermieden werden, daß sich der Staat als großer Eigentümer aufspielt und selbstherrlich mit den in seiner Nutzung oder unter seiner Verwaltung befindlichen Gütern verfährt. Z.B. ist es ein Skandal, daß die Bundesrepublik Flächen in Naturschutzgebieten an Privatpersonen verkauft, um kurzfristig seinen Haushalt zu sanieren. Auch der aktuelle Verkauf der Mobilfunk-Frequenzen zeugt von einer staatlichen Raubrittermentalität. Diese Frequenzen stellen eine Art knappe natürliche Ressource dar, die erst mit der aktuellen Technikentwicklung interessant wurde und vorher offenbar brach lag. Erstens nimmt sich der Staat damit das Recht der willkürlichen Aneignung und Bereicherung heraus. Zweitens verscherbelt er diese Güter und gibt den Käufern damit ein Monopol an dieser Ressource, mit der diese die Bevölkerung später ausbeuten können. Damit verletzt der Staat die Treuepflicht gegenüber seinen Bürgern.

Der Staat wird in der Regel nicht wirtschaftlich tätig im Sinne eines Produzenten oder eines Wirtschaftsvereins.

Der Staat übt entsprechend zu erlassenden Gesetzen eine Kontrolle über die Tätigkeit der Wirtschaftsvereine und Produzenten aus. Das sind im wesentlichen die Einhaltung der Preiskalkulationsbestimmungen, die Wahrung eines gerechten Lohngefüges und die Erfassung der dazu notwendigen statistischen Daten, die Sicherung des Bestandes der Grundausrüstung an Produktionsmitteln und die Trennung von Konsumtions- und Produktionsmittelwerten.

Parallel zu den staatlichen Kontrollorganen ist ein System von nicht-staatlichen Organisationen zu schaffen, welche im Auftrag unterschiedlicher Interessengruppen Kontrollfunktionen übernehmen und dementsprechende Rechte erhalten.

Der Staat hat die Aufgabe Banknoten zu drucken und eine angemessene Menge in Umlauf zu bringen.

- Die technische Möglichkeit von elektronischem Geld könnte hilfreich sein bei der praktischen Handhabung der zwei parallelen Währungen, der Leistungswährung für Arbeitseinkommen und der Ressourcenwährung für Nutzungsrechte an natürlichen Ressourcen. Damit brauchen für die Ressourcenwährung keine Banknoten eingeführt werden. Vielleicht gibt es bis dahin auch für die traditionelle Währung, die in die Leistungswährung übergeht, dann schon kein Bargeld mehr.

Der Staat verwaltet die natürlichen Ressourcen.

- Dazu gehören:
- Langfristige Planung der Nutzung und Festschreibung in Gesetzen.
- Die Gesetzgebung über die jährliche Freigabe der Ressourcen.
- Gesetzgebung zum Umweltschutz.
- Kontenführung der Ressourcenwährung.
- Dokumentation der Besitzverhältnisse der dauerhaft genutzten Ressourcen, z.B. Führung der Grundbücher.

7.3 Märkte

7.3.1 Gütermarkt

Der Warenaustausch zwischen den Produzenten und den Verbrauchern (individueller Konsum und Bedarf der Produzenten) kann direkt oder durch Zwischenhändler erfolgen.

Zwischenhändler sind Unternehmen, die die Dienstleistung Warenaustausch anbieten.

Die Produzenten verkaufen ihre Waren zu Preisen entsprechend gesetzlich festgelegter Kalkulationsrichtlinien. Die Kalkulation dieser Preise haben sie im Zusammenhang mit ihrer gesamtbetrieblichen Buchführung entsprechend festzulegender Gesetze nachweislich zu dokumentieren.

- Danach wird über Preise nicht verhandelt, sondern sie sind eine Frage der Kalkulation. Damit werden die Preise aber auch nicht von einem zentralen staatlichen Amt für Preise festgesetzt, sondern die Unternehmen legen ihre Preise nach ihren tatsächlichen Aufwendungen selbst fest. Ob sie damit jeden einzelnen Preis auch richtig berechnet haben, ist damit in der Regel nicht Gegenstand staatlicher oder anderer Kontrolle. Kontrollgegenstand ist dann die Prüfung der Gesamtbilanzen.
- Das Prinzip der kalkulierten Produktionspreise ist das vorrangig Prinzip, wodurch die Konvergenz zu optimalen und stabilen Preisen gesichert werden soll. Das muß aber nicht heißen, daß nicht auch einige Preise zur Vermeidung von Bürokratie in freier Verhandlung nach Angebot und Nachfrage festgelegt werden. Das könnte z.B. bei gebrauchten Produktionsmitteln sinnvoll sein.

Die Händler kaufen die Waren zu den angebotenen Preisen (kalkulierte Industrieabgabepreise) und verkaufen sie zu den gleichen Preisen plus einer separat auszuweisenden Handelsspanne. Die Handelsspanne hat der Händler als Unternehmer, wie diese nach den gesetzlichen Preiskalkulationsrichtlinien zu berechnen und nachweisbar zu dokumentieren. Kauft ein Händler aufgrund großer Nachfrage von mehreren Produzenten Waren vergleichbarer Qualität zu unterschiedlichen Preisen, so kann (muß ?) er diese Waren zu einem Mittelwert der Einkaufspreise plus Handelsspanne weiterverkaufen.

- Der Wettbewerb auf dem Warenmarkt findet demnach in der Weise statt, daß die Anbieter die Preise festlegen und die Nachfrager entscheiden, wo und was sie kaufen.
- Aufgrund der gesetzlichen Kalkulationsrichtlinien sind die Produzenten gezwungen ihre Konkurrenzfähigkeit ausschließlich durch rationelle Produktion über ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis zu realisieren. Sie haben damit keine Möglichkeit zusätzliche Gewinne durch marktbeherrschende Positionen zu erzwingen oder durch Verschleierung des tatsächlich notwendigen Fertigungsaufwands zu erschleichen.
- Die Kalkulationsrichtlinien beinhalten im wesentlichen, daß die Preise sich aus den Produktionskosten zusammen setzen. Das sind Materialkosten, Lohnkosten, Abschreibungen zur Refinanzierung der verschlissenen Produktionsmittel und kalkulationsfähige weitere Ausgaben wie Steuern und Versicherungen.
- Die Käufer haben ebenfalls nicht die Möglichkeit, durch marktbeherrschende Positionen ruinöse Preisnachlässe auszuhandeln. Ihnen bleibt aber die freie Entscheidung, ob sie in dem konkreten Fall mit dem Verhältnis von Qualität und Preis einverstanden sind und den Kauf tätigen.

7.3.2 Arbeitsmarkt

Die Arbeiter sind frei in der Wahl ihres Berufes und ihrer Arbeitsstelle, die sie sich auf einem freien Arbeitsmarkt suchen können.

- Entsprechend den Ergebnissen zur Modellierung eines Arbeitsmarktes [7] müßte eigentlich jeder in einem Beruf seiner Wahl Arbeit finden. Allerdings, mit der Konsequenz, daß er bei geringer Eignung nur einen geringen Leistungslohn bekommt. Eine weitere Konsequenz unter der alle Berufsgenossen leiden würden, ist die, daß bei einem Überangebot in einem Beruf alle verkürzt arbeiten müssen und der Lohn in diesem Beruf immer weiter sinkt, bis sich genügend entschlossen haben, den Beruf zu wechseln. Der Vorteil wäre aber, daß die Wahrscheinlichkeit der richtigen Berufswahl am größten wird.
- Um das Prinzip von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt im Interesse gerechter Lohnunterschiede und im Interesse eines Einsatzes der Arbeitskräfte entsprechend ihren Fähigkeiten zu realisieren, ist eine qualifizierte Berufsberatung zu organisieren. Das betrifft die genaue Beschreibung des Berufsbildes und der Verdienstmöglichkeiten, so daß der einzelne eine Chance hat, sich richtig zu entscheiden.
- Berufswechsel ist immer Aufwand durch Qualifizierung und Einarbeitung und außerdem mit einem Risiko der Fehleinschätzung der eigenen Fähigkeiten verbunden. Deshalb muß ein freiwilliger Wechsel aus Berufen mit Überangebot gefördert werden, da die anderen, die bleiben, keinen Aufwand haben und den Nutzen haben, daß durch Entlastung dieser Arbeitsmarktbranche die Arbeitszeitverkürzung abgebaut wird und der Lohnabtrieb gebremst wird und damit in doppelter Hinsicht Lohneinbußen verhindert werden.

Der gesamtgesellschaftliche Durchschnittslohn der vollbeschäftigten Arbeiter bleibt konstant.

- Diese Festlegung und die Tatsache, daß Arbeit die einzige Einkommensquelle ist, sehe ich als die Voraussetzung an, daß insgesamt relative Preisstabilität besteht.
- Das bedeutet auch, daß mit steigender gesamtgesellschaftlicher Produktivität die Warenpreise fallen.

Die Unternehmen zahlen für die geleistete Arbeit einen Leistungspreis, der nur von der bewerteten Arbeitsleistung abhängt.

- Diese Leistung ergibt sich aus dem aktuellen Stücklohn (oder dem durchschnittlichen Stundenlohn) für die jeweilige Berufsgruppe, und der dazu relativen Bewertung der individuellen Leistung.
- In den Berufen, wo die geleistete Arbeit nach objektiven Kriterien quantifizierbar ist, ist der Preis der individuellen Arbeit proportional zu der Quantität.
- Der Preis der Arbeit, den das Unternehmen zu zahlen hat, enthält grundsätzlich keine Bestandteile, die von sozialen Kriterien des Arbeiters abhängen. Soziale Bestandteile werden grundsätzlich über entsprechende Versicherungen oder aus Steuermitteln finanziert.

Der Leistungspreis wird nach einem gesetzlich festgelegten einheitlichen Prozentsatz aufgeteilt in einen Leistungslohn, der dem Arbeiter direkt zusteht und in einen Anteil, der in einen gesamtgesellschaftlichen sozialen Lohnfonds eingezahlt wird. Aus diesem Lohnfonds werden die leistungsunabhängigen Einkommen gezahlt. Das sind das soziale Existenzminimum, die Mindestlöhne, die Mindestrenten und das Kindergeld.

- Dieser Lohnfonds könnte auch zum Teil oder vollständig über eine „Wertschöpfungsabgabe“ finanziert werden in der Weise, daß auf die im jeweiligen Produktionsbetrieb gebundenen Produktionsmittelwerte, analog dem ehemaligen Kapital, eine einheitliche Rendite veranschlagt wird, die sich als kalkulierbare Kosten im Preis wieder findet. Diese Rendite wird dann in den sozialen Lohnfonds abgeführt. Der volkswirtschaftliche Effekt wäre dann, daß Waren verteuert werden, die mit überdurchschnittlich hohen Produktionsmittelwerten produziert werden, so daß ein sparsamerer Umgang mit dem Produktionsmittelvolumen in den Produktionsbetrieben gefördert wird. Gleichzeitig würden die Leistungspreise (=Lohnkosten) verringert und der Anteil des Leistungslohns erhöht, der für den direkten persönliche Konsum zur Verfügung steht, gegenüber dem Anteil, der zunächst in den sozialen Lohnfonds abgeführt wird. Die Variation der Anteile der Finanzierung des sozialen Lohnfonds aus dem Leistungslohn und aus der Rendite der Produktionsmittelwerte könnte dann auch als wirtschaftspolitisches Steuerelement benutzt werden.

Es wird ein soziales Existenzminimum festgelegt in Abhängigkeit minimaler objektiver materieller Bedürfnisse und der Höhe der aktuellen Preise für diese Leistungen, welches unabhängig von jeder Gegenleistung jedem Mitglied der Gesellschaft gezahlt wird.

- Dieses Existenzminimum ist dem Ziel geschuldet, daß kein Mensch verhungern soll. Es leistet noch nicht die Voraussetzungen für ein „würdiges“ Leben, so daß normaler Weise keiner mit diesem Lebensniveau zufrieden sein sollte.
- Es ist allerdings noch gründlich zu überlegen, ob neben dem Anspruch auf Mindestlohn der Anspruch auf ein Existenzminimum ohne jegliche Gegenleistung und ohne jegliche Bedürftigkeitskontrolle noch notwendig ist. Wenn ja, dann muß er ohne die bisher nach dem Sozialhilferecht üblichen diskriminierenden und datenschutzrechtlich bedenklichen Bedürftigkeitskontrollen erfolgen. Damit könnte dann auch viel bürokratischer Aufwand eingespart werden, der entsprechend bundesdeutscher Erfahrungen ohnehin meist nur verhindert, daß die wirklich Bedürftigen etwas bekommen.
- Dieses Existenzminimum kann unter besonderen Umständen auch in Sachleistungen ausgezahlt werden.

Als weitgehend leistungsunabhängige Einkommen werden ein Mindestlohn, eine Mindestrente und ein Kindergeld festgelegt in Abhängigkeit objektiver materieller und ideeller Bedürfnisse und der Höhe der aktuellen Preise für diese Leistungen.

- Diese Einkommen sollen eine sichere Existenz und ein Leben in Würde auf einem niedrigen Niveau sichern.
- Das Kindergeld wird grundsätzlich unabhängig jeglicher Leistung der Eltern gezahlt.
- Das Mindesteinkommen ist lediglich daran gebunden, daß der Bezieher des Einkommens im Rahmen seiner offensichtlichen physischen und geistigen Leistungsfähigkeit vollbeschäftigt

arbeitet. So kann für einen behinderten Menschen auch eine verkürzte Arbeitszeit als Vollbeschäftigung gelten.

- Kann die Gesellschaft aus irgendwelchen Gründen keine geeignete Arbeit anbieten, ist trotzdem der Mindestlohn zu zahlen und zwar unbefristet, sofern der betroffene seine Arbeitskraft anbietet.
- Die Mindestrente wird gezahlt, sofern im vorausgehenden Berufsleben nach näher festzulegenden Kriterien Mindestanforderungen erfüllt wurden. Die Kriterien sollen möglichst unbürokratische und von jedem erfüllbar sein.
- Bei unfreiwilliger Teilbeschäftigung oder unfreiwilliger Arbeitslosigkeit wird ebenfalls mindestens der volle Mindestlohn gezahlt.
- In diesem Zusammenhang ist noch zu überlegen, in welchem Maß die Erziehung der Kinder bewertet wird, und wie die Übertragung von Lohnansprüchen und Rentenansprüchen erfolgt in Lebensgemeinschaften, in denen berufliche Arbeit, Kindererziehung und Hausarbeit unterschiedlich aufgeteilt sind.
- Voraussetzung für das Prinzip Mindestlohn plus Leistungslohn ist, daß das Wirtschaftssystem jedem eine Beschäftigung anbieten kann, da sonst der leistungsabhängige Lohnanteil zugunsten der sozialen Grundsicherung zu gering wird und die Leistungsmotivation durch Leistungslohn gefährdet ist. Nach meiner Meinung ist das prinzipiell möglich.

Der vom Leistungspreis verbleibende Anteil zur direkten Auszahlung an den Arbeiter ist der Leistungslohn. Der Leistungslohn wird geteilt nach gesetzlich festgelegten einheitlichen Prozentsätzen in einen Anteil, der sofort für den individuellen Konsum zur Verfügung steht, und einen Anteil, der als leistungsabhängiges Produktionsmitteleigentum über die Lebensarbeitszeit akkumuliert wird, mit Ausscheiden aus dem Berufsleben in einen Rentenanspruch umgewandelt wird und damit einen leistungsabhängigen Rentenanteil ergibt.

Die Unterschiede der berufsabhängigen Arbeitsleistungspreise zwischen den verschiedenen Berufsgruppen werden entsprechend gesamtgesellschaftlicher statistischer Auswertungen nach Angebot und Nachfrage ständig (z.B. jährlich) geregelt.

- Es soll grundsätzlich angestrebt werden Leistungen innerhalb einer Berufsgruppe nach objektiven Kriterien zu bewerten, wo das möglich ist. Es ist aber auch klar, daß in vielen Berufen das noch lange nicht, oder auch prinzipiell nicht ausreichend genau möglich ist. In diesen Fällen hat der Leiter und ein eventuell beigeordnetes sachkundiges Gremium einen subjektiven Bewertungsspielraum.
- Das Verfahren, die Differenzierung der Löhne zwischen den verschiedenen Berufsgruppen über statistische Auswertungen zu regeln, wirft die Frage auf, welche Rolle in Zukunft Gewerkschaften spielen, die in der bundesdeutschen Praxis auf die Aufgabe als Lohnverhandlungspartner reduziert wurden.

Insbesondere für Berufe mit überdurchschnittlichen Löhnen, z.B. Geschäftsführer werden zeitlich verzögerte Leistungslohnanteile eingeführt (Erfolgsprämien).

- Besonders problematisch ist die Leistungsbewertung der Wirtschaftsfunktionäre, da verhindert werden muß, daß durch Selbstbewertung und damit Überbewertung ein Abdriften dieser Löhne nach oben eintritt. Hier müssen einige wenige objektive Wirtschaftlichkeitskennzahlen der ihnen unterstehenden Wirtschaftseinheit einen Anteil am Leistungslohn bestimmen. Da die Zweckmäßigkeit ihrer Entscheidungen meist erst später zu erkennen sind und diese Personen in der Regel einen Lohn weit über dem Existenzminimum erhalten, erscheint es sinnvoll und zumutbar, einen Teil ihres Lohnes als Erfolgsprämie erst zu einem späteren Zeitpunkt auszuzahlen. Wie das im Einzelnen geschehen kann, dazu bedarf es noch einiger Ideen, Überlegungen und Experimente.
- Eine ähnliche Lohnform gibt es bereits in der Vergütungsordnung für Erfindungen der Arbeitnehmer.

7.3.3 Ressourcenmarkt

Die Freigabe des Volumens an natürlichen Ressourcen für die wirtschaftliche Nutzung erfolgt aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen und demokratischer Meinungsbildung. Wirtschaftsunternehmen und Wirtschaftsvereine dürfen auf diesen Prozeß der Entscheidung nur in der Weise Einfluß nehmen, in dem sie Informationen über den jeweiligen Einsatz und

Verbrauch der verschiedenen Ressourcen geben. Die eigentliche Entscheidung erfolgt durch demokratische politische Verfahren.

Es wird eine zweite Währung (Ressourcenwährung) eingeführt, die zum Kauf zeitweiliger Nutzungsrechte natürlicher Ressourcen berechtigt.

Jeder Arbeiter bekommt pro Zeiteinheit (evtl. pro Jahr) den gleichen Betrag. Der Betrag bleibt über die Zeit ebenfalls konstant.

Die aktuellen Ressourcenpreise richten sich nach Angebot und Nachfrage.

- Das bedeutet, daß der Preis der Waren in der Regel aus zwei Preisanteilen besteht.
- Der Ressourcenpreis ist nicht zu verwechseln mit den heutigen Preisen für Rohstoffe. So hat dann z.B. bereits gefördertes Erdöl zwei Preisteile in den zwei Währungen, den Ressourcenpreis und den Leistungspreis, der den Arbeitsaufwand zur Förderung des Erdöls repräsentiert und ungefähr dem Preis in der traditionellen Währung entspricht.
- Im weiteren wird die traditionelle Währung und der entsprechende Preis zur Unterscheidung von der Ressourcenwährung als Leistungswährung bzw. Leistungspreis bezeichnet, da er, wie Marx bereits feststellte und meine Modellberechnungen bestätigt haben, die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit repräsentiert.
- Es muß im Ressourcenpreis ein und derselben Ressource unterschieden werden zwischen dem Preis, der zu zahlen ist, wenn die Ressource verbraucht wird (Verbrauchspreis), und dem, wenn die Ressource nur genutzt wird und nach der Nutzung nachweisbar wieder zurückgegeben wird für weitere Nutzungen (Nutzungspreis). Z.B. für das Material eines Autos, das ich nach Nutzung an den Hersteller zur Verwertung zurückgebe, zahle ich für das Eisen einen niedrigeren Ressourcenpreis als für das Blech einer Büchse, die im Müll landet. Materialien, deren Kreislauf organisatorisch nicht gesichert ist, z.B. Verpackung, die sowohl in der Sero-Tonne als auch in der Mülltonne landen können, sind Verbrauchspreise zu berechnen. Das Sammeln dieser Ressourcen und wieder in den Wirtschaftskreislauf einführen muß reichlich honoriert werden.
- Das erstrebenswerte Ziel ist natürlich ein vollständiger Ressourcenkreislauf, so daß nur Ressourcennutzungspreise zu zahlen wären. Es wäre aber unrealistisch, den wenigstens gegenwärtig unwiederbringlichen Verbrauch nicht zu Kenntnis zu nehmen.

Das zukünftige Recht auf die Nutzung natürlicher Ressourcen ist nicht verkäuflich und nicht verpfändbar.

- Inwieweit ein Tausch von Leistungswährung gegen Ressourcenwährung sinnvoll ist, müßte die Praxis zeigen. Die Herausbildung eines Kurses zwischen den Währungen würde aber nicht die eine Währung erübrigen, weil auch in diesem Fall eine Kursschwankung zur freien Anpassung sinnvoll erscheint.
- Interessant ist die Frage, ob es bei sparsamer Lebensführung durch Tausch eines Teils der Ressourcenwährung gegen Leistungswährung möglich ist, von diesen dann vorhandenen Geldmengen ohne eigene Arbeit seinen elementaren Lebensunterhalt zu bestreiten. Damit wäre dann nämlich das Problem der Grundversorgung (Sozialhilfe) gelöst. Das hängt sicher von der Produktivität der Gesellschaft ab und dem Drang des leistungsfähigen und leistungsbereiten Teils der Arbeiter für zusätzliche Ressourcen einen Teil des Leistungslohns abzugeben und deren Konkurrenz untereinander nach dem verfügbaren Angebot.
 - Ich habe noch kein Gefühl dafür, ob eine Währung für alle natürlichen Ressourcen und die Preisregelung nach Angebot und Nachfrage ausreichend ist, um einen einigermaßen preisstabilen Ressourcenmarkt zu realisieren. Es wäre auch denkbar, daß eventuell weitere Kontingentierungen erforderlich sind. Darüber muß noch intensiver nachgedacht werden und über Modelle versucht werden, genauere Vorstellungen zu erlangen. Endgültig wird wohl aber erst die Anwendung Aufschluß bringen.

8 Der zusätzliche Konsum als materielle Basis eines nicht-marktwirtschaftlichen Gesellschaftsbereichs

In den bisherigen Ausführungen wurde gelegentlich vom zusätzlichen Konsum gesprochen, in Abgrenzung zu dem notwendigen Konsum, der erforderlich ist, zur einfachen Reproduktion der Arbeitskräfte als auch der Gesellschaft insgesamt, einschließlich der erweiterten Reproduktion bei Bevölkerungswachstum.

Der zusätzliche Konsum wird prinzipiell finanziert aus dem Leistungslohn, während der notwendige Konsum aus dem Mindestlohn finanziert wird.

Oberflächlich betrachtet könnte man den zusätzlichen Konsum einfach als Luxuskonsum abtun. Luxuskonsum ist auch ein wesentlicher Teil davon und er hat seinen Sinn, da dieser Luxus in angemessener Form ein wesentliches Element der Motivation der Individuen zu persönlicher Leistungsbereitschaft ist und zu einem positiven Lebensgefühl beitragen kann.

Damit ist das Anwendungspotential des zusätzlichen Konsums noch lange nicht ausgeschöpft. Die Güter des zusätzlichen Konsums sind auch die materielle Basis für die gesamten individuellen und gesellschaftlichen Aktivitäten auf dem Gebiet der Kultur und der Wissenschaft. So ist der zusätzliche Konsum die Basis für den eigentlichen gesellschaftlichen Fortschritt und so eine höchst wichtige Erscheinung.

Auf wissenschaftlichem Gebiet ist das Grundlagenforschung, deren praktische Anwendung nicht unmittelbar absehbar ist.

Auf kulturellem Gebiet ist das künstlerische Betätigung, die einerseits Merkmale eines niveaureichen Luxuskonsums hat, in dem sie ein positives Lebensgefühl vermittelt, und andererseits geistige Anregungen befördert und Bildungsinhalte vermittelt.

Auf dem Gebiet der Freizeitgestaltung sind das Möglichkeiten alternative Lebensformen einfach spielerisch oder auch systematisch auszuprobieren.

Diese verschiedenen Formen zusätzlichen Konsums überschneiden sich stark.

Dieser zusätzliche Konsum, der also wesentlich mehr als nur Luxuskonsum ist, stellt die materielle Basis für das eigentliche Entwicklungspotential der Gesellschaft dar und steht deshalb im Mittelpunkt unseres Strebens nach einer möglichst sicheren und lebenswerten Gesellschaft. Deshalb soll das Wirtschaftssystem so organisiert werden, daß ein möglichst großes bedarfsgerechtes Sortiment an Gütern und Dienstleistungen für den zusätzlichen Konsum zur Verfügung steht. Natürlich unter der Voraussetzung, daß zunächst einmal die normale Reproduktion gesichert sein muß und daß unsere Lebensgrundlage, die Umwelt, dabei nicht zerstört wird.

In diesem Sinne sind unsere Aktivitäten, die wir mit Hilfe des zusätzlichen Konsums realisieren, eigentlich auch eine Produktivkraft und zwar unsere kreativste. Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht sind sie aber als Konsum einzuordnen, und zwar als Konsum der nicht einmal unmittelbar Arbeitskraft reproduziert. Der Zusammenhang zwischen kulturellen und wissenschaftlichen Aktivitäten und einer entsprechenden Wirkung auf die Produktivität ist sehr sporadische und deshalb in die Planung des Wirtschaftskreislaufs nicht einbeziehbar. Deshalb muß der zusätzliche Konsum aus wirtschaftlicher Sicht erst einmal als Verbrauch ohne Gegenwert abgeschrieben werden. Die meist viel später und sporadische eintretenden Wirkungen gehen dann wieder aus wirtschaftlicher Sicht gesehen als äußere Einflüsse ein, z.B. als höhere Produktivität der Arbeiter durch höhere Bildung oder als verbesserte Produktionsverfahren durch Erfindungen. In diesem Sinne sind sie Störung des eingelaufenen Wirtschaftssystems mit Verlusten und Produktivitätssteigerung mit Wachstumsgewinn zugleich.

Wegen seiner nicht quantifizierbaren gesamtgesellschaftlichen Wirkungen entziehen sich die Aktivitäten des zusätzlichen Konsums (Kulturelle und grundlagenwissenschaftliche Leistungen) dem System eine individuellen Leistungsbewertung. Deshalb müssen diese Leistungen auf Basis nicht-marktwirtschaftlicher Zuwendungen honoriert werden und die Ergebnisse als Gemeingut der Gesellschaft zur freien Anwendung gelten.

Aus wirtschaftlicher Sicht hat ein großer Sektor des zusätzlichen Konsums eine weitere positive Wirkung. Er ist zwar, wie oben erläutert prinzipiell nötig. Er ist aber nicht ständig und in vollem Umfang erforderlich. Damit bildet der zusätzliche Konsum eine strategische Reserve an Wirtschaftspotential, mit dessen Hilfe in Krisensituationen, z.B. starke Strukturveränderungen, Katastrophensituationen, Leistungsreserven erschlossen werden können, so daß die notwendige Versorgung der Bevölkerung in diesen Situationen nicht so leicht gefährdet ist. Die Gesellschaft muß sich aber auf die Möglichkeit derartig kurzfristigen Umdisponierens organisatorisch einstellen.

9 Wege zur Transformation der kapitalistischen Marktwirtschaft

Nach meiner Meinung ist der Kapitalismus nicht dauerhaft und weltweit zu einer sozialen Gesellschaftsordnung zu reformieren, ohne das Prinzip des vorherrschenden Privateigentums an den Produktionsmitteln, sein wesentliches Merkmal, aufzugeben. Damit ist sein Untergang unvermeidbar (= historisch notwendig = gesetzmäßig).

Die Transformation der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine sozialistische Marktwirtschaft halte ich für anstrengenswert und auch für möglich. Sie ist aber nicht historisch notwendig, denn sie entsteht nicht zwangsläufig durch den Zusammenbruch oder die bewußte Beseitigung des Kapitalismus. Es wären prinzipiell auch andere Gesellschaftsordnungen denkbar, auch wenn mir zur Zeit keine andere plausible soziale Gesellschaftsordnung bekannt ist. Auch eine Katastrophe mit der Vernichtung der menschlichen Gesellschaft liegt im Bereich des Möglichen.

Die sozialistische Marktwirtschaft ist eine neue Qualität gegenüber der kapitalistischen. In diesem Sinne ist die Transformation der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine sozialistische Marktwirtschaft eine Revolution. Das heißt aber nicht, daß dieser Prozeß zwangsläufig gewaltsam ablaufen muß. In Abhängigkeit von den politischen Kräfteverhältnissen und den Einsichten großer Teile der Bevölkerung aus allen Klassen, könnte ich mir diese Transformation auch als eine Reihe von Reformen vorstellen, die insgesamt dann eine neue Qualität hervor bringen.

Für die Ablösung des Kapitalismus sind prinzipiell 3 Szenarien denkbar, die ich bezeichnen will als

1. den vernünftigen Weg,
2. den wahrscheinlichen Weg und,
3. den katastrophalen Weg.

9.1 Der vernünftige Weg

Als vernünftigen Weg will ich ein Transformationsszenarium bezeichnen, bei dem es gelingt, in einem großen Teil der Bevölkerung, auch in der Klasse der Kapitalisten, die Einsicht in die Notwendigkeit der Ablösung des Kapitalismus zu erzeugen, so daß bereits aus einem noch relativ intakten Kapitalismus heraus auf gewaltfreiem politischen Weg die Transformation über mehrere Reformschritte gelingt.

Sicherlich wird mich nach diesem Satz mancher Leser für einen Träumer halten. Auch ich halte diesen Weg für den unwahrscheinlichsten. Es gibt aber zwei Gründe, darüber trotzdem einmal nachzudenken: Erstens, selbst wenn die Chancen noch so gering sind, ist es den Versuch wert, weil diese Variante die geringsten Risiken unkontrollierbarer gewaltsamer Auseinandersetzungen birgt und damit gute Voraussetzungen für die Demokratie während und nach der Transformation bestehen. Zweitens, wie sich nachfolgend noch zeigen wird, sind wesentliche Aufgaben linker Politik zur Vorbereitung des zweiten Weges prinzipiell die gleichen, so daß auch beim Verfehlen des ersten Weges die Arbeit nicht umsonst ist.

Was veranlaßt zu der Hoffnung, daß sich überhaupt ein ausreichend großer Teil der Kapitalisten dazu bewegen lassen sollte, und damit gegen seine vermeintlich ureigensten Interessen zu verstoßen ?

Des Ende des Kapitalismus ist unvermeidlich. Die Kapitalisten müssen also früher oder später sowieso ihr Privileg aufgeben, aus Privateigentum an den Produktionsmitteln Einkommen zu erzielen. Wenn sie sich an diesem unvermeidlichen Prozeß aus einer noch funktionierenden kapitalistischen Marktwirtschaft heraus beteiligen, in der sie noch wirtschaftliche Macht und damit auch politischen Einfluß besitzen, haben sie noch Einfluß auf diesen Prozeß und können für sich annehmbare Übergangsbedingungen aushandeln. Sollte dieser Prozeß allerdings erst aus einer ernsthaften Krisensituation heraus erfolgen, wird dieser schwer beherrschbar mit offenem Endergebnis. Das kann dann nicht nur ihre Privilegien beseitigen, sondern auch ihre physische Existenz bedrohen.

Kapitalisten sind nicht nur Profitmacher. Sie sind Menschen, die leben wollen und die auch wollen, daß ihre Nachkommen noch vernünftig leben können. Mit der Einsicht der historischen Notwendigkeit des Untergangs der kapitalistischen Marktwirtschaft gehört der Übergang zu einer stabileren Gesellschaftsordnung auch zu ihren eigentlichen langfristigen Interessen.

Ihr aktuelles Interesse am Profit basiert dagegen auf der Illusion, es könnte immer so weiter gehen bzw. es basiert auf der Annahme, es wird vielleicht nicht immer so bleiben, aber laßt uns bis dahin noch unsere Privilegien nutzen, wenn es dann mal anders kommt, wird es schon nicht so schlimm werden. Diese Illusionen müssen den Kapitalisten genommen werden

Damit ergibt sich eine sehr wichtige aber auch sehr schwierige Aufgabe für linke Politik. Die Überzeugung der Unbeständigkeit des Kapitalismus, egal in welcher Spielart, muß in das Bewußtsein der gesamten Bevölkerung getragen werden, nicht nur in des Bewußtsein der Arbeiter. Damit diese Erkenntnis wegen fehlender Alternativen nicht verdrängt wird, gehört dazu, daß auch eine plausible Alternative angeboten wird. Das ist besonders wichtig für Menschen, die sich aus intellektuellen Überzeugungen heraus linken Bewegungen anschließen. Mit meinem Konzept einer sozialistischen Marktwirtschaft hoffe ich, eine plausible Alternative anbieten zu können.

Diese Aufgabe zu lösen, heißt in der traditionellen marxistischen Terminologie die Schaffung der subjektiven Voraussetzungen für eine Revolution. An der Lösung dieser Aufgabe durch weitere

Forschungs- und Bildungsarbeit maßgeblich mitzuwirken muß u.a. eine Hauptaufgabe der Rosa-Luxemburg-Stiftung sein.

Die Erfahrungen mit dem Staatssozialismus haben gezeigt, daß die Arbeiterklasse nicht allein in der Lage war, die von Marx ihr zugewiesene historische Rolle als treibende revolutionäre Kraft auszufüllen. Trotzdem darf sie im nächsten Versuch nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden, ihre ureigensten Interessen, wenn schon nicht allein, so doch maßgeblich mit zu vertreten. Deshalb muß es Aufgabe linker Intellektueller bleiben, die Probleme und die Weiterentwicklung sozialistischer Ideen nicht nur intern zu diskutieren, sondern auch in leicht verständlicher aber korrekter Form, allen Schichten der Bevölkerung plausibel zu machen. Eine bessere politische Bildung der Arbeiterklasse ist auch notwendig, um die Bereitschaft zur Einsicht bei den Kapitalisten zu befördern. Wenn diese nämlich merken, daß sich unter den Arbeitern wieder ein Bewußtsein breit macht, daß erkennen läßt, daß sie sich die kapitalistischen Verhältnisse nicht mehr auf Dauer gefallen lassen, werden sie eher einsehen, daß es sinnvoll ist kooperativ zu sein.

9.2 Der wahrscheinliche Weg

Als wahrscheinlichen Weg will ich ein Transformationsszenarium bezeichnen, in dem sich die allgemeine Krise des Kapitalismus soweit verschärft, daß durch die konkreten Probleme die Einsicht in die Notwendigkeit so weit wächst, daß die Transformation von der Mehrheit gewollt wird.

Auch in dieser Situation ist weiterhin ein friedlicher Übergang anzustreben. Dieser dürfte auch noch möglich sein, wenn noch gefestigte demokratische politische Strukturen existieren. Aufgrund des bereits eingetretenen höheren Konfliktpotentials wird das Risiko eines Abgleitens in die Gewalt aber größer.

Wenn in dieser Situation verhindert werden soll, daß nach dem erst besten, meist populistischen Lösungsangebot gegriffen wird, muß auch bei diesem Weg bereits ein ausgereiftes und plausibles Lösungsangebot einem großen Teil der Bevölkerung bekannt sein, so daß die Akzeptanz für diese Lösung mit den in der Krise größer werdenden Problemen mitwachsen kann. Sonst wird auch diese Chance vergeben und die Entwicklung steuert auf den katastrophalen Weg zu. Für dieses Szenarium besteht also genauso wie für den vernünftigen Weg die Aufgabe, bereits vorher die subjektiven Voraussetzungen für die Revolution zu schaffen. Wie bereits oben angedeutet, haben die linken Intellektuellen im ersten und zweiten Weg die gleiche wichtige Aufgabe der theoretischen und ideologischen Vorbereitung der Revolution. Je besser dies gelingt, um so eher kann der Transformationsprozeß beginnen und um so geringer werden die Risiken eines Abgleitens in unkontrollierbare gewaltsame Konflikte.

9.3 Der katastrophale Weg

Wenn es nicht gelingt, die subjektiven Voraussetzungen zu schaffen, eine akute Krise des Kapitalismus rechtzeitig für eine beherrschbare Transformation (=Revolution) zu nutzen und die Konflikte eskalieren in unkontrollierbare Gewalt, dann haben wir das Szenarium, welches ich als den katastrophalen Weg bezeichne.

Wo dieser Weg hinführt ist offen. Wenn in dieser Situation populistische rechtsradikale Kräfte die Initiative erlangen, könnten wieder faschistische Strukturen entstehen. Auch religiös fundamentalistische Strömungen könnten die Oberhand gewinnen. Sollte es nach gewaltsamen Auseinandersetzungen trotzdem noch gelingen, Anfänge einer sozialistischen Ordnung zu errichten, besteht die Gefahr, daß sich auch in dieser wieder diktatorische Strukturen entfalten und verfestigen, so daß dieser Sieg, wie gehabt, zum Pyrrhussieg werden kann und neues Leid und neue Rückschläge bewirkt.

Da die kapitalistische Gesellschaft eine spontan entstandene Gesellschaftsordnung ist, ist es auch denkbar, daß nach einer tiefen Krise verbunden mit massenhafter Kapitalvernichtung, Arbeitslosigkeit, Armut und wahrscheinlich auch Krieg erneut spontan eine kapitalistische Ordnung entsteht mit einer zeitweiligen Phase der Konjunktur und das Spiel beginnt erneut. Das kann man aber nicht als anstrengenswerte Lösung ansehen, denn es ist nicht bekannt, wie viele solcher Krisen die Menschheit mit ihren ständig wachsenden militärischen Möglichkeiten, sich selbst zu vernichten, noch übersteht.

9.4 Szenarium für eine friedliche Revolution durch eine Reihe von Reformen

Innerhalb der noch weitgehend funktionsfähigen kapitalistischen Gesellschaft müssen bestimmte **Voraussetzungen** bereits vorhanden sein bzw. geschaffen werden:

- * Es müssen bürgerlich-demokratische Verhältnisse bestehen, in denen sich linke Bewegungen und Parteien einigermaßen frei entwickeln und ihre Ideen in der Bevölkerung verbreiten können.
- * Vor der Verbreitung ihrer Ideen müssen diese zunächst ausgearbeitet werden. Diese Ausarbeitung sollte aber nicht in kleinen internen Kreisen erfolgen. Sie sollte offen sein für originelle Ideen aus allen humanistischen Strömungen und sollte auch bereits in der Phase der Ideenfindung auf andere Strömungen und die gesamte Bevölkerung ausstrahlen.²
- * Die linken Bewegungen müssen bürgernahe politische Strukturen aufbauen, z.B. Parteien aber auch außerparlamentarische Bewegungen, mit denen sie am politischen Tagesgeschehen teilnehmen. Das ist notwendig, damit sie Einfluß nehmen können auf die Schaffung notwendiger Voraussetzungen für den Transformationsprozeß, damit die Mitglieder der linken Bewegung Erfahrungen im professionellen politischen Handeln gewinnen, und damit die Bevölkerung die politische Kompetenz der Vertreter linker Bewegungen erkennt und Vertrauen zu ihrer Politik gewinnt.

Es ist davon auszugehen, daß eine sozialistische Marktwirtschaft nicht gleichzeitig auf der gesamten Welt errichtet wird. Deshalb sollten **weitere Voraussetzungen** vorhanden sein.

- * Es sollten weltweit die Prinzipien der friedlichen Koexistenz gelten und ein funktionsfähiges Weltsicherheitssystem existieren, welches in der Lage ist, dieses Prinzip auch durchzusetzen. Es sollten erprobte Deeskalationsstrategien existieren, damit kleinere Zwischenfälle nicht so schnell außer Kontrolle geraten. Ob die UNO derzeit willens und in der Lage ist, diese Anforderungen zu erfüllen, wage ich zu bezweifeln. Hier sind Reformen zu unterstützen bzw. anzuschließen.
- * Eine Aufteilung der Welt in relativ große und relativ klar getrennte politische und wirtschaftliche Einheiten könnte günstig sein, für lokal begrenzt Transformationsprozesse.³ Insbesondere für den ersten Versuch ist eine relativ große Einheit erforderlich, damit diese zeitweilig bis zu ihrer Konsolidierung relativ autark wirtschaften kann. Solche Einheiten in ausreichender Größe könnten z.B. sein ein vereinigte Europa, Nordamerika, Südamerika, Afrika, China, Indien gemeinsam mit Südostasien, Rußland oder besser noch die Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Japan dürfte trotz seiner großen Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft wegen zu geringer eigener natürlicher Ressourcen zu klein sein. Es ist aber nicht klar, ob in allen diesen Regionen der Entwicklungsstand der Produktivkräfte ausreichend ist, eine derartige politische und wirtschaftliche Transformation zu überstehen. Das dürfte z.B. noch nicht möglich sein in Afrika, in Südamerika, in Südostasien, evtl. auch in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, wegen des wirtschaftlichen Zusammenbruch während und nach der Perestroika. Auch in China könnte evtl. der Entwicklungsstand der Produktivkräfte noch zu gering sein. Außerdem bedürfte es für China besonderer Überlegungen für ein mögliches Szenarium, weil es zur Zeit noch staatssozialistische Strukturen hat und z.Z. unterwegs ist auf einem von oben geleiteten Weg in den Kapitalismus. Für China gibt es besondere Argumente für und wider die Annahme, daß es als erste Region einen neuen Sozialismusversuch wagen könnte, die noch ausführlicher untersucht werden müssen.
- * Eine weitere Voraussetzung für eine lokale Revolution sind einige klare internationale Regeln für die Nutzung wichtiger natürlicher Ressourcen, insbesondere solcher, die weltweit genutzt werden, wie z.B. die Atmosphäre, die Ozeane und Flüsse, die Energiegewinnung und Nutzung sowie ihre Umwelt belastenden Auswirkungen. Vielleicht ist es hier möglich, die Idee des Ressourcenmarktes wenigstens in einigen Hauptressourcen bereits international einzuführen und damit einen ersten Schritt in den weltweiten Einstieg in die Transformation der kapitalistischen Marktwirtschaft zu realisieren. Ein erster Anknüpfungspunkt sind z.B. die Verhandlungen zu den CO₂-Emissionsrechten. Hier ist aus linker Sicht klar zu machen, daß das ein positiver Ansatz ist, daß aber der Versuch der USA, sofort wieder nach kapitalistischer Manier damit zu handeln, kontraproduktiv ist. Die Vorstellungen zur Gestaltung der Nutzungsrechte an den natürlichen Ressourcen in einer sozialistischen Marktwirtschaft könnten hier bereits als Leitfaden für die Gestaltung der Emissionsrechte im Interesse einer weltweiten Verbesserung sozialer

² In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß linke Intellektuelle wieder mehr den Mut haben sollten, systematisch sozialistische Alternativen zu denken, auch wenn sich offenbar einige nach ihrem theoretischen Debakel durch den Untergang des Staatssozialismus wie gebrannte Kinder davor scheuen. Statt dessen sollten sie die Lehre daraus ziehen, daß gesellschaftswissenschaftliche Theorien, wie alle anderen Theorien auch, immer unvollständig sind und deshalb nicht zum Dogma oder zur Religion erhoben werden dürfen. Und diese Lehre sollten sie nie wieder vergessen.

³ Ich halte nichts von der Globalisierungseuphorie und halte die Globalisierung auch nicht für eine unvermeidbare Erscheinung.

Gerechtigkeit in die Diskussion eingebracht werden. Das ist ein Ansatzpunkt, wo durch linke Politik aktuell konkrete Verbesserungen befördert werden können und gleichzeitig sozialistische Ideen als Vorbereitung für den Transformationsprozeß unter Volk gebracht werden können.

Die Transformation von der kapitalistischen Marktwirtschaft zu einer sozialistischen Marktwirtschaft könnte dann in folgenden **Schritten** erfolgen

- * Transparenz in das Wirtschaftssystem bringen.
 - * Das Prinzip des Datenschutzes ist eigentlich gedacht für den Schutz des Individuums gegen die mächtigste gesellschaftliche Organisation, den Staat, und andere Organisationen, da diese sonst durch systematisches Sammeln von Individualdaten ein erhebliches leicht mißbrauchbares Herrschaftswissen erlangen. Für die Individuen ist das Datenschutzprinzip weitgehend ausgehöhlt. Da nach kapitalistischer Ideologie die gesellschaftliche Produktion in privateigenen Betrieben als Privatangelegenheit der Eigentümer angesehen wird, wird das Prinzip des Datenschutzes auch auf private Produktionseinheiten angewendet. Das ist ein Mißbrauch des Datenschutzprinzips und sollte abgeschafft werden.
 - * Die Erfassung statistischer Wirtschaftsdaten ist so umzugestalten bzw. zu ergänzen, daß die für die Umgestaltung des Wirtschaftssystems erforderlichen Daten in geeigneter Form zur Verfügung stehen.
 - * Das private Eigentum, welches für den individuellen Konsum gedacht ist und das private Eigentum, welches als Kapital in die Wirtschaft investiert ist oder werden soll, sind nachweisbar zu trennen.
- * Entflechtung der Wirtschaft, insbesondere die Eigentumsverhältnisse
 - * Es ist das Prinzip des rekursiven Eigentums abzuschaffen. Als rekursives Eigentum bezeichne ich hier die Möglichkeit, daß Wirtschaftseinheiten, wie Betriebe, Banken, Kapitalgesellschaften u.s.w., Eigentümer oder Teilhaber anderer Wirtschaftseinheiten sein können, und dieses beliebig oft wiederholbar ist. Auf diese Weise werden die Eigentumsverhältnisse hoffnungslos verschleiert.
 - * Ohne zunächst das kapitalistische Privateigentum abzuschaffen, ist folgendes direkte Eigentumsprinzip vorzuschreiben: Eine Privatperson kann an beliebig vielen Produktions- oder Dienstleistungsunternehmen direkte Anteile erwerben. Privatpersonen können aber auch ihr Vermögen durch eine oder mehrere Holding-Gesellschaften verwalten lassen, die dieses dann direkt in Produktions- oder Dienstleistungsunternehmen investieren. Verschiedene Holding-Gesellschaften können gemeinsam Unternehmen finanzieren. Holding-Gesellschaften dürfen sich nicht gegenseitig finanzieren oder Eigentumsrecht aneinander erwerben. Analoges gilt für Produktions- und Dienstleistungsunternehmen. Damit sollen transparente Eigentumsverhältnisse geschaffen werden, ohne die Möglichkeit der Kapitalkonzentration für Großprojekte zu behindern.
- * Schrittweise Einführung bzw. fortführen der Einführung des Ressourcenmarktes.
- * Einführung eines sozial abgesicherten Leistungslohnsystems (siehe Abschnitt 7.3.2 Arbeitsmarkt S.33 und ausführlicher in [7]). Dabei wird der leistungsunabhängige Mindestlohn, das Kindergeld und die Mindestrente aus einer Wertschöpfungsabgabe finanziert.
- * Schrittweise ersetzen der willkürlichen Preisfestlegung nach Angebot und Nachfrage durch Kostenpreise plus zentral vorgegebenen Gewinnanteilen. Als Übergangsregel könnte zunächst ein breit angelegtes Gewinnspektrum zulässig sein, das allmählich reduziert wird.
- * Einführung eines Rentensystems, welches gleichzeitig den Produktionsmittelstock finanziert. Gründung der Wirtschaftsvereine zur Verwaltung der Produktionsmittelanteile der Arbeiter. Evtl. können die o.g. Holding-Gesellschaften auch in solche Wirtschaftsvereine umgeformt werden.
- * Aushandeln von Modalitäten mit den bisherigen Kapitalisten, wie die großen privaten Produktionsmittelvermögen über einen längeren Zeitraum abgebaut werden, und wie sie evtl. noch ein oder zwei nachfolgende Generationen für ihre Kooperation entschädigt werden.

Das hier in groben Zügen angedachte Szenarium ist noch ausführlich zu diskutieren und weiter zu entwickeln. Das könnte eine Hauptaufgabe werden, um die sich die „Praktiker“ und die „Theoretiker“ linker Politik gemeinsam bemühen müssen, geeignete Lösungen zu finden, weil hier jeder aus seiner Sicht Erfahrungen einbringen kann.

10 Akteure der Transformation

10.1 Proletarier

Marx und Engels hielten die Klasse der Proletarier für die entscheidenden Akteure einer sozialistischen Revolution, obwohl sie als die wichtigsten Theoretiker dieser Bewegung nicht aus dieser Klasse stammten. Sie hatten dafür auch plausible Argumente: Die Arbeiter sind die hauptsächlich benachteiligten der kapitalistischen Gesellschaft und haben deshalb auch objektiv das größte Interesse an einer Veränderung. Sie sind die größte und ständig wachsende Klasse und durch ihre Konzentration in den großen Betrieben gut zu organisieren.

In den Ländern des Staatssozialismus hat das Proletariat offensichtlich seine „historische Mission“ nicht erfüllt. Daraus ergibt sich die Frage, wer die Akteure des zukünftigen Transformationsprozesses sein sollen.

Zunächst stellt sich die Frage, welche Rolle kann das Proletariat beim nächsten Sozialismusversuch übernehmen.

Die Zugehörigkeit zur Klasse der Proletarier ist definiert durch die Stellung zu den Produktionsmitteln, nämlich daß sie keine Produktionsmittel besitzen und deshalb ihr Einkommen durch Verkauf ihrer Arbeitskraft realisieren müssen.

Um das Für und Wider ihrer Aktivität im Transformationsprozeß zu diskutieren, ist es vielleicht günstig, die Klasse der Proletarier noch einmal in zwei Gruppen zu unterteilen. Die erste Gruppe sind die „einfachen“ Arbeiter, die keine oder meist nur eine Facharbeiterausbildung haben, relativ einfache Tätigkeiten ausführen und relativ wenig verdienen. Die zweite Gruppe sind die „besser verdienenden“ Arbeiter, die meist ein Studium absolviert haben, die eine anspruchsvolle fachliche Arbeit, z.B. Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, oder eine leitende Tätigkeit ausführen und dementsprechend besser verdienen. Diese sind zum großen Teil den Intellektuellen zuzurechnen.

Die beiden Gruppen kann man natürlich nicht exakt voneinander trennen, was auch nicht nötig ist. Sie gehen fließend ineinander über.

Für und Wider der „einfachen“ Arbeiter als Akteure der Transformation:

Dafür spricht, daß sie weiterhin die hauptsächlich Benachteiligten sind durch geringes Einkommen und Arbeitslosigkeit. Deshalb haben sie weiterhin ein dringendes objektives Interesse an einer sozialeren Gesellschaftsordnung, unabhängig davon, inwieweit sie das auch erkennen.

Dagegen spricht, daß es ihnen aufgrund ihrer meist geringeren Bildung schwerer fällt, über andere Gesellschaftsmodelle nachzudenken oder ihnen angebotene Lösungsvorschläge zu erfassen. Damit sind sie auch leicht für populistische Scheinlösungen, u.a. auch rechtsradikale, anfällig. Sich echte Lösungsangebote anzueignen, wird ihnen auch dadurch erschwert, daß sie sich durch ihr geringes Einkommen wesentlich intensiver um die Sicherung ihrer Existenz bemühen müssen. Aufgrund ihres geringen Einkommens sind sie stärker an kurzfristigen kleinen Verbesserungen als an längerfristigen Veränderungen der Gesellschaft interessiert. Die Art ihrer Tätigkeit ist oft auch nicht dazu angetan, ihre geistige Tätigkeit anzuregen und ihre Allgemeinbildung zu verbessern. Im Wettstreit der Ideologien mit Meinungsmanipulationen, Demagogie und populistischen Lösungsangeboten wird es ihnen nicht leicht gemacht.

Für und Wider der „besser verdienenden“ Arbeiter:

Dafür spricht, daß sie in der Regel eine bessere Ausbildung haben und die dazu notwendige Intelligenz. Die Anforderungen an die Ausbildung wachsen weiter, so daß sich die Ausbildung zukünftig noch weiter verbessern wird. Viele Aufgaben sind nicht mehr nur durch Fachidioten ausführbar, so daß auch in vielen Bereichen eine gute Allgemeinbildung erforderlich ist, bzw. diese Allgemeinbildung durch die Tätigkeit befördert wird. Damit sind sie besser in der Lage gesellschaftliche Defizite zu erkennen und sich eine eigene Meinung zu Lösungsangeboten zu machen. Durch günstigere Arbeitsbedingungen, mehr Freizeit und vorhandene Leistungsreserven sind sie eher in der Lage, an der Lösung gesellschaftlicher Probleme kreativ mitzuwirken.

Dagegen spricht, daß sie durch ihren höheren materiellen Lebensstandard und die Chance, im Kapitalismus ein erfülltes Leben zu realisieren, eher geneigt sind, diese Gesellschaftsordnung für die beste zu halten, oder wenn schon nicht für die beste, so doch für eine akzeptable.

Außerdem ist es leider oft nicht so, daß Menschen die auf einem Gebiet hervorragende Leistungen erbringen, auch auf anderen Gebieten in der Lage oder bereit sind, auf hohem Niveau über Probleme nachzudenken und sich Wissen anzueignen. Weiterhin wird die Ideologie des Kapitalismus von ihren Protagonisten stark in der Richtung geprägt, Wohlstand und ein erfülltes Leben mit einem maximalen

Konsum gleichzusetzen. Damit werden die „besser verdienenden“ Arbeiter dazu animiert und durch das Arbeitsregime in den Firmen teilweise auch dazu gezwungen, ihre gesamte Leistungsfähigkeit und Kreativität ihrer Lohnarbeit zu widmen und nicht auf andere „dumme Gedanken“ zu kommen.

Für beide Gruppen des Proletariats gibt es Gründe, die dafür und dagegen sprechen, daß sie Akteure werden im nächsten Versuch einen besseren Sozialismus aufzubauen. Es ist von keiner der beiden Gruppen zu erwarten, daß sie geschlossen für einen neuen Sozialismusversuch eintreten wird. Da die einzelnen Menschen unter gleichen objektiven Lebensbedingungen sehr unterschiedlich reagieren, ist zu erwarten, daß sich aus beiden Gruppen Arbeiter engagieren werden. Wie stark sie sich engagieren werden, hängt sicher auch stark davon ab, wie offensichtlich die Probleme werden. Es ist zu hoffen, daß sie nicht erst offensichtlich genug geworden sind, wenn die Katastrophe bereits eingetreten ist, oder kurz bevor steht, und der Lauf der Dinge nicht mehr abzuwenden ist.

10.2 Kapitalisten

Die Klasse der Kapitalisten ist aufgrund ihrer Vorteile, die sie im Kapitalismus genießen, kaum gewillt sich freiwillig einer Umgestaltung der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine sozialistische Marktwirtschaft anzuschließen. Solche Kapitalisten wie Friedrich Engels, die sich dieser Bewegung ohne Druck von Außen und nur einer intellektuellen Überzeugung folgend anschließen und maßgeblich fördern, werden wohl die Ausnahme bleiben.

Wie bereits im Abschnitt „Der vernünftige Weg“ ausgeführt, ist für eine friedliche Transformation mindestens die Toleranz eines wesentlichen Teils dieser Klasse erforderlich, und es wurden auch Argumente genannt, die diese Toleranz evtl. möglich macht. Die Argumente waren die Zwangsläufigkeit des Untergangs des Kapitalismus und die vernünftige Schlußfolgerung daraus, einen unvermeidbaren Prozeß lieber selbst mitzugestalten, als durch Widerstand irgendwann die Mitgestaltungschance zu verlieren und damit die eigene Existenz zu gefährden.

Für kleine Unternehmer gibt es ein weiteres Argument, der sozialistischen Marktwirtschaft aufgeschlossen gegenüberzustehen. Sie sind als Betriebsleiter gleichzeitig ihr wichtigster Angestellter und betreiben meist Selbstausbeutung, um aus ihrem Arbeitseinkommen nicht nur ihren Unterhalt zu bestreiten, sondern um außerdem möglichst noch einen Teil davon zur Kapitalakkumulation abzuzweigen, weil sie in der Regel an zu wenig Eigenkapital leiden und die Gewinne aus dem Eigentum für die Akkumulation nicht ausreichen. In einer sozialistischen Marktwirtschaft, dürfte der größte Teil dieser Unternehmer die Chance haben, weiterhin als Betriebsleiter dieser Betriebe ein überdurchschnittliches Einkommen zu erzielen. Da in einer sozialistischen Marktwirtschaft, bei Schaffung neuer Arbeitsplätze, diese ohne Eigenkapital aus den Produktionsmittelfonds der neuen Angestellten relativ problemlos finanziert werden können, und bei Rückgang des Bedarfs und dementsprechendem Arbeitsplatzabbau in dieser Branche dieses planmäßig wieder zurückgeführt werden kann, dürfte für den Betriebsleiter und ehemaligen Eigentümer eine Betriebserweiterung auf optimale Größe, eine Neugründung oder auch eine Betriebsaufgabe oder Übergabe an einen Nachfolger wesentlich unproblematischer sein. Während sich heute die kleinen Unternehmer abplacken, um ihren Nachkommen eine möglichst große Firma zu hinterlassen, damit es denen einmal besser geht als ihnen selbst, auch wenn das sehr ungewiß ist, könnten sie in einer sozialistischen Marktwirtschaft, den Lohn ihres Fleißes im wesentlichen selbst genießen und ihre Nachkommen haben die gleiche Chance, wenn sie ebenfalls so fähig und fleißig sind, unabhängig vom Erfolg der Eltern. Diese Argumente sollten genutzt werden, um auch kleine Unternehmer für das Projekt sozialistische Marktwirtschaft zu interessieren. Ein Anknüpfungspunkt ist der PDS-nahe Unternehmerverband.

10.3 Intellektuelle aus allen Schichten

Intelligente Menschen (nachfolgend Intellektuelle genannt) sind keine besondere Klasse oder eindeutig abgrenzbare Gruppe innerhalb der Gesellschaft. Es gibt sie in allen Klassen oder Menschengruppen, wenn auch nicht ganz gleichmäßig verteilt. Intelligenz ist keine Eigenschaft, die man hat oder nicht hat. Alle Menschen sind mehr oder weniger intelligent, in quantitativ und qualitativ sehr unterschiedlicher Ausprägung. Grob gesagt, ist ein Intellektueller gegenüber einem weniger intelligenten Menschen in der Regel besser in der Lage theoretische Probleme zu erkennen und Lösungen dafür zu finden.

Eine sozialistische Gesellschaft ist, wie vermutlich alle höheren Gesellschaftsordnungen nach der kapitalistischen, eine künstliche Gesellschaftsordnung. D.h. sie entsteht nicht spontan, wie der Kapitalismus und alle vorhergehenden, sondern zuerst muß ein Konzept im Bewußtsein einer ausreichenden Anzahl Menschen entstehen, damit es danach bei entsprechenden objektiven Voraussetzungen umgesetzt werden kann. Aus dieser Sicht spielen die Intellektuellen für die

Transformation eine besondere Rolle, weil die Initiative dazu zwangsläufig als absichtlicher gesellschaftliche Prozeß über das Bewußtsein gehen muß. Deshalb haben die Intellektuellen der Gesellschaft die Aufgabe die Transformation theoretisch vorzudenken, sich über ihre verschiedenen Ansichten gegenseitig zu informieren, zu streiten und in grundsätzlichen Dingen auch zu einigen. Sie haben die Aufgabe, ihre Ideen in die gesamte Bevölkerung zu tragen und damit ihre Theorien zu einer „materiellen Gewalt“ werden zu lassen. Wenn ihnen das gelingt mit den Ideen von einer sozialistischen Marktwirtschaft, dann haben sie die subjektiven Voraussetzungen für die Transformation des Kapitalismus erzeugt.

Da Intellektuelle aufgrund ihrer geistigen Fähigkeiten leichter in der Lage sind, sich über ideologische Schranken hinwegzusetzen und es Intellektuelle in allen Klassen und Gruppen der Gesellschaft gibt, ist es auch besonders ihre Aufgabe, sich über die Klassen- und Gruppengrenzen hinweg zu verständigen. Auf diese Weise hoffe ich, daß es möglich ist, einen ausreichend großen Anteil Kapitalisten, insbesondere Intellektuelle aus dieser Klasse, zur Kooperation oder mindestens zu Toleranz gegenüber der Transformation des Kapitalismus in eine sozialistische Marktwirtschaft zu veranlassen. Ich weiß aber auch, daß das ziemlich utopisch klingt, wenn man die aktuelle Politik der heute Herrschenden beobachtet.

10.4 Ossis⁴

Früher habe ich meinen Vater beneidet, daß er zwei Gesellschaftsordnungen bewußt erlebt hat, und ich habe mir gewünscht, mal ein Jahr in einem kapitalistischen Betrieb ein Praktikum zu machen. Was vor der Wende ein unrealistischer Wunsch war, ist inzwischen für alle nicht ganz jungen Ossis Selbstverständlichkeit. Das ist eine wertvolle, wenn auch für manchen bittere Erfahrung, die wir den Wessis voraus haben. Diese Erfahrung haben inzwischen mehr oder weniger auch die Bürger der anderen ehemaligen sozialistischen Länder gemacht. Wir ehemaligen DDR-Bürger haben dabei aber einen Vorteil. Durch den Beitritt zur größeren Bundesrepublik sind wir sehr kurzfristig mit einem ausgereiften noch weitgehend intakten Kapitalismus konfrontiert worden.

Die Frage ist, in welchem Maße ist zu erwarten, daß die Ossis und auch die anderen Bürger der ehemaligen sozialistischen Länder durch diese Erfahrung zu Akteuren für einen nächsten Sozialismusversuch werden.

Dafür spricht ihre Erfahrung mit zwei Gesellschaftsordnungen, so daß sie die konkreten Vor- und Nachteile beider Systeme im Detail erlebt haben. Diese Erfahrung dürfte die Hemmschwelle für die Bereitschaft zu einem neuen Versuch verringern.

Außerdem spricht dafür, daß sie eigentlich alle durch ihre Schulbildung mit dem Marxismus einigermaßen vertraut sein müßten, der nach meiner Meinung weiterhin die beste verfügbare theoretische Grundlage ist, gesellschaftliche Prozesse zu verstehen. Dafür spricht auch, daß sich die Bevölkerung mit ihren sozialistischen Erfahrungen nach der Restauration kapitalistischer Verhältnisse in allen Klassen und Gruppen der Gesellschaft wiederfindet. Dabei haben junge Intellektuelle günstigere Chancen sich in der Klasse der Kapitalisten zu etablieren. Auch wenn diese sich zunächst vom Sozialismus abgewandt haben, sehe ich hier ein wichtiges Potential, um zukünftig auch in Kapitalistenkreisen ein Verständnis für sozialistische Ideen zu gewinnen.

Dagegen spricht, daß empirische Erfahrungen allein nicht ausreichen. Eine Gesellschaftsordnung läßt sich nicht dadurch begreifen, daß man nur ihre konkret erlebten Vorteile gegen ihre konkret erlebten Nachteile aufrechnet. Es bedarf einer theoretischen Verallgemeinerung. Außerdem ist leider festzustellen, daß es ein großer Teil der Ossis verstanden hat, den Marxismus nicht zur Kenntnis zu nehmen, obwohl oder weil versucht wurde, ihnen diese Lehre aufzudrängen.

Es ist natürlich auch zu berücksichtigen, daß ein Teil der Bevölkerung im Staatssozialismus durch Arroganz, Dummheit und Selbstherrlichkeit der herrschenden Politikerkaste und ihres Machtapparates gewaltig drangsaliert wurde, so daß sie verständlicher Weise von Sozialismus nichts mehr wissen wollen. Andererseits ist auch diese Tatsache zu relativieren, denn von den Repressionen waren auch in großem Maß überzeugte Sozialisten betroffen, und ein großer Teil von ihnen hat trotzdem seine Überzeugung nicht aufgegeben, sondern ist weiterhin bereit, für einen besseren Sozialismus einzutreten.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß die persönlichen Erfahrungen aus zwei Gesellschaftsordnungen die Bürger der ehemaligen sozialistischen Staaten nicht zwangsläufig zu Akteuren des nächsten Sozialismusversuchs machen, daß aber daraus ein erhebliches Potential zu erwarten ist. Insofern gibt es jetzt, nach den Jahrzehnten der Existenz eines staatssozialistischen

⁴ Gemeint sind ehemalige DDR-Bürger.

Lagers, eine wesentlich bessere Chance für die Einführung eines demokratischen Sozialismus auf friedlichem Wege, als vor der Oktoberrevolution 1917.

10.5 Weitere mögliche Akteure

In der modernen kapitalistischen Gesellschaft mit ihren bürgerlichen Freiheiten haben sich verschiedene Organisationen und Bewegungen entwickelt, die mehr oder weniger auch soziale und demokratische Verbesserungen zum Ziel haben. Außerdem gibt es eine Reihe von Organisationen, die als Interessenvertreter bestimmter größerer Bevölkerungsgruppen auftreten. Auch wenn diese Organisationen und Bewegungen meist keine fundamentale Kapitalismuskritik üben, versammeln sich in diesen Organisationen Menschen, die einerseits mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden sind und andererseits bereit sind, für Veränderungen etwas zu tun. Damit stellen sie ein wichtiges Potential für eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaft dar, die es einzubeziehen gilt. Dazu gehören z.B. Gewerkschaften, Friedensbewegungen und Pazifisten, Frauenbewegungen, Schwulen- und Lesbenbewegungen, Menschenrechtsorganisationen, Organisationen sozial engagierter Christen, Umweltschutzorganisationen, Vereine kritischer Aktionäre, karitative Organisationen, wie der Behindertenverband, die Volkssolidarität, Ärzte ohne Grenzen und viele andere, und Interessenvertretungsvereine, wie der Mieterbund oder Verbraucherschutzorganisationen.

Was spricht dafür und dagegen, daß diese Organisationen und/oder Vertreter dieser Organisationen die Transformation des Kapitalismus in Richtung einer sozialistischen Alternative mit vorantreiben werden?

Dafür spricht, daß sich in diesen Organisationen die kritischen und aktiven Menschen zusammenfinden. Bei ihren praktischen Versuchen Veränderungen zu bewirken, stoßen sie an Grenzen des kapitalistischen Systems. Das wird ihre Bereitschaft erhöhen, die kapitalistische Gesellschaft grundsätzlich in Frage zu stellen und nach gesellschaftlichen Alternativen zu suchen.

Diese Bewegungen können eine Bereicherung der sozialistischen Bewegung darstellen, indem die Vertreter dieser verschiedenen Bewegungen aufgrund ihres unterschiedlichen Herangehens an die Probleme unterschiedliche kreative Ideen entwickeln, die eine Bereicherung darstellen können. Durch ihre konkreten und überschaubaren Ziele, die sich diese Organisationen und Bewegungen stellen, erreichen sie einen größeren Kreis der Bevölkerung, nämlich den, der im täglichen Leben mit diesen konkreten Problemen aktuell konfrontiert ist.

Dagegen spricht, daß das gesellschaftliche Problem, welchem sich die jeweilige Organisation widmet, oft nur isoliert gesehen wird und nicht die Bereitschaft besteht, dieses im Kontext der prinzipiellen Probleme der kapitalistischen Gesellschaft zu sehen. Die Prinzipien der kapitalistischen Gesellschaft sind oft so stark als einzig mögliche verinnerlicht, daß es schwerfällt, Lösungen jenseits dieser ideologischen Schranken zu suchen. Je weiter man sich von althergebrachten Ansichten und Denkweisen entfernt, um so komplexer werden die Probleme, die zu bedenken sind. Davor schrecken viele Menschen zurück und beschreiten lieber den Weg kleiner Schritte, sowohl auf gedanklichem als auch auf praktischem Gebiet. Manche kleine praktische Schritte, bedürfen aber vorher großer gedanklicher Schritte, um in die richtige Richtung zu führen.

Jede Organisation oder Bewegung, die etwas bewegen will, benötigt einen Apparat, der aus Menschen besteht, von denen die einflußreichsten mit dieser Arbeit teilweise oder vollständig ihren Lebensunterhalt bestreiten. Je länger eine Organisation besteht, um so größer ist die Gefahr, daß sich dieser Apparat in den bestehenden Verhältnissen eingerichtet hat und das Risiko scheut, weiter kreativ nach echten neuen Lösungen zu suchen.⁵

Mir ist schon oft die Ansicht begegnet, daß in einer (bürgerlichen) Demokratie jeder nur seine eigenen Interessen konsequent vertreten muß und dann durch Mehrheiten vernünftige gesamtgesellschaftliche Entscheidungen zustande kommen. Diese Ideologie eines Gruppenegoismus scheinen sich auch manche Organisationen zu eigen zu machen. Dadurch verkommen ihre ursprünglich vernünftigen Ziele zu kleinkariertem Politik für ein bestimmtes Klientel. Mit solchen Organisationen ist es schwierig, in fairer Kooperation echte gesellschaftliche Probleme zu lösen.

Zum Umgang mit diesen Organisationen und Bewegungen:

Sozialistische Parteien und Bewegungen dürfen potentielle Partner nicht als Wasserträger ihrer Politik ansehen, indem sie z.B. versuchen diese zu missionieren, damit sie als Rädchen im großen gesellschaftlichen Transformationsprozeß unter der Leitung der Partei funktionieren.

Statt dessen muß man sie als gleichberechtigte Partner behandeln und davon ausgehen, daß auch die anderen, so wie wir, ehrlich nach Lösungen suchen und keiner ein Patentrezept hat. D.h. wir

⁵ Von dieser Gefahr sind auch originär sozialistische Parteien und Bewegungen nicht frei.

nehmen ihre Lösungsvorschläge interessiert und kritisch zu Kenntnis und versuchen damit unsere eigenen Ansichten weiter zu entwickeln. Dafür bieten wir ihnen unsere Lösungsvorschläge zur kritischen Prüfung an, in der Hoffnung, daß sie mit unseren Vorschlägen ebenso verfahren. Je ausgereifter unsere Lösungsvorschläge sind und je professioneller wir sie präsentieren, um so größer sind auch die Chancen, daß sie von anderen angenommen werden. Das ist und bleibt ein beschwerlicher Weg.

10.6 Keine neue „Avantgarde“

Indem den Intellektuellen eine besondere Rolle in der theoretische Vorbereitung der Transformation zugeschrieben wird, möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß damit nicht eine neue Avantgarde ausgemacht wurde, die die Führung zu übernehmen habe, um den „dummen Rest“ zu seinem Glück zu zwingen. Nur wenn es gelingt, die Mehrheit der gesamten Bevölkerung von der sozialistischen Marktwirtschaft zu überzeugen, wird es gelingen einen Transformationsprozeß zu organisieren, der weitgehend friedlich verläuft und anschließend realistische Aussichten hat, zu einer stabilen demokratischen politischen Kultur zu führen. In diesem Zusammenhang will ich auch noch einmal hervorheben, daß der überwiegende Teil der Arbeiterklasse begreifen muß, daß es eine plausible Alternative zum Kapitalismus gibt; daß die Arbeiterklasse klar macht, daß sie nicht mehr bereit ist, die bestehende Gesellschaftsordnung zu akzeptieren. Das wird den für Kapitalisten sehr schweren Erkenntnisprozeß, daß auch sie beim Weiterbestehen des Kapitalismus nur verlieren, wesentlich unterstützen.

Die Intellektuellen wiederum, insbesondere der intellektuelle Teil der Arbeiterklasse, muß die „einfachen“ Arbeitern bei ihrer Meinungsbildung unterstützen. Dafür ist eine stärkere Präsenz linker Intellektueller in den Massenmedien erforderlich.

11 Schlußfolgerungen für aktuelle linke Politik

11.1 Sozialistische oder sozialdemokratische Politik der PDS ?

Die Einführung einer sozialistischen Marktwirtschaft steht heute nicht auf der Tagesordnung. Linke Tagespolitik besteht heute darin, innerhalb der bestehenden kapitalistischen Marktwirtschaft, für die Menschen, insbesondere für die sozial benachteiligten, konkrete, wenn auch oft nur geringe Verbesserungen zu erreichen und mindestens zu versuchen, die bereits erstrittenen sozialen Errungenschaften zu erhalten.

Insofern halte ich die aktuelle Politik der PDS für grundsätzlich richtig, auch wenn diese einer traditionellen sozialdemokratischen Politik entspricht.⁶

Was aber unterscheidet dann sozialdemokratische Politik und Politik demokratischer Sozialisten von einander? Sozialdemokraten und demokratische Sozialisten wollen eine demokratische Gesellschaftsordnung mit sozialer Gerechtigkeit. Die Sozialdemokraten glauben aber, daß diese Gesellschaftsordnung eine kapitalistische Marktwirtschaft sein kann, in der durch starke linke Kräfte und staatliche Regulation die soziale Ungerechtigkeit eines ungehemmten Kapitalismus soweit eingedämmt werden kann, daß eine sogenannte „soziale“ Marktwirtschaft möglich ist, ohne das Prinzip des Kapitalismus, also das Privateigentum an den Produktionsmitteln, prinzipiell zu verändern.

Das ist nach meiner Ansicht nicht dauerhaft möglich. Deshalb bin ich der Meinung, daß demokratische Sozialisten einen demokratischen Sozialismus anstreben müssen, der gegenüber dem Kapitalismus eine neue Qualität hat, u.a. nämlich andere Eigentumsverhältnisse. In der PDS gibt es sicher noch einige Genossen, die sich für demokratische Sozialisten halten, aber trotzdem glauben, daß eine „soziale“ Marktwirtschaft kapitalistischer Prägung möglich ist, also nach meinem Verständnis eigentlich Sozialdemokraten sind. Außerdem vermute ich, daß ein weiterer Teil der Mitglieder zu diesem Punkt noch keine eigene Meinung hat.

Deswegen sollte aber den Sozialdemokraten innerhalb der PDS nicht nahegelegt werden, die PDS zu verlassen. Wenn es gelingen soll, einen demokratischen Sozialismus einzuführen, z.B. in der von mir vorgeschlagenen Form einer sozialistischen Marktwirtschaft, dann müssen sich noch eine große Anzahl Sozialdemokraten auch innerhalb der SPD von der Notwendigkeit eines demokratischen Sozialismus überzeugen. Für Sozialdemokraten innerhalb der PDS dürfte es aber leichter sein, zu dieser Überzeugung zu gelangen, wenn ihnen demokratische Sozialisten in fairer Debatte ihre begründete Gegenmeinung anbieten.

⁶ Die aktuelle Politik des SPD ist leider keine traditionelle sozialdemokratische Politik mehr.

Die Debatte um die Überarbeitung des Parteiprogramms der PDS zeigt übrigens, daß es hier noch viel Klärungsbedarf gibt und daß eigentlich noch nicht entschieden ist, ob die Sozialdemokraten in der PDS vielleicht doch noch die Mehrheit gewinnen und die PDS zu einer sozialdemokratischen Partei links neben der SPD wird. Ich würde das bedauern.

Leider ist die Argumentation der Sprecher der kommunistischen Plattform in dieser Diskussion nicht sehr hilfreich, weil sie darauf besteht, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft werden muß, was ich zwar für prinzipiell richtig halte, aber dabei keine substantiell neuen Ideen einbringt, wie das erfolgen soll, ohne in das Dilemma des Staatssozialismus mit dem undemokratischen Staatseigentum an den Produktionsmitteln zurückzufallen. Ich hoffe deshalb mit meinem Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft, durch die neuen Ideen eine plausible und bereits recht konkrete Alternative vorzulegen, mit der sich auch sozialdemokratische Gemüter anfreunden könnten.

Auf jeden Fall muß die Diskussion in der PDS über die sozialistische oder sozialdemokratische Ausrichtung in fairer Weise weiter gehen, selbst dann, wenn sich für eine Richtung eine Mehrheit abzeichnet. Diese Diskussion sollte nicht durch einen möglicherweise knappen Mehrheitsbeschluß auf einem Parteitag entschieden werden. Diese Diskussion ist beendet, wenn sich ein Beschluß dazu erübrigt, weil allgemein Konsens zu dieser Frage entstanden ist, wie auch immer das Resultat lautet.

11.2 Neben der Tagespolitik das Konzept eines demokratischen Sozialismus vordenken und die Ideen in die gesamte Gesellschaft hineintragen

Wie oben bereits ausgeführt wurde, ist Sozialismus eine Gesellschaftsordnung, die nur durch bewußte politische Veränderungen entsteht und sich nicht spontan aus einer herangereiften Situation entwickelt. Deshalb darf theoretische Arbeit in der linken Politik nicht unterschätzt werden, was nach meiner Wahrnehmung in der PDS leider noch der Fall ist.

Die Tagespolitik wird stets den Hauptanteil der politischen Aktivitäten binden. Trotzdem muß es gelingen, parallel dazu strategische theoretische Arbeit zu leisten, also linke gesellschaftswissenschaftliche Forschungs- und Bildungsarbeit. Wenn es innerhalb der PDS gelingen sollte, ca. 90% der Aktivitäten für Tagespolitik und ca. 10% für strategische theoretische Arbeit zu mobilisieren, würde ich das für ein gesundes Verhältnis halten. Sicher können hier die parteinahen Stiftungen einige Verbesserungen bringen.

Da linke Ideen und erfolgreiche linke Politik nicht nur Sache einer oder mehrerer linker Parteien sein kann und die Ideen ohnehin in alle Klassen und Gruppen der Bevölkerung getragen werden müssen, ist es sinnvoll im gesamten gesellschaftswissenschaftlichen Potential, insbesondere an den Hochschulen, Partner für eine Mitarbeit an der Erarbeitung gesellschaftlicher Alternativen zum Kapitalismus zu gewinnen.

Es wird immer Genossen geben, die entweder mehr zur Arbeit in der Tagespolitik oder mehr zur Arbeit auf theoretischem Gebiet neigen. Da jede Aufgabe für sich meist mehr Zeit und Kraft abverlangt, als ein einzelner leisten kann, insbesondere bei den ehrenamtlichen Funktionen, ergibt es sich automatisch, daß eine gewisse Tendenz zur Teilung in Theoretiker und Praktiker entsteht. Deshalb ist bewußt darauf zu achten, daß innerhalb der Partei zwischen diesen Gruppen ein Verhältnis der gegenseitigen Achtung und des Respekts vor der Leistung der anderen erhalten bleibt. Anlaß zu Mißverständnissen und Irritationen gibt es genug. So sind die Theoretiker leicht geneigt, die Praktiker für prinzipienlose Pragmatiker zu halten, die bei ihren Kompromissen das große Ziel aus den Augen verlieren. Die Praktiker neigen dagegen leicht dazu, die Theoretiker für abgehoben und weltfremd zu halten und fragen sich manchmal, ob die ganze Theorie überhaupt etwas nützt, denn wenn die Praktiker in schwierigen tagespolitischen Fragen von den Theoretikern Hilfe erhoffen, kommt meist wenig konkretes und sie müssen weiter improvisieren.

Wegen der berechtigten Befürchtung, daß langjährige Amtszeiten der Berufsfunktionäre die innerparteiliche Demokratie beschädigen können, gibt es auch in der PDS Festlegungen zu Begrenzung von Amtszeiten. An dieser Stelle möchte ich mich nicht in die übliche Diskussion des Für und Wider einer Amtszeitbegrenzung per Statut einmischen. Ich möchte nur auf einen bisher wenig beachteten Aspekt einer Rotation in den Funktionen aufmerksam machen: Partei- und parlamentarische Funktionen sind meist in der Tagespolitik angesiedelt und lassen wenig Zeit für das Nachdenken über langfristige Probleme. Deshalb tritt bei langen Amtszeiten ein strategisches Defizit auf. Deshalb sollten wir darüber nachdenken, wie durch möglichst freiwillige Amtszeitbegrenzungen insbesondere unsere Berufsfunktionäre Zeiträume gewinnen, in denen sie mit den Erfahrungen aus ihrer Amtszeit neu über langfristige theoretische Fragen nachdenken können. In diesem Sinne hoffe ich, daß die beiden herausragenden Persönlichkeiten der PDS Lothar Bisky und Gregor Gysi mit

ihrem Rücktritt in diese Richtung ein gutes Beispiel abgeben, und sich in nächster Zeit ohne Zeitdruck mit strategischen Fragen linker Politik befassen. Wir sollten sie aber nicht durch eine zu große Erwartungshaltung und Hoffnung auf kurzfristige Resultate unter Druck setzen. Kreativität braucht Zeit.

11.3 In der Tagespolitik die Voraussetzungen für die Transformation schaffen

Entsprechend dem in Abschnitt 9.4 angegebenen anzustrebenden Szenarium einer friedlichen Revolution und den bereits oben gemachten Überlegungen ergeben sich folgende politische Schwerpunkte:

1. Eintreten für ein wirksames internationales System der Friedenssicherung und für das Prinzip der friedlichen Koexistenz.
2. Eintreten für den Erhalt und für die Verbesserung bürgerlich-demokratischer Grundrechte.
3. Eintreten für mehr Demokratie und möglichst hohe soziale Standards im zukünftigen vereinten Europa.
4. Eintreten für verbindliche internationale Verträge zu Begrenzung des Ressourcenverbrauchs und für eine gerechte Verteilung der Nutzungsrechte an den weltweiten natürlichen Ressourcen.
5. Schaffung bzw. Ausbau linker politischer Strukturen, die in politischer Tagesarbeit Professionalität erlangen und das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen.
6. Förderung gesellschaftswissenschaftlicher Forschung und politischer Bildung.

Die Grundsätze 1 bis 4 sind nicht nur eine Voraussetzung, um daraus den Übergang zu einer sozialistischen Marktwirtschaft vorzubereiten. Sie sind auch eine Voraussetzung dafür, die noch existierende kapitalistische Marktwirtschaft einigermaßen erträglich und funktionsfähig zu halten. Damit könnte man annehmen, daß sie für die sozialistische Bewegung zweischneidig sind, weil sie das bestehende System auch stabilisieren.

Das gilt aber nur mit Einschränkungen. So sehr sich auch Sozialisten einen demokratischen Sozialismus als neue Gesellschaftsordnung wünschen, sollten sie alles unterlassen, was die kapitalistische Gesellschaftsordnung instabil macht, denn die ist von sich aus schon instabil genug. So lange die Mehrheit der Bevölkerung noch nicht dafür ist, einen demokratischen Sozialismus aufzubauen, ist es besser, die alte kapitalistische Marktwirtschaft tut noch einigermaßen ihren Dienst und das mit möglichst demokratischen Strukturen.

Die linke Bewegung ist zur Zeit nicht die stärkste politische Kraft. Deshalb ist sie auch nicht in der Lage allein die politische Praxis zu bestimmen. Die o.g. Regeln, die auch die politischen Verhältnisse innerhalb des Kapitalismus stabilisieren, haben die Chance in dieser Gesellschaft mehrheitsfähig zu sein. Das ist ein Chance für linke Politik, so daß die Vorteile im wesentlichen überwiegen.

Nachfolgend noch einige Erläuterungen zu den politischen Schwerpunkten:

Zu 1. Eintreten für ein wirksames internationales System der Friedenssicherung und für das Prinzip der friedlichen Koexistenz.

Diese Forderung ist für eine Transformation insbesondere deshalb wichtig, weil davon auszugehen ist, daß sich die Möglichkeiten einer Revolution nicht weltweit gleichmäßig entwickeln wird. Durch eine feste Verankerung von Friedenspolitik in den internationalen Beziehungen, könnte eine regional begrenzte Transformation erfolgen, da nur so zwei nicht unbedingt sympathisierende Systeme parallel existieren können. Insofern hat das von Lenin propagierte Prinzip der friedliche Koexistenz weiterhin grundsätzliche Bedeutung.

Dieses Prinzip sollte aber auch als universelles Prinzip verstanden werden, so daß es nicht nur gelten soll zwischen einem sozialistischen und einem kapitalistischen Lager, denn falls kapitalistische Staaten untereinander wieder Krieg führen, ist das weder gut für die menschliche Gesellschaft überhaupt, noch für die Entwicklungsmöglichkeiten einer demokratischen und friedlichen linken Bewegung.

Es muß eine internationale Toleranz für gesellschaftliche Entwicklungen in verschiedene Richtungen entstehen, denn wenn wir es ernst meinen, mit der These, daß die gesellschaftliche Entwicklung nicht linear verläuft, sondern offen ist für verschiedene Richtungen, dann müssen wir auch dafür eintreten, daß verschiedene Richtungen zugelassen werden, die in einen friedlichen Wettstreit treten. Wieviel parallele Entwicklungsrichtungen auf unserer „kleiner werdenden“ Erde zukünftig noch möglich sein werden, muß die Zukunft zeigen

Was allerdings nicht zugelassen werden darf, sind regionale Entwicklungen aggressiver Strukturen, die andere Regionen bedrohen. An dieser Stelle hört die Toleranz auf.

Die aktuellen internationalen Strukturen, wie die UNO, sind heute noch nicht dazu in der Lage, diese Aufgabe zuverlässig zu erfüllen. Es darf nicht sein, daß sich eine Nation, wie die USA, oder eine Organisation, wie die NATO, als Weltgendarm aufspielt und im Namen der Humanität den Krieg wieder zum legitimen politischen Mittel macht. Nur eine starke Weltorganisation, die aber keine Weltregierung sein soll, darf über ein Beschlußmonopol für militärische Maßnahmen als letztes Mittel und nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen verfügen. Die militärischen Kräfte sollten dabei aber weiterhin dezentral unter nationalen Hoheiten bereitgehalten werden. Nach einer radikalen internationalen Abrüstung wäre es auch denkbar, daß der Rest des notwendigen verbleibenden internationalen Gewaltpotentials sich auf Polizeikräfte beschränken konnte. Ansonsten dürften in einem ernsthaft auf Frieden orientierten internationalen Klima in der Regel politische (nicht militärische) und wirtschaftliche Maßnahmen ausreichen, um lokalen aggressiven Entwicklungen vorzubeugen.

Zu 2. Eintreten für den Erhalt und für die Verbesserung bürgerlich-demokratischer Grundrechte.

Sollte die kapitalistische Gesellschaft z.B. in faschistische Strukturen oder andere intolerante Formen zurückfallen, dürfte es schwer sein, linke politische Strukturen zu entwickeln.

Indem die linke Bewegung bürgerlich-demokratische Rechte nutzt, um sich zu formieren, muß sie auch wiederholt und unmißverständlich klar machen, daß sie diese nicht dazu benutzen wird, um selbst irgendwann wieder diktatorische Verhältnisse einzuführen. Das schließt auch ein, daß Sozialisten bei Versagen ihres Systems bereit sind, gewaltlos wieder abzutreten. Daß sie dazu in der Lage waren, haben sie bereits mit der friedlichen Wende 1989 in der DDR und auch in anderen Ländern gezeigt. Die Kapitalisten müssen erst noch beweisen, ob sie bei einer eindeutigen Mehrheit der Bevölkerung für eine sozialistische Gesellschaftsordnung in der Lage sind, friedlich abzutreten. Schon oft haben sie das Gegenteil bewiesen.

Zu 3. Eintreten für mehr Demokratie und möglichst hohe soziale Standards im zukünftigen vereinten Europa.

Die treibenden Kräfte der Vereinigung Europas sind in erster Linie Vertreter europäischer Konzerne, die sich davon ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zur Verbesserung ihrer Kapitalverwertung versprechen und außerdem ein wirtschaftlich starkes Gegengewicht gegen die Vormachtstellung der USA. Dementsprechend sind auch die politischen Schwerpunkte dieses Prozesses gewählt, nämlich eine einheitliche starke Währung und der Abbau von Hindernissen im Waren und Kapitaltransfer. Dagegen sind Fragen der Angleichung sozialer Standards und der Bildung gesamteuropäischer demokratischer Strukturen unterbelichtet. Für linke Politiker besteht nun die Frage, ob sie diesen Prozeß ablehnen oder mit einer anderen Schwerpunktsetzung unterstützen sollen. Unter dem Gesichtspunkt, daß Europa eine Region ist mit einem hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte und mit praktischen sozialistischen Erfahrungen, könnte diese Region als erste für den nächsten Sozialismusversuch in Frage kommen. Als wirtschaftliche und politische Einheit hätte dann ein vereinigtes Europa wahrscheinlich eine ausreichende Größe, um diesen Prozeß wenigstens zeitweilig allein durchzustehen und für nachfolgende eine Vorreiterrolle zu spielen. Aus diesem Grund sollte die Vereinigung Europas prinzipiell unterstützt werden, aber mit anderen Schwerpunkten.

Zu 4. Eintreten für verbindliche internationale Verträge zur Begrenzung des Ressourcenverbrauchs und für eine gerechte Verteilung der Nutzungsrechte an den weltweiten natürlichen Ressourcen.

Verstärkter Naturschutz ist grundsätzlich eine dringende gesellschaftliche Aufgabe, egal welches Gesellschaftssystem herrscht und muß schon deswegen unterstützt werden.

Eine sozialistische Marktwirtschaft muß grundsätzlich und von Anfang an für den Schutz der Natur und Sparsamkeit in der Ressourcennutzung eintreten, weil sie sonst ihre Glaubwürdigkeit verliert. Wenn sich in der Phase paralleler Existenz verschiedener Systeme ein System nicht wenigstens an einige Grundregeln des Naturschutzes hält und sich damit kurzfristig erhebliche wirtschaftliche Vorteile verschafft, wird der Wettbewerb der Systeme stark verzerrt. Außerdem profitiert das umweltzerstörende System von den Einsparungen des umweltschützenden Systems, besonders bei den Ressourcen, die überregional nutzbar sind.

Die Notwendigkeit des Naturschutzes hat inzwischen in der Öffentlichkeit eine erhebliche Akzeptanz. Das Einbringen der Idee eines Ressourcenmarktes mit eigener Währung und Nutzungsrechten für alle könnte ein Vorschlag sein, der Akzeptanz findet bei vielen, die noch nicht Anhänger sozialistischer Ideen sind. So könnten sozialistische Ideen wieder an Attraktivität gewinnen. Sollte es gelingen für einige wichtige Ressourcen diese Idee auch schon wenigstens teilweise zu verwirklichen, wäre das ein erster Schritt in Richtung Transformation.

Zu 5. Schaffung linker politischer Strukturen, die in politischer Tagesarbeit Professionalität erlangen und das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen.

Es bleibt das Problem, daß sich unter länger andauernden bürgerlich-demokratischen Verhältnissen zwar politisch starke linke Strukturen etablieren, aber dieser Apparat aufgrund der lange andauernden sozialdemokratischen Tagespolitik in seinem Willen erschlafft, tatsächlich eine neue gesellschaftliche Qualität zu realisieren. Diesen Weg sind die heutigen sozialdemokratischen Parteien bereits gegangen und auch die PDS ist davor nicht gefeit. Diesen Weg zu verhindern ist ureigenste Aufgabe der Parteibasis, denn Apparate haben immer die Tendenz, sich mit sich selbst zu beschäftigen und sich von ihren Ursprüngen zu entfernen. Die Genossen aus der Basis sollten das aber nicht in der Weise bewerkstelligen, daß sie erst einmal die Genossen in den Leitungsgremien machen lassen und dann irgendwann mißtrauisch einsame Entscheidungen abstrafen, sondern es muß sich eine möglichst breite Basis aus eigener Initiative ständig einmischen, so daß ein kameradschaftliches Verhältnis zwischen Basis und Leitungsebenen erhalten bleibt. Ohne diese politische Kultur sind die Mühen der Ebene nicht zu bewältigen.

Wenn möglich sollten sich linke Strukturen nicht nur in die übliche bürgerlichen Parteilandschaft einpassen, sondern auch nach neuen Möglichkeiten suchen. Außerparlamentarische Arbeit muß weiter als Schwerpunkt angesehen werden.

Zu 6. Förderung gesellschaftswissenschaftlicher Forschung und politischer Bildung.

Natürlich ist es ein Schwerpunkt linker gesellschaftswissenschaftlicher Forschung sozialistische Alternativen vorzudenken und zwar weitgehend unabhängig von tagespolitischen Ereignissen und aktuellen Realisierungschancen. Dazu soll ja auch die hier vorgelegte Arbeit einen Beitrag leisten.

Ich habe mich auf eine konkrete Richtung konzentriert, nämlich auf die Entwicklung von Ideen für eine sozialistische Marktwirtschaft. Die Theoretiker der linken Bewegung insgesamt, sollten sich aber nicht nur auf eine Richtung konzentrieren, sondern ihre Überlegungen in verschiedenen Richtungen lenken, und auch für fremde kreative Ideen ein offenes Ohr haben. Das heißt aber auch nicht in Beliebigkeit zu verfallen und jedes oberflächliche Geschwätz als ernsthafte Meinung gelten zu lassen. Es werden sich immer wieder nur einige wenige erfolversprechende Richtungen herausbilden, die dann ernsthaft untersucht und weiter entwickelt werden sollten.

Im täglichen politischen Geschäft und dementsprechend auch in den Medien wird in der Regel in zu kurzen Schlußfolgerungen argumentiert. Auf diese Weise werden bruchstückhafte Denkmuster bürgerlicher Theorien mit einer Selbstverständlichkeit als unumstößliche Wahrheiten laufend wiederholt, so daß sie sich tief in das Bewußtsein vieler Menschen eingegraben haben. Dem ist durch qualifiziertere Argumentationen linker Politiker in der Öffentlichkeit und durch Bildungsangebote zu begegnen. Leider sind die linken Antworten unschwellig manchmal selbst von diesem halbweisen bis falschen Gedankengut infiziert.

Dazu einige Beispiele bürgerlicher Plattheiten:

- * **„Die Arbeit wird knapp, weil die Produktivität inzwischen so hoch ist.“** Wie bereits oben dargelegt, sind die Bedürfnisse des zusätzlichen Konsums unbegrenzt und eilen den Möglichkeiten ihrer Befriedigung voraus. Dementsprechend kann die vorhandene Arbeit nicht knapp werden. Was knapp wird, ist Arbeit aus der man einen Profit heraus schlagen kann, weil die kapitalistische Wirtschaft durch zu hohe Profite aus dem Gleichgewicht geraten ist und sich selbst blockiert. Leider habe ich o.g. Satz schon öfter von Linken nachplappern gehört.
- * **„Der Sozialstaat ist nicht mehr bezahlbar.“** Es ist zwar prinzipiell möglich, die sozialen Ausgaben so hoch zu schrauben, daß die Wirtschaft physisch überfordert ist, die dazu notwendigen Güter und Dienstleistungen zu produzieren. In der aktuellen Diskussion geht es aber darum, daß die Kapitalisten bei dem zur Zeit noch gültigen Stand der sozialen Absicherungen und dem stagnierenden Wachstum nicht mehr in der Lage sind, die erhofften Profitraten zu realisieren und sie deshalb glauben, dieses Problem wäre zuungunsten der Sozialausgaben zu lösen. Richtiger muß es aber heißen: „Die Profite sind nicht mehr bezahlbar.“ Das ist auch mit wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Eigenbewegung des Kapitalismus nachweisbar. Das gibt den Schlußfolgerungen eine ganz andere Richtung.
- * **„Durch zu hohe Lohnkosten wird der Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdet.“** Die Wortgruppe „...Wirtschaftsstandort wird gefährdet...“ macht unschwellig die als selbstverständlich geltende Aussage, daß sich die verschiedenen Wirtschaftsregionen gegenseitig bekämpfen und dabei ihre Existenz gefährden. Das heißt, daß das vorherrschende kapitalistische System seinem Wesen nach aggressiv ist. Diese gefährliche Tatsache wird stillschweigend akzeptiert, wenn intensiv darüber diskutiert wird, wie der Wirtschaftsstandort Deutschland „gerettet“ werden kann, natürlich zum Nachteil der anderen Standorte.

- * **„Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es auch den Arbeitnehmern gut.“** Gemeint ist eigentlich: nur wenn die Unternehmer genügend Profit machen können, werden sie sich herablassen, ihr Geld zu investieren und so die Arbeiter notgedrungenen Maßen auch etwas Geld verdienen lassen.
- * **„Wirtschaftswachstum ist notwendig, weil nur so neue Arbeitsplätze entstehen können.“** Es hat sich inzwischen herumgesprochen, daß der Kapitalismus nur einigermaßen funktionieren kann, wenn ein hohes extensives Wachstum hohe Profitraten möglich macht, ohne das System sofort aus dem Gleichgewicht zu bringen. Der Satz ist aber bereits falsch bei intensivem Wirtschaftswachstum, wenn durch technischen Fortschritt mit Produktionsmitteln gleichen Wertes mehr produziert werden kann, denn auch dann schafft im Kapitalismus Wirtschaftswachstum keine neuen Arbeitsplätze. Der eigentliche irreführende Inhalt dieser Aussage ist aber, daß auch hier wieder die kapitalistische Gesellschaftsordnung als die einzige mögliche suggeriert wird, und daß alle unsere Aktivitäten darauf gerichtet sein müssen, diese Ordnung zu erhalten; in diesem Fall durch permanentes Wachstum, koste es, was es wolle. Da aber das Wirtschaftssystem für den Erhalt der Gesellschaft da ist, und nicht umgekehrt, muß aus dem Gesetz des notwendigen Wachstums der kapitalistischen Wirtschaft statt dessen geschlußfolgert werden, daß ein anderes Wirtschaftssystem (historisch) notwendig ist.

Oft wird die bürgerliche Ideologie bereits durch die Wahl der Begriffe transportiert.

- * So wird der Begriff **„Marktwirtschaft“** als Synonym für „Kapitalismus“ benutzt und damit ausgesagt, daß Kapitalismus die einzige mögliche Marktwirtschaft sei.
- * Die Kapitalisten bezeichnen sich arroganter Weise als **„die Wirtschaft“**. Konsequenter Weise gehören die Arbeiter auch zur Wirtschaft. Unter diesem Gesichtspunkt würde der oben gemachte Satz wieder richtig sein „Wenn es der Wirtschaft gut geht“ . Er war allerdings nicht so gemeint.
- * Der Begriff **„Reform“** wird heute üblicherweise benutzt, um mehr oder weniger verschleiert Kürzungen zu bezeichnen.

Und jetzt noch eine pseudo-linke Antwort:

- * Wenn die Gewerkschaft fordert, **„Das Rentenalter ist herabzusetzen“** mit dem Argument, daß dadurch dem Nachwuchs bessere Einstiegschancen in das Berufsleben gegeben wird, dann akzeptiert sie damit den Unsinn, daß die Arbeit knapp würde. Die Arbeiter freuen sich zwar, ob dieser populistischen Forderung, insgesamt werden aber ihre Probleme nur verschoben und nicht gelöst, selbst wenn es der Gewerkschaft gelingt, in diesem Zusammenhang den Kapitalisten noch ein paar Mark Beteiligung an den Überbrückungsgeldern abzuhandeln. In einer Zeit, wo die Lebenserwartungen steigen, ist es kontraproduktiv, das Rentenalter abzusenken. Statt dessen sollte man lieber dafür eintreten, daß generell ein gleitender Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand mit abnehmender Wochenarbeitszeit ermöglicht wird. Auf diese Weise könnten in der längeren Alterungsphase der Menschen ihre Arbeitsfähigkeit und Arbeitserfahrung länger genutzt werden, ohne daß am Ende des Arbeitslebens regelmäßig eine Überforderung eintritt mit gesundheitlichen und psychischen Folgen. Für die Sicherung von Beschäftigung muß in andere Richtung gekämpft werden. Und wenn die Möglichkeiten im Kapitalismus endgültig ausgereizt sind, dann muß eben das System geändert werden.

Mit meiner Ansicht, das Rentenalter nicht zu senken, beuge ich mich formal in die Nähe des ehemaligen CDU-Arbeitsministers, das Rentenalter hoch zu setzen. Der meint damit allerdings, daß nur später Rente gezahlt wird, hat aber kein Programm dafür, wie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, die er für selbstverständlich voraussetzt, eine Beschäftigung bis ins höhere Alter sozial verträglich gesichert werden kann. Das Problem der Einkommenslücke zwischen Entlassung und Beginn der Rentenzahlung würde dann Privatsache der Arbeiter.

Das Beispiel zeigt, daß kurze Sprüche meist nicht geeignet sind, Probleme und ihre Lösung plausibel und ausreichend korrekt darzustellen.

Die Argumentation gegen diese Sprechblasen ist eine Möglichkeit und eine Notwendigkeit mit der linke Vorstellungen schrittweise, immer wieder in die öffentliche Debatte eingebracht werden können, um so langsam Fuß zu fassen. Voraussetzung ist allerdings, daß die Argumentationen trotz der Notwendigkeit für alle verständlich zu sein, auch korrekt sein müssen. Dazu ist wiederum Voraussetzung, daß linke Politiker aber auch alle anderen Anhänger der linken Bewegung sich selbst erst einmal Klarheit über mögliche Lösungen verschaffen.

In diesem Sinne ist gesellschaftswissenschaftliche Forschung und Bildung sowohl eine Vorarbeit für künftige linke Politik, als auch ein Stück aktuelle Tagespolitik.

Zusammenfassung: Nach meiner Meinung ist die Tagespolitik, die die PDS zur Zeit betreibt prinzipiell richtig, auch wenn sie sich in ihren konkreten Aktionen nur gering von traditioneller sozialdemokratischer Politik unterscheidet, da zur Zeit nicht mehr durchsetzbar ist. Ihr Problem besteht aber darin, daß es ihr auf dem langen beschwerlichen Weg der alltäglichen politischen Tagesarbeit gelingen muß, ihrem strategischen Ziel eines echten demokratischen Sozialismus auch durch konkrete Politik näher zu kommen und ihn nicht als eine schöne Utopie auf niemals zu verschieben. Wenn sie ihr strategisches Ziel aufgibt, wird sie zu einer weiteren und damit überflüssigen sozialdemokratischen Partei. Mit meinem Konzept für eine sozialistische Marktwirtschaft möchte ich hiermit einen Lösungsvorschlag machen, um damit das strategische Ziel der PDS zu konkretisieren und damit den strategischen Bemühungen neuen Auftrieb zu geben.

12 Offene Probleme, weitere Aufgaben zur Vervollständigung des Konzepts einer sozialistischen Marktwirtschaft und des dazugehörigen gesellschaftlichen Überbaus

Das vorgestellte Konzept einer sozialistischen Marktwirtschaft ist bisher nur ein gedankliches Gerüst, welches es weiter auszufüllen gilt. Es ist höchste Zeit, es aus dem Kämmerlein eines privaten Ein-Mann-Forschungsprojekts zu entlassen und kollektiv weiter zu bearbeiten, denn es sind noch viele Detailfragen zu klären. In unvollständiger Aufzählung fallen mir da folgende Teilaufgaben ein:

- * Bearbeitung juristischer Probleme:
 - * In der DDR-Verfassung war der Sozialismus festgeschrieben. Im Grundgesetz der BRD ist die kapitalistische Ordnung nicht festgeschrieben, aber begünstigt. Es ist eine Meinung zu entwickeln, ob in einer Verfassung die herrschende Gesellschaftsordnung zukünftig festzuschreiben ist, oder ob eine Verfassung gegenüber der konkreten Gesellschaftsordnung weitgehend neutral sein soll.
 - * Welchen Spielraum läßt das Grundgesetz für die Einführung einer sozialistischen Marktwirtschaft? Gibt es Artikel, die dem prinzipiell entgegenstehen und deshalb geändert werden müßten? Gibt es Artikel, die nicht unbedingt geändert werden müssen, aber geändert und/oder ergänzt werden sollten.
 - * Das DDR-Recht war von seinem Aufbau sehr übersichtlich und dadurch auch für den Laien einigermaßen verständlich. Das ist allerdings teilweise der Tatsache geschuldet, daß ihre Entstehung nicht sehr demokratisch erfolgte. Es hatten nicht viele dabei mitzureden, so daß wenig Streit um Kompromisse die Einheitlichkeit belastete. Dagegen ist das bundesdeutsche Recht, welches teilweise schon sehr alte Bestimmungen enthält, durch das laufende parlamentarische Gezerre um Kompromisse im offenen Kampf der Interessen gegeneinander zu einem bürgerunfreundlichen Konglomerat angewachsen. Ist es unter demokratischen Bedingungen denkbar ein bürgerfreundliches Recht für die sozialistische Marktwirtschaft zu gestalten?
 - * Es ist ein Entwurf für ein Steuerrecht zur Finanzierung der Staatsaufgaben zu entwerfen.
 - * Es ist ein Entwurf für ein Wirtschaftsrecht zu entwerfen, welches das neue Wirtschaftssubjekt „Wirtschaftsverein“ und die veränderten Beziehungen aller Wirtschaftssubjekte berücksichtigt.
- * Gestaltung des Leistungsprinzips:
 - * Auf der Basis der Untersuchungen zum Modell eines Arbeitsmarktes und dem Leistungsprinzip [7] ist die praktische Organisation eines effektiven Leistungslohnsystems zu entwickeln.
 - * Ein besonders sensibles Problem dürfte hierbei die Gestaltung der Entlohnung der Wirtschaftsmanager sein, wobei einerseits verhindert werden muß, daß sie sich durch Selbstbewertung zu hoch bewerten und wie im Kapitalismus in ungerechtfertigte Höhen entschwinden und andererseits eine ausreichende Differenzierung entsteht, so daß im Management genügend leistungsfähige Kader bereit sind, sich dem Leitungsstress auszusetzen.
 - * In vielen Berufsgruppen, insbesondere in denen, wo kreative geistige Arbeit geleistet wird, bleibt es schwierig, die individuelle Leistung des Einzelnen objektiv zu bewerten. Es werden weiterhin subjektive Bewertungsmethoden notwendig sein. Diese subjektive Bewertung allein dem Chef zu überlassen ist problematisch, weil die Gefahr besteht, daß dann die Arschkriecher überbewertet werden. Wie problematisch eine Selbstbewertung durch das Arbeitskollektiv ist, haben wir in den sporadischen Versuchen in der DDR erlebt, eine stärker

leistungsabhängige Vergütung einzuführen. Hier sind noch kreative Lösungen gefragt. Hier ist soziologische und sozial-psychologisches Kompetenz sicher hilfreich.

- * Es ist ein geeignetes Finanzsystem zu entwickeln. Da die Geldmärkte nicht mehr, wie im Kapitalismus, ein Hauptfeld der Wertabschöpfung durch die Besitzenden darstellen, wird sich die Bedeutung des Finanzsystems nach meinen Vorstellungen auf einen Dienstleistungssektor reduzieren, der sich mit der Abwicklung von Zahlungsvorgängen und Kontenführungen, mit Konsumentenspareinlagen und –krediten und evtl. mit kurzfristigen Krediten zur Zwischenfinanzierung in der Wirtschaft befassen wird. Dadurch wird sich sein Umfang und seine wirtschaftliche Bedeutung verringern. Als neue Aufgabe kommt aber hinzu, daß zukünftig parallel zwei grundsätzlich verschiedene Währungen auf dem Binnenmarkt verwaltet werden müssen. Es ist darüber nachzudenken, ob diese Aufgaben von einer staatlichen Bank wahrzunehmen sind, oder ob diese Aufgaben von nicht staatlichen Unternehmen wahrgenommen werden können bzw. sollen, die ihre Dienstleistungen über Kontoführungsgebühren u.Ä. vergütet bekommen, aber aus dem durch sie verwalteten Vermögen keine Gewinne abschöpfen. Über die konkrete Gestaltung eines solchen Finanzsystems ist noch ausführlich nachzudenken, wobei die Erfahrungen von Finanzexperten des kapitalistischen und des staatssozialistischen Bankwesens genutzt werden sollten.
- * Das Steuersystem zur Finanzierung der Staatsaufgaben ist neu zu gestalten. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, daß es nicht zu einem so unübersichtlichen System verkommt, wie das der BRD.
- * Es ist die Arbeitsweise und Gestaltung der Behörde zur Verwaltung der Nutzungsrechte an den natürlichen Ressourcen zu erarbeiten.
- * Im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Verfügungsrechte an den Produktionsmitteln ist weiter darüber nachzudenken, wie das unternehmerische Investitionsrisiko auf die Verfügungsberechtigten sozial verträglich durchschlägt, wie es honoriert werden muß und welche konkreten Mitbestimmungsrechte dem einzelnen in diesem Zusammenhang zu gewähren sind.
- * Welche Rolle sollen Gewerkschaften in einer sozialistischen Marktwirtschaft und in der Übergangsphase spielen?
- * Es ist weiter über die mögliche Gestaltung der internationalen Beziehungen, insbesondere bei Existenz verschiedener Wirtschaftssysteme, nachzudenken.
 - * Wie erfolgt der Import und der Export von natürlichen Ressourcen, wenn in einem System bereits eine Ressourcenwährung existiert und in dem anderen noch nicht?
 - * Wie ist mit den Eigentums- und Nutzungsrechten von Produktionsmitteln und natürlichen Ressourcen bei Ein- und Auswanderungen zwischen verschiedenen Wirtschaftssystemen zu verfahren?
 - * Sollen Bürger anderer Wirtschaftseinheiten Eigentum und Nutzungsrechte erwerben dürfen, und wenn ja, unter welchen Bedingungen?
- * In der kapitalistischen Gesellschaft sind mit mehr oder weniger Erfolg verschiedene soziale Elemente eingeführt worden. Es sind Experimente anderer Lebens- und Wirtschaftsformen durchgeführt worden. Es gilt diese Erfahrungen auszuwerten unter dem Gesichtspunkt, welche Problemen sind mit ähnlichen Elementen in der sozialistischen Marktwirtschaft zu erwarten. Dabei sind nicht nur die Experimente mit wenigstens teilweise positivem Ergebnis heranzuziehen, sondern auch die Experimente, die im Kapitalismus vollständig daneben gegangen zu sein scheinen. Dabei besteht natürlich das Problem zu unterscheiden, welche Erscheinungen sind darauf zurückzuführen, daß dieser Versuch im falschen System stattfand, und welche Erscheinungen liegen in diesem Element selbst begründet. Dazu fallen mir folgende zu analysierende Elemente ein:
 - * Die Sozialversicherung und das Rentenrecht.
 - * Volksaktien und Investivlöhne. Versuche der Kapitalbildung bei Arbeitern.
 - * Mißglückter Versuch mit dem Gewerkschaftsunternehmen „Neue Heimat“. Erfahrungen mit Konsumgenossenschaften.
 - * Erfahrungen aus Betrieben, die nach dem Anschluß von der Belegschaft oder ehemaligen Leitern übernommen wurden.
 - * Erfahrungen und Probleme des stark auf genossenschaftliches Eigentum orientierten Sozialismus Jugoslawiens.

- * Die Praxis der Vergütung von Arbeitnehmer-Erfindungen als Beispiel einer leistungsabhängigen Vergütung, die erst viel später bei Erfolg gezahlt wird.
- * Analyse der Funktionsweise von Kapitalgesellschaften, als kapitalistische Varianten der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln. Welche Einflußnahme haben Aktionäre auf das Betriebsgeschehen? Wie Effektiv erfolgt die Delegierung der Vertretung der Interessen der Eigentümer auf die Geschäftsführer und weiter auf die Belegschaft?
- * Betriebsverfassungsgesetz. Erfahrungen aus der Praxis der Mitbestimmung der Belegschaften durch die Betriebsräte.
- * Auswertung der Erfahrungen mit Flächennutzungsplänen und Generalbebauungsplänen als ein Instrument, welches das kapitalistische Eigentum an Grund und Boden teilweise bereits drastisch in Richtung Nutzungsrecht eingeschränkt hat.
- * Erfahrungen mit nicht-staatlichen Organisationen zur Kontrolle des Staates und der Unternehmen im Interesse der Bürger, z.B. Stiftung Warentest, Mieterbund, Bund der Steuerzahler, Naturschutz- und Umweltvereine, Bürgerinitiativen.
- * Die Ideen zum Konzept der sozialistischen Marktwirtschaft resultieren zum Teil aus meinen Untersuchungen zur Modellierung der Volkswirtschaft [6] und des Arbeitsmarktes [7]. Diese sind weiter zu entwickeln, weil auch daraus weitere Erkenntnisse für die konkrete Gestaltung der sozialistischen Marktwirtschaft zu erwarten sind:
 - * Einführung stochastischer Elemente in die Modelle, um die Streuung der individuellen Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte realistischer zu simulieren.
 - * Einführung von Nebenkosten für die Finanzierung der Staatsaufgaben.
 - * Integration des Arbeitsmarktmodells in die Volkswirtschaftsmodelle
 - * Einführung eines Ressourcenmarktes in die Volkswirtschaftsmodelle.
 - * Versuch einer Modellrechnung mit echten Volkswirtschaftsdaten. Das ist sehr aufwendig und kann nur von professionellen Wirtschaftsforschungsinstituten in Angriff genommen werden. Probleme: Datenbeschaffung, Rechnerkapazität.
 - * Eine sozialistische Marktwirtschaft könnte als ein Computer-Spiel, eine Art „sozialistisches Monopoly“, entwickelt werden, welches viele Teilnehmer über ein Netz miteinander spielen können. Damit könnten weitere Erfahrungen über Funktionsweise und Probleme gesammelt werden unter Einbeziehung handelnder Menschen. Außerdem könnte so ein Spiel dazu beitragen, die Ideen der sozialistischen Marktwirtschaft zu verbreiten, insbesondere unter jungen Menschen. Dieses Spiel sollte als ein offen zugänglicher Baukasten konzipiert werden, so daß jederzeit neue Elemente eingefügt werden können und dadurch eine Weiterentwicklung ermöglicht wird und verschiedene Varianten abgeleitet werden können.
- * Die Frage, ob in China eine Chance besteht, die Entwicklung in Richtung einer sozialistischen Marktwirtschaft zu lenken, wirft einige besondere Probleme auf. Gründe dafür liegen in den Tatsachen: Erstens, herrschen in China noch alte staatssozialistische Strukturen, was dafür sprechen könnte. Zweitens, ist bereits eine Entwicklung in Richtung eines Kapitalismus im Gange, was dagegen spricht. Drittens, ist die Entwicklung der Produktivkräfte in vielen Bereichen noch sehr gering, was auch dagegen spricht. Viertens, stellt China eine ausreichend große Wirtschaftseinheit dar, was dafür spricht. Es wäre sicher eine interessante Aufgabe, dieser Frage einmal tiefgründiger nachzugehen. Insbesondere, wenn diese Frage gemeinsam mit chinesische Experten untersucht würde.

Es ist prinzipiell kein vollständiger Plan für eine zukünftige Gesellschaftsordnung vorher auszuarbeiten. So ein Plan ist erst recht nicht als unumstößliches Dogma zu erklären. Trotzdem bin ich aus methodischen Gründen der Meinung, daß man sich bemühen muß, alle erkennbaren Fragen und Probleme vorher so konkret wie möglich zu beantworten. Erstens verleitet das nicht dazu, bereits als schwierig erkennbare Probleme zunächst beiseite zu schieben. Zweitens lassen sich konkrete Vorstellungen leichter an andere weitergeben und es kann dann auch mit konkreten Einwänden darüber gestritten werden, so daß Fehler schon vor Einführung korrigiert werden können. Drittens ist in einem späteren Vergleich mit der Realität ein besserer Vergleich zwischen Theorie und Praxis möglich, was der theoretischen Weiterentwicklung dient. Man muß allerdings auch den Mut zum Irrtum haben und bereit sein zu Korrekturen.

Hiermit hoffe ich nun auf interessierte Leser und einige Mitstreiter bei der Weiterentwicklung dieser Ideen, die nach meiner Meinung Erfolg versprechenden sind.

Ich hoffe aber auch, daß andere versuchen, in andere Richtungen ernsthaft und erfolgreich Alternativen zum Kapitalismus zu finden, damit die Entwicklung der Menschheit tatsächlich in verschiedene erfolgversprechende Richtungen offen bleibt und so die Wahrscheinlichkeit, in einer Sackgasse zu enden, verringert wird.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bereich optimaler Entwicklungspfade einer Volkswirtschaft bei gegebenem Entwicklungsstand der Produktivkräfte.....	11
Abbildung 2: Erweiterung des Bereichs optimaler Entwicklungspfade einer Volkswirtschaft durch intensiven technologischen Fortschritt.....	13

Literaturverzeichnis

- [1] MEW - Karl Marx, Friedrich Engels: Werke. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 1-43, Berlin: Dietz-Verlag, 1956 ff.
- [2] Marx, Karl: Das Kapital Bd.3, III. Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. S. 2960ff. Digitale Bibliothek Band 11: Marx/Engels, S. 6269ff DIRECTMEDIA Publishing, Berlin,1998. www.digitale-bibliothek.de (vgl. [1] MEW Bd. 25, S. 221ff).
- [3] Engels, Friedrich: Grundsätze des Kommunismus, S.17. Digitale Bibliothek Band 11: Marx/Engels, S.10981 DIRECTMEDIA Publishing, Berlin,1998. www.digitale-bibliothek.de (vgl. [1] MEW Bd. 4, S. 371).
- [4] Engels, Friedrich: Grundsätze des Kommunismus, S. 24. Digitale Bibliothek Band 11: Marx/Engels, S. 10988 DIRECTMEDIA Publishing, Berlin,1998. www.digitale-bibliothek.de (vgl. [1] MEW Bd. 4, S. 374).
- [5] Engels, Friedrich: Grundsätze des Kommunismus, S. 15-16. Digitale Bibliothek Band11: Marx/Engels, S. 10979-10980 DIRECTMEDIA Publishing, Berlin,1998. www.digitale-bibliothek.de (vgl. [1] MEW Bd. 4, S. 370).
- [6] Wegmann, Roland: Marktwirtschaft Bd.1: Mathematische Modelle der Volkswirtschaft. Schwerin, 2001. <http://www.rolandwegmann.de/wirtschaftsmodelle>
- [7] Wegmann, Roland: Marktwirtschaft Bd.2: Mathematisches Modell des Arbeitsmarktes – Das „Leistungsprinzip“. Schwerin, 2001. <http://www.rolandwegmann.de/arbeitsmarkt>
- [8] Wegmann, Roland: Marktwirtschaft, Bd.1- 3 (unveröffentlichtes Manuskript) Schwerin 1997.
- [9] Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes. Duncker und Humblot, Berlin, 1994. S. 316-317.
- [10] Höpcke, K.; Krusch, H.-J.; Modrow, H.; Neubert, H.; Richter, W.; Steigerwald, R.: Nachdenken über Sozialismus. GNN Verlag, Schkeuditz, 2000.
- [11] Autorenkollektiv: ReformAlternativen / sozial ökologisch zivil. (Hrsg.: Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.), Karl Dietz Verlag, Berlin, 2000.